



KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Kurdistan Report Ausgabe 168 Juli/August 2013		
Aktuelle Bewertung Die demokratische Friedensphase entwickelt sich ... Songül Karabulut, Kurdischer Nationalkongress	4	Abschlussresolution der 1. Frauenkonferenz des Mittleren Ostens Wir Frauen vertrauen uns selbst ... Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e. V.
Über die vier Konferenzen für eine demokratische Lösung Den Friedensprozess in die Gesellschaft tragen Songül Karabulut, Kurdischer Nationalkongress	8	Warum »sogar« die kurdische Jugend den Feminismus braucht Jin Jiyan Azadî Dilar Dirik
Der schwierige Weg vom Krieg zum Frieden ... eine genaue Vorstellung von dem Lösungsprozess ... Erdal Er, Journalist	14	Europa und die kurdische Karte Gibt es überhaupt ein wirkliches Interesse an einer Friedenslösung? Ulla Jelpke, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Die Risiken beim Marsch der Guerilla und in der Phase der demokratischen Befreiung Die Guerilla marschiert für die Freiheit Bawer Dersim (HPG) im Gespräch mit dem Journalisten Hüseyin Aykol, Özgür Gündem	18	Zum Tod von Lilo Wolf »Soll das Morden mit deutschen Waffen nie aufhören?« Anja Flach, Nûjiyan Frauenzentrum
Welche Rolle spielen die KurdInnen in einem sich verändernden Mittleren Osten? Eine Verleugnung der Kurdinnen passt nicht mehr ins Konzept Rıza Altun im Interview, befragt von Günay Aslan	22	Die NDFP hat auf den verschiedenen Inseln der Philippinen eine breite Basis Demokratische Volksregierungen auf den Philippinen Şervin Nûdem
Die Zukunft wird von ihrer Vielfalt geprägt werden Wird die Türkei ihre Vergangenheit aufarbeiten? Devriş Çimen, Journalist und Mitarbeiter im Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.	28	Bewahrung kurdischen Kulturerbes Der Löwe des Daroghas und andere kurdische Fabeln Buchbesprechung von Susanne Roden
Die Vergangenheitsbewältigung braucht eine Gerechtigkeits- und Wahrheitskommissionen Massengräber und »Morde unbekannter Täter« Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.	32	Nur im Internet kurdistanreport.de
Dorfschützer: paramilitärische Milizen »Im Kampf gegen KurdInnen ist jegliche Form von Gewalt legitim« Mevlüt Küçükyavaş, Politologe und Soziologe	34	Aus der Kommission der Weisen Beobachtungen, Tendenzen ... Celalettin Can, Mitglied der Kommission der Weisen
Trotz Friedensverhandlungen kein Rückgang der Repression gegen Oppositionelle Neue Phantome Nick Brauns, freier Journalist	36	Betrachtungen zur Entwicklung der parteipolitischen Landschaft in der Türkei Die Lösung der kurdischen Frage und neue politische Machtzentren Baki Gül, Journalist
Es geht darum, gleichberechtigt und frei miteinander leben zu können Das Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens Salih Muslim, Kovorsitzender der PYD	40	Frauen aus Südkurdistan und Irak auf der 1. Frauenkonferenz des Mittleren Ostens Irak: Das Hauptproblem ist die Unterdrückung der Frau DIHA, Ankara
Frauen und die Umsetzung der Demokratischen Autonomie in Westkurdistan Den Fortschritt vorleben ... Interview mit Asya Abdullah, Kovorsitzende der PYD	42	Im Schatten des Gezi-Parks; die Entwicklungen im Nahen Osten! Text der Abdullah-Öcalan-Akademie für Gesellschaftswissenschaften
Belgien KNK - Kurdistan National Kongress Zentrale 41 Rue Jean Stas 1060 Brüssel Tel: (32) 2 647 30 84 E-Mail: knk@kongrakurdistan.com		
KON-KURD 41 Rue Jean Stas 1060 Brüssel Tel: (32) 2 647 99 53 E-Mail: info@kon-kurd.org		
Deutschland Civaka Azad Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. Bornheimer Landstraße 48 60316 Frankfurt a. M. Telefon: 069/84772084 E-Mail: info@civaka-azad.org http://civaka-azad.org/		
Ceni Kurdisches Frauenbüro für Frieden Corneliusstr. 125 40215 Düsseldorf Tel: (49) 211 - 5989251 E-Mail: ceni_frauen@gmx.de		
YEK-KOM Graf-Adolf-Str. 70a 40210 Düsseldorf Tel: (49) 211 - 17 11 451 E-Mail: yekkom@gmx.net http://www.yekkom.com/		
Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan Postfach 100511, D-50445 Köln Tel: (49) 221 130 15 59 E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com http://www.freedom-for-ocalan.com		
ISKU Informationsstelle Kurdistan e.V. Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit Spaldingstr. 130–136; 20097 Hamburg, Tel: 040 / 42102845 E-Mail: isku@nadir.org http://isku.org		
Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V. Postfach 102801, 44028 Dortmund E-Mail: info@kurd-akad.com http://www.kurd-akad.com		
Österreich FEY-KOM Jurekgasse 26 1050 Wien Tel: (43) 1 - 9718824 E-Mail: info@feykom.at		
Italien Ufficio d’Informazione del Kurdistan in Italia UIKI-Onlus Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma Tel: (39) 06 - 636892 E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it http://www.uikionlus.com		
Frankreich Centre d’Information du Kurdistan 147 Rue Lafayette; 75010 Paris Tel: (33) 1 42 81 22 71 E-Mail: knkparis@wanadoo.fr		
Schweiz KURD-CHR 15 rues des Savoises 1205 Genevre Tel: (41) 22 32 81 984 E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch		
Niederlande FED-KOM Sloterkade 10 1058 HD Amsterdam NL Tel: (31) 20 - 61 41 816 E-Mail: fedko@dds.nl http://www.fedkom.nl		
Dänemark FEY-KURD Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn Tel: (45) 33 - 22 89 98 E-Mail: feykurd@kurder.dk http://www.kurder.dk		
Australien Australian Kurdish Association Inc. 93 Main Street Blacktown 2148 Sydney Tel: (61) 2 - 96 76 72 45		
Zypern Kypriaki Epitropi Allileggyisto Kourdistan Tach. Thyr. 25607 1311 Lefkosia / Kypros Tel: (357) 2 - 37 42 16 E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net		
Russländische Föderation Mala Kurda ul. Vilgelma Pika, d. 4/A 129 226 Moskva Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200 E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com		
Ungarn KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTURÁLIS EGYESÜLET Dózsa György út 58; 1076 Budapest (36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521 E-Mail: info@kurdistan.hu www.kurdistan.hu		

AZADÎ
FREIHEIT

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

AZADÎ e.V.
Hansaring 82
50670 Köln

E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

Impressum Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.	Preise: Einzelexemplar: 3,– Euro Jahresabonnement 6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten
Redaktion: W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich	Titelbild: Demokratischer Lösungsmarsch zur Unterstützung der Guerilla bei ihrem Rückzug Şirnex
Kontaktadresse: Kurdistan Report c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V. Spaldingstr. 130-136 20097 Hamburg www.kurdistanreport.de kr@nadir.org	Rückseite: Protest in Istanbul gegen die Politik der Erdoğan-Regierung Fotos: DIHA Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion. Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Aktuelle Bewertung Die demokratische Friedensphase entwickelt sich ... Songül Karabulut, Kurdischer Nationalkongress	4	Abschlussresolution der 1. Frauenkonferenz des Mittleren Ostens Wir Frauen vertrauen uns selbst ... Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e. V.	45
Über die vier Konferenzen für eine demokratische Lösung Den Friedensprozess in die Gesellschaft tragen Songül Karabulut, Kurdischer Nationalkongress	8	Warum »sogar« die kurdische Jugend den Feminismus braucht Jin Jiyan Azadî Dilar Dirik	48
Der schwierige Weg vom Krieg zum Frieden ... eine genaue Vorstellung von dem Lösungsprozess ... Erdal Er, Journalist	14	Europa und die kurdische Karte Gibt es überhaupt ein wirkliches Interesse an einer Friedenslösung? Ulla Jelpke, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag	52
Die Risiken beim Marsch der Guerilla und in der Phase der demokratischen Befreiung Die Guerilla marschiert für die Freiheit Bawer Dersim (HPG) im Gespräch mit dem Journalisten Hüseyin Aykol, Özgür Gündem	18	Zum Tod von Lilo Wolf »Soll das Morden mit deutschen Waffen nie aufhören?« Anja Flach, Nûjîyan Frauenzentrum	55
Welche Rolle spielen die KurdInnen in einem sich verändernden Mittleren Osten? Eine Verleugnung der Kurdinnen passt nicht mehr ins Konzept Rıza Altun im Interview, befragt von Günay Aslan	22	Die NDFP hat auf den verschiedenen Inseln der Philippinen eine breite Basis Demokratische Volksregierungen auf den Philippinen Şervin Nûdem	57
Die Zukunft wird von ihrer Vielfalt geprägt werden Wird die Türkei ihre Vergangenheit aufarbeiten? Devriş Çimen, Journalist und Mitarbeiter im Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.	28	Bewahrung kurdischen Kulturerbes Der Löwe des Daroghas und andere kurdische Fabeln Buchbesprechung von Susanne Roden	60
Die Vergangenheitsbewältigung braucht eine Gerechtigkeits- und Wahrheitskommissionen Massengräber und »Morde unbekannter Täter« Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.	32	Nur im Internet kurdistanreport.de	
Dorfschützer: paramilitärische Milizen »Im Kampf gegen KurdInnen ist jegliche Form von Gewalt legitim« Mevlüt Küçükyavaş, Politologe und Soziologe	34	Aus der Kommission der Weisen Beobachtungen, Tendenzen ... Celalettin Can, Mitglied der Kommission der Weisen	
Trotz Friedensverhandlungen kein Rückgang der Repression gegen Oppositionelle Neue Phantome Nick Brauns, freier Journalist	36	Betrachtungen zur Entwicklung der parteipolitischen Landschaft in der Türkei Die Lösung der kurdischen Frage und neue politische Machtzentren Baki Gül, Journalist	
Es geht darum, gleichberechtigt und frei miteinander leben zu können Das Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens Salih Muslim, Kovorsitzender der PYD	40	Frauen aus Südkurdistan und Irak auf der 1. Frauenkonferenz des Mittleren Ostens Irak: Das Hauptproblem ist die Unterdrückung der Frau DIHA, Ankara	
Frauen und die Umsetzung der Demokratischen Autonomie in Westkurdistan Den Fortschritt vorleben ... Interview mit Asya Abdullah, Kovorsitzende der PYD	42	Im Schatten des Gezi-Parks; die Entwicklungen im Nahen Osten! Text der Abdullah-Öcalan-Akademie für Gesellschaftswissenschaften	

Kurdistan Report Ausgabe 168 Juli/August 2013		
Aktuelle Bewertung Die demokratische Friedensphase entwickelt sich ... Songül Karabulut, Kurdischer Nationalkongress	4	Abschlussresolution der 1. Frauenkonferenz des Mittleren Ostens Wir Frauen vertrauen uns selbst ... Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e. V.
Über die vier Konferenzen für eine demokratische Lösung Den Friedensprozess in die Gesellschaft tragen Songül Karabulut, Kurdischer Nationalkongress	8	Warum »sogar« die kurdische Jugend den Feminismus braucht Jin Jiyan Azadî Dilar Dirik
Der schwierige Weg vom Krieg zum Frieden ... eine genaue Vorstellung von dem Lösungsprozess ... Erdal Er, Journalist	14	Europa und die kurdische Karte Gibt es überhaupt ein wirkliches Interesse an einer Friedenslösung? Ulla Jelpke, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Die Risiken beim Marsch der Guerilla und in der Phase der demokratischen Befreiung Die Guerilla marschiert für die Freiheit Bawer Dersim (HPG) im Gespräch mit dem Journalisten Hüseyin Aykol, Özgür Gündem	18	Zum Tod von Lilo Wolf »Soll das Morden mit deutschen Waffen nie aufhören?« Anja Flach, Nûjiyan Frauenzentrum
Welche Rolle spielen die KurdInnen in einem sich verändernden Mittleren Osten? Eine Verleugnung der Kurdinnen passt nicht mehr ins Konzept Rıza Altun im Interview, befragt von Günay Aslan	22	Die NDFP hat auf den verschiedenen Inseln der Philippinen eine breite Basis Demokratische Volksregierungen auf den Philippinen Şervin Nûdem
Die Zukunft wird von ihrer Vielfalt geprägt werden Wird die Türkei ihre Vergangenheit aufarbeiten? Devriş Çimen, Journalist und Mitarbeiter im Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.	28	Bewahrung kurdischen Kulturerbes Der Löwe des Daroghas und andere kurdische Fabeln Buchbesprechung von Susanne Roden
Die Vergangenheitsbewältigung braucht eine Gerechtigkeits- und Wahrheitskommissionen Massengräber und »Morde unbekannter Täter« Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.	32	Nur im Internet kurdistanreport.de
Dorfschützer: paramilitärische Milizen »Im Kampf gegen KurdInnen ist jegliche Form von Gewalt legitim« Mevlüt Küçükyavaş, Politologe und Soziologe	34	Aus der Kommission der Weisen Beobachtungen, Tendenzen ... Celalettin Can, Mitglied der Kommission der Weisen
Trotz Friedensverhandlungen kein Rückgang der Repression gegen Oppositionelle Neue Phantome Nick Brauns, freier Journalist	36	Betrachtungen zur Entwicklung der parteipolitischen Landschaft in der Türkei Die Lösung der kurdischen Frage und neue politische Machtzentren Baki Gül, Journalist
Es geht darum, gleichberechtigt und frei miteinander leben zu können Das Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens Salih Muslim, Kovorsitzender der PYD	40	Frauen aus Südkurdistan und Irak auf der 1. Frauenkonferenz des Mittleren Ostens Irak: Das Hauptproblem ist die Unterdrückung der Frau DIHA, Ankara
Frauen und die Umsetzung der Demokratischen Autonomie in Westkurdistan Den Fortschritt vorleben ... Interview mit Asya Abdullah, Kovorsitzende der PYD	42	Im Schatten des Gezi-Parks; die Entwicklungen im Nahen Osten! Text der Abdullah-Öcalan-Akademie für Gesellschaftswissenschaften
Belgien KNK - Kurdistan National Kongress Zentrale 41 Rue Jean Stas 1060 Brüssel Tel: (32) 2 647 30 84 E-Mail: knk@kongrakurdistan.com		
KON-KURD 41 Rue Jean Stas 1060 Brüssel Tel: (32) 2 647 99 53 E-Mail: info@kon-kurd.org		
Deutschland Civaka Azad Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. Bornheimer Landstraße 48 60316 Frankfurt a. M. Telefon: 069/84772084 E-Mail: info@civaka-azad.org http://civaka-azad.org/		
Ceni Kurdisches Frauenbüro für Frieden Corneliusstr. 125 40215 Düsseldorf Tel: (49) 211 - 5989251 E-Mail: ceni_frauen@gmx.de		
YEK-KOM Graf-Adolf-Str. 70a 40210 Düsseldorf Tel: (49) 211 - 17 11 451 E-Mail: yekkom@gmx.net http://www.yekkom.com/		
Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan Postfach 100511, D-50445 Köln Tel: (49) 221 130 15 59 E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com http://www.freedom-for-ocalan.com		
ISKU Informationsstelle Kurdistan e.V. Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit Spaldingstr. 130–136; 20097 Hamburg, Tel: 040 / 42102845 E-Mail: isku@nadir.org http://isku.org		
Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V. Postfach 102801, 44028 Dortmund E-Mail: info@kurd-akad.com http://www.kurd-akad.com		
Österreich FEY-KOM Jurekgasse 26 1050 Wien Tel: (43) 1 - 9718824 E-Mail: info@feykom.at		
Italien Ufficio d’Informazione del Kurdistan in Italia UIKI-Onlus Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma Tel: (39) 06 - 636892 E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it http://www.uikionlus.com		
Frankreich Centre d’Information du Kurdistan 147 Rue Lafayette; 75010 Paris Tel: (33) 1 42 81 22 71 E-Mail: knkparis@wanadoo.fr		
Schweiz KURD-CHR 15 rues des Savoises 1205 Genevve Tel: (41) 22 32 81 984 E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch		
Niederlande FED-KOM Sloterkade 10 1058 HD Amsterdam NL Tel: (31) 20 - 61 41 816 E-Mail: fedko@dds.nl http://www.fedkom.nl		
Dänemark FEY-KURD Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn Tel: (45) 33 - 22 89 98 E-Mail: feykurd@kurder.dk http://www.kurder.dk		
Australien Australian Kurdish Association Inc. 93 Main Street Blacktown 2148 Sydney Tel: (61) 2 - 96 76 72 45		
Zypern Kypriaki Epitropi Allileggyisto Kourdistan Tach. Thyr. 25607 1311 Lefkosia / Kypros Tel: (357) 2 - 37 42 16 E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net		
Russländische Föderation Mala Kurda ul. Vilgelma Pika, d. 4/A 129 226 Moskva Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200 E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com		
Ungarn KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTURÁLIS EGYESÜLET Dózsa György út 58; 1076 Budapest (36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521 E-Mail: info@kurdistan.hu www.kurdistan.hu		

AZADÎ
FREIHEIT

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

AZADÎ e.V.
Hansaring 82
50670 Köln

E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

Impressum Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.	Preise: Einzelexemplar: 3,– Euro Jahresabonnement 6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten
Redaktion: W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich	Titelbild: Demokratischer Lösungsmarsch zur Unterstützung der Guerilla bei ihrem Rückzug Şirnex
Kontaktadresse: Kurdistan Report c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V. Spaldingstr. 130-136 20097 Hamburg www.kurdistanreport.de kr@nadir.org	Rückseite: Protest in Istanbul gegen die Politik der Erdoğan-Regierung Fotos: DIHA Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion. Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.
Bankverbindung: Dr. H. J. Schneider Hamburger Sparkasse Kto.Nr. 102 021 21 20 BLZ 200 505 50	



Auf den Aufstand der Bevölkerung gegen die Vernichtung des Gezi-Parks in Istanbul reagiert die AKP-Regierung mit Staatsterror. Foto: DIHA



Trotz des Rückzugs der Guerilla rüstet die türkische Armee in Nordkurdistan weiter auf. Die Bevölkerung protestiert und stellt sich gegen das Militär. Foto: DIHA



Die Friedensmütter haben an verschiedenen Orten in Nordkurdistan Zelte aufgeschlagen und informieren dort über die Entwicklung des Friedensprozesses. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

die türkische Staatsgewalt, die seit 30 Jahren Nordkurdistan tyrannisiert, zeigt nun auch in der übrigen Türkei ihr hässliches Gesicht. Die Proteste für den Erhalt des Gezi-Parks im Istanbul Stadtteil Taksim explodierten nach einem brutalen Polizeieinsatz gegen die AktivistInnen schlagartig und breiteten sich über das ganze Land aus. Die Gesellschaft hatte viel zu lange ein Regime geduldet, das meinte, mit immer autoritäreren Zügen über die Köpfe der Menschen hinweg seine eigene Agenda durchsetzen zu können. Was aus dem Protest für den Gezi-Park entstand, ist deshalb auch eine Demokratiebewegung, die das bisherige System der Türkei insgesamt in Frage stellt.

Die Reaktion der Staatsmacht auf die Proteste war und ist weiterhin noch mehr Gewalt. Doch selbst diese Gewalt kann den Demonstrierenden eine wichtige Erfahrung, die sie gemacht haben, nicht nehmen. Denn bei den Protesten im ganzen Land standen die von diesem System Vernachlässigten und Benachteiligten, gleich welcher gesellschaftlichen Gruppe sie angehören, nebeneinander und leisteten gemeinsam Widerstand. Und viele Protestierende in der Türkei haben erstmals Empathie für die Kurdinnen und Kurden entwickeln können, die seit Jahrzehnten für ihre Rechte und für mehr Demokratie gegen dieses System Widerstand leisten.

Doch wie steht es im Schatten der Gezi-Proteste um den möglichen Lösungsprozess in der kurdischen Frage? Infolge der Botschaft Abdullah Öcalans beim diesjährigen Newroz-Fest begannen die Guerillakräfte der HPG am 8. Mai ihren Rückzug aus Nordkurdistan. Auch wenn der vollständige Abzug aller bewaffneten Kräfte vermutlich noch bis in den Herbst andauern wird, hat die kurdische Seite ihre Aufgaben im Rahmen der ersten Etappe des Lösungsprozesses erfüllt. Nun ist die türkische Regierung gefragt. Auf deren Seite zeigt sich allerdings bisher recht wenig Bereitschaft zur Initiative. Im Gegenteil, mit der Ankündigung, neue Militärkasernen in Nordkurdistan zu errichten, sorgt sie für reichlich Misstrauen in der kurdischen Öffentlichkeit. Und auch auf die Fragen nach der Aufhebung der Totalisolation Abdullah Öcalans, der Haftentlassung der KCK-Gefangenen, der Haftverschonung für Kranke und Haftunfähige oder der Auflösung der Dorfschützerverbände scheint die Regierung derzeit keine Antwort geben zu wollen.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat klargemacht, dass sie sich als Teil der aus den Gezi-Protesten heraus entwickelten Demokratiebewegung begreift. Sie unterstreicht aber auch, dass die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei eng miteinander verwoben sind. Ohne die Lösung der kurdischen Frage wird es keine Demokratie in der Türkei geben und ohne Demokratie in der Türkei wird die kurdische Frage nicht gelöst werden. Deshalb müssen sich die Aktiven des Gezi-Aufstands auch zum Lösungsprozess in der kurdischen Frage bekennen. Denn ein Fortschritt im Lösungsprozess hängt wohl nicht vom Willen der autoritären AKP-Regierung, sondern vom Druck aus der gesellschaftlichen Basis ab. Und das nicht nur in der Türkei. Der Friedensprozess braucht demokratische AktivistInnen. Die repressive Anti-PKK-Politik der europäischen Staaten ist ein großes Hindernis für die Entwicklung eines gerechten Friedens, denn die kurdische Seite wird stark in ihren politischen Möglichkeiten beschränkt. Darum: Das PKK-Verbot muss weg!

Ihre Redaktion

Die demokratische Friedensphase entwickelt sich ...

Songül Karabulut, Kurdischer Nationalkongress

In dem seit über vierzig Jahren anhaltenden türkisch-kurdischen Konflikt wurden zum ersten Mal 1993 Schritte eingeleitet, um den bis dahin überwiegend militärisch ausgetragenen Konflikt in einen politischen Kampf münden zu lassen. Abdullah Öcalan erklärte im März 1993 zum ersten Mal einen einseitigen Waffenstillstand. Seitdem hat sich seine Suche nach einer politisch-friedlichen Lösung immer mehr intensiviert. So können heute direkte Gespräche zwischen dem inhaftierten kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan und einer Delegation der Regierung geführt werden. Vom ersten Waffenstillstand bis heute sind inzwischen zwanzig Jahre vergangen. Die überwiegend einseitigen Bemühungen Öcalans, der seit zwanzig Jahren die Bedingungen für eine friedlich-politische Lösung zu entwickeln versucht, sind hierbei ausschlaggebend und von großer Bedeutung.

Die Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungsgespräche Ende letzten Jahres ist ebenfalls auf seine Initiative sowie auf sein kontinuierliches Beharren zurückzuführen. Während in den letzten zwanzig Jahren durch die wechselnden Regierungen der Türkei jeder Funke zur Lösung der kurdischen Frage vom Staat erstickt wurde und sich erst nach langen blutigen Kämpfen erneut Signale entwickelten, gelangte Abdullah Öcalan seit Anfang der neunziger Jahre zu der Einsicht, dass eine politische Lösung notwendig sei, und in diesen zwanzig Jahren hat er Form und Methoden immer weiter verfeinert und konkretisiert. Unzählige konkrete Schritte wurden unternommen und viele einseitige als Zeichen guten Willens entwickelt, die theoretischen Grundlagen für eine Lösung der kurdischen Frage wurden ausgearbeitet und in Form einer Roadmap¹ veröffentlicht.

Als Abdullah Öcalan 1999 nach einem internationalen Komplott auf die Gefängnisinsel Imralı verschleppt wurde, nutzte er diese Gelegenheit – entgegen anderen Erwartungen –, um sich stärker als zuvor für eine friedliche Lösung einzusetzen und die Bedingungen dafür auf beiden Seiten vorzubereiten.

Die ersten direkten Gespräche mit ihm fanden 2009 statt. Nach zwei Jahren brach die staatliche Seite diesen Prozess, auch bekannt als Oslo-Gespräche, im Juli 2011 ab. Es folgte eine äußerst repressive Zeit voller Gewalt, in der sich die kurdische Bewegung erneut beweisen und folglich die Unmöglichkeit einer militärischen Lösung der kurdischen Frage aufzeigen konnte. Nachdem Abdullah Öcalan einen 68-tägigen Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Türkei im Herbst letzten Jahres mit einem Appell hatte beenden können, wurde seine Rolle bei der Problemlösung wieder erkannt. Am 28. Dezember erklärte der türkische Ministerpräsident Erdoğan, Gespräche mit Öcalan hätten erneut begonnen. Seitdem bewegen und entwickeln wir uns wieder in der demokratischen Friedensphase. Bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels scheint der erneut aufgenommene Friedensprozess ohne große Störungen zu verlaufen.

Die demokratische Friedensphase entwickelt sich also. Die erste der insgesamt vorgesehenen drei Etappen ist trotz einiger Mängel fast abgeschlossen. Was war oder ist diese erste Etappe? Im Groben dargestellt geht es dabei darum, dass beide Seiten den Willen zum Frieden bekunden, auf ihre Wortwahl achten, einen gewissen Konsens in Bezug auf den Frieden herstellen und auf dieser Grundlage neben einem Waffenstillstand den Rückzug der kurdischen Guerillaeinheiten auf Gebiete außerhalb der türkischen Staatsgrenzen vollziehen. Also eine Atmosphäre schaffen, in der sowohl die Demokratisierung der Türkei als auch die Lösung der kurdischen Frage als untrennbare Elemente debattiert und entwickelt werden können.

Einige Tage nach der historischen Erklärung des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan zum kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21. März [*s. vorher. Ausgabe*] erklärte der Exekutivratsvorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK), Murat Karayilan, im Namen der KCK, der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und der Guerilla Volksverteidigungskräfte (HPG) eine Waffenruhe und kündigte auf einer Pressekonferenz am 25. April den Rückzug der Guerillaeinheiten nach Kandil ab dem 8. Mai an. Deren erste Gruppe traf

1) Die Roadmap für Verhandlungen: Gefängnisschriften, Pahl-Rugenstein-Verlag

am 14. Mai unter der Beobachtung verschiedener PressevertreterInnen in Südkurdistan ein. Der Rückzug hält seitdem an.

Parallel wurde eine 63-köpfige »Kommission der Weisen« einberufen (je neun Personen für je eines von sieben Gebieten der Türkei), die im gesamten Land mit der Bevölkerung und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen den Prozess diskutiert.² Außer große Versammlungen abzuhalten, treffen ihre Mitglieder auch unmittelbar vom Krieg Betroffene. Die Ergebnisse dessen wird die Kommission als Berichte über die Vorstellungen der Bevölkerung der Regierung und Abdullah Öcalan vorlegen. Auch eine parlamentarische Kommission zur Beobachtung der Verhandlungen und des Abzugs wurde gegründet, in die eigentlich alle Fraktionen Mitglieder entsenden sollten. Da aber die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und die Republikanische Volkspartei (CHP) diesen Prozess ablehnen, haben sie sich geweigert, Mitglieder zu benennen, und die Kommission wurde folglich mit zehn Abgeordneten berufen (neun von der Regierungs-Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, AKP, und einer von der Partei für Frieden und Demokratie, BDP). Diese Kommission ist wichtig, um das Parlament in diesen Prozess einzubeziehen und ihn damit parlamentarisch zu legitimieren.

Eine weitere Erwartung gibt es im Hinblick auf die Einstellung der sogenannten KCK-Operationen und die Freilassung aller politischen Gefangenen. In dieser Frage gibt es zwar eine gewisse Entwicklung, wonach kaum neue KCK-Operationen stattfinden, einige Gerichtsverfahren abgeschlossen sind und bislang einige Hundert Personen – überwiegend BDPLerInnen – freigelassen worden sind, aber in den Hauptprozessen in Istanbul und Amed (Diyarbakır) sowie in den Verfahren gegen die AnwältInnen, JournalistInnen und Abgeordneten sind keine Fortschritte zu verzeichnen.

Diese Situation widerspricht dem Geist des Friedensprozesses. Mehrere Tausend Menschen befinden sich im Gefängnis, weil sie sich politisch engagiert haben. Wenn an die Stelle des bewaffneten Kampfes der politische Kampf treten soll, müssen diejenigen Menschen, die aufgrund ihrer politischen Arbeit im Gefängnis sind, freigelassen werden, damit sich die zivile politische Phase entwickeln kann. Zu Recht stellt sich die Frage, welche Absicht verfolgt die Regierung, wenn sie zum einen den Abzug der bewaffneten Guerillaeinheiten einfordert und zum anderen die politischen Kräfte weiterhin im Gefängnis belässt. Oder wie im Fall Roboski, am 28. Dezember 2011 wurden durch einen Angriff der türkischen Luftwaffe 34 Zivilisten ermordet. Das Gericht hat nun beschlossen, dass der Fall

nicht in seinem Zuständigkeitsbereich liegt. Die Akte wurde an das Militärgericht weitergeleitet.

Trotz verbaler Zusicherung Ministerpräsident Erdoğan, den Guerillakräften beim Rückzug freies Geleit zu gewähren, kommt es vereinzelt zu Gefechten mit dem Militär. Die Informationen, dass die türkische Armee versucht, die Stellungen der Guerilla zu besetzen und unter ihre Kontrolle zu bringen, sowie über den Bau von Militärlasernen an der Grenze sind Besorgnis erregend. Die Bevölkerung versucht als lebende Schutzschilde, mögliche Gefechte und den Neubau von Militärstützpunkten zu verhindern. Sie begibt sich in die Gebiete, in denen es zu Zusammenstößen kommt, und verhindert die Eskalation der Militäroperationen.

Entgegen jeglichen vernünftigen Erwartungen, dass parallel zum Abzug der Guerillaeinheiten die Auflösung des Dorfschützersystems auf der Tagesordnung stehen müsste, hat die AKP-Regierung ihre Anzahl durch neue Rekrutierungen erhöht. Außerdem gibt es Informationen, dass die türkische Armee ihre Aufklärungsflüge über Südkurdistan intensiviert habe. Diese Entwicklungen geben selbstverständlich Anlass zur Sorge. Zu Recht sagt Murat Karayilan am 19. Juni in einem Interview gegenüber ANF: »Eigentlich sollte der Staat in der Phase des Abzuges der Guerillakräfte seine militärischen Aktivitäten reduzieren, doch er befindet sich regelrecht in Kriegsvorbereitung. Mit diesen Vorbereitungen unternimmt er alles Mögliche, um die Phase zu sabotieren. Er bereitet sich auf einen Krieg vor, das ist klar ersichtlich.«

Während der Abzug der Guerilla weiter anhält, beginnt auch schon die zweite Etappe. Was beinhaltet sie und welche Erwartungen sind mit ihr verbunden? In der ersten Phase war die kurdische Befreiungsbewegung am Zuge, indem sie mit einer Waffenruhe und dem Abzug der Guerilla die Bedingungen für Gewaltfreiheit geschaffen hat. In der zweiten Etappe ist die Regierung an der Reihe. Grob gesagt ist die zweite Etappe als die Demokratisierungsphase zu bezeichnen, in der entsprechende Gesetzesreformen sowie eine neue demokratische Verfassung ausgearbeitet und verabschiedet werden sollen. Es gibt unzählige antidemokratische und das demokratische Leben stark beeinträchtigende Gerichtsurteile und Gesetze. Um nur einige zu erwähnen: das Antiterrorgesetz, Parteien- und Wahlgesetze, Sprachengesetz, Wahlhürde, Gesetze, die die Meinungsfreiheit und Pressefreiheit einschränken.

Erinnern wir uns, am 12. September 2010 wurden in einem Referendum einige Verfassungsänderungen mit 57,88 gegen 42,12 % angenommen. Während die kurdische Bewegung zum Boykott aufgerufen hatte, stimmten Demokraten und Liberale für die Veränderungen, obwohl sie ihnen ebenfalls nicht weit genug gingen. Mit diesem Referendum wurde eigentlich

2) Siehe auch: Die Arbeit der Kommission der Weisen: Beobachtungen, Tendenzen ... Internetartikel dieser Ausgabe.

erneut unter Beweis gestellt, dass die Völker der Türkei eine neue demokratische Verfassung fordern. Die AKP ging im Juni 2011 mit dem Versprechen in die Parlamentswahl, unmittelbar nach der Wahl eine neue Verfassung herauszubringen. Zu diesem Zwecke wurde noch im selben Jahr eine parlamentarische Einigungskommission gegründet mit je drei Abgeordneten der vier Fraktionen. Sie sollte ursprünglich am 31. Dezember 2012 ihre Arbeit beenden und im April 2013 sollte die Türkei eine neue Verfassung erhalten. Weil ein Übereinkommen nicht leicht herzustellen war, musste die Arbeit dieser Kommission zweimal verlängert werden, gegenwärtig bis Ende Juni. Echte Fortschritte gab es bislang nicht. Inwieweit ein absolut neues Werk zu erarbeiten sein wird, ist fraglich. Gut möglich, dass eine vorläufige Verfassung in ihren Grundrissen vor den nächsten Wahlen 2015 angenommen, später erweitert und verbessert oder aber die jetzige mit neuen Gesetzespaketen reformiert wird.

Für die ersten beiden Etappen, d. h. Rückzug der Guerillaeinheiten und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, war ein Zeitraum bis Ende dieses Jahres vorgesehen. Inwieweit diese Zeitplanung eingehalten werden kann, bleibt abzuwarten. Unrealistisch ist sie nicht. In Anbetracht der rasanten Entwicklungen der letzten Monate wäre eine neue Verfassung ohne Weiteres auch bis Ende dieses Jahres realisierbar. Das einzig Notwendige ist der Wille der Regierung.

In diesem Zusammenhang sollten wir nicht vergessen, dass 2014 womöglich ein Jahr der Wahlen in der Türkei sein wird. Kommunal- und Präsidentschaftswahl und vielleicht auch ein Verfassungsreferendum. Zuvor muss die zweite Etappe ebenfalls zumindest teilweise abgeschlossen sein. Wenn in Richtung Wegbereinigung und neue Verfassung bis Ende dieses Jahres

sich nichts Konkretes entwickelt, wird der eingeleitete Friedensprozess Schaden nehmen.

Nachdem sowohl der Weg für einen neuen Gesellschaftsvertrag durch Gesetzesreformen bereitet als auch eine neue Verfassung geschrieben ist, tritt die dritte und letzte Phase ein. Sie wird als »Normalisierungsphase« bezeichnet. In ihr muss es darum gehen, einen dauerhaften Frieden zu sichern und den Übergang zu einem normalen Leben zu gewährleisten. Das heißt, die Demokratisierung muss institutionalisiert und parallel dazu Existenz, Freiheit und Sicherheit des kurdischen Volkes garantiert werden. Erst unter diesen Umständen wird die Entwaffnung der Guerilla behandelt werden können.

Klar ist, dass die Haftbedingungen Abdullah Öcalans dahin gehend verändert werden müssen, dass er seine Schlüsselrolle uneingeschränkt ausüben kann. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach seiner Freilassung nur legitim und notwendig. Seine Freiheit kann nicht am Ende dieses Prozesses stehen, sondern muss auf dessen Weg erfolgen.

VertreterInnen sowohl der kurdischen Bewegung als auch der Regierung erklärten, wer sich aus dieser Phase zurückziehe, werde als Verlierer daraus hervorgehen. Zwar befinden wir uns noch nicht auf der Etappe, dass ein Rückzug mehr Schaden anrichtet als den Friedensweg bis zum Ende zu gehen, aber auf diesen Punkt sollten die Konfliktparteien zugehen.

Der kurdische Volksvertreter hatte den BDP-Delegationen auf der Gefängnisinsel Imralı vier Konferenzen vorgeschlagen, die auf Initiative der kurdischen Befreiungsbewegung entwickelt und organisiert werden sollten. Eine in Ankara (fand bereits am 25./26. Mai statt), eine in Europa (in Brüssel, fand am 29./30. Mai statt), eine in Amed (Diyarbakır; fand am 15./16. Juni statt) und eine in Hewlêr (Arbil). Alle vier Konferenzen sollten sich aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zusammensetzen, nicht nur KurdInnen, sondern alle vom System ausgeschlossenen Gesellschaftsschichten und -gruppen sollten in diesen Konferenzen zusammenkommen, um ihre Vorstellungen von einer neuen Türkei auszuarbeiten und ihre Forderungen an eine neue Verfassung zu formulieren. *[mehr dazu in diesem Heft]*



Ankunft einer der Guerillaeinheiten im Meder-Verteidigungsgebiet in Südkurdistan.

Foto: ANF

Risiken für den demokratischen Friedensprozess

Was in all dieser Zeit fehlt und dadurch eine große Gefahr darstellt, ist der Mentalitätswan-

del bei der Regierung. Die AKP-Regierung erhält ihre despotische und ignorante Position aufrecht. Mit dieser Haltung unterdrückt sie zahlreiche unterschiedliche Gesellschaftsgruppen und versucht das Land über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zu gestalten. Ihre Vorstellung von Politik beinhaltet, der Gesellschaft die Werte vorzuschreiben, nach denen sie zu leben habe. Die überhebliche und beleidigende Rhetorik Erdogans hat längst die Gesellschaft polarisiert. Die Einführung des Alkoholverbots rechtfertigt er damit, dass er alle, die Alkohol trinken, als AlkoholikerInnen abstempelt, diejenigen, die nicht nach islamischen Werten erzogen werden, definiert er als verlorene Generation, er gibt vor, wie viele Kinder Frauen auf die Welt zu bringen hätten. Er beschließt, eine Brücke nach Yavuz Sultan Selim zu benennen, ohne auf die Sensibilität der alevitischen Gemeinschaft zu achten (AlevitInnen machen Yavuz Sultan Selim für eines der größten Massaker an ihnen verantwortlich). Er erklärt ein Kunstwerk zur Ruine und ordnet seinen Abriss an, er lässt Theaterzentren schließen, beschließt den Abriss von Kulturzentren, all das, ohne die Reaktion aus der Bevölkerung zu beachten. Diese Politik hat nur den Unmut der Menschen verstärkt. Das Ergebnis dieser diktatorischen AKP-Politik: die wochenlang anhaltenden Demonstrationen und Proteste gegen ihr Vorhaben des Neuaufbaus einer osmanischen Kaserne im Istanbuler Gezi-Park mit Einkaufszentren und Wohnungen. Dieser Protest ist ein Veto gegen die undemokratische Mentalität Erdogans. Auch wenn der diese Protestierenden als marginale Gruppe und PlündererInnen hinstellt und hartes Vorgehen gegen sie verordnet, haben sich die Menschen unterschiedlichster Couleur nicht einschüchtern lassen. Erschütternd zudem, dass Erdogan zu Beginn der Gezi-Proteste die Protestierenden mit seiner WählerInnenschaft von 50 % bedroht hat – er würde sie zurückhalten. Diese Äußerung ist Ausdruck davon, dass er die 50 % WählerInnenschaft der AKP als seine Schlägertruppe sieht, mit der er gegen die anderen 50 % vorzugehen droht. Ein äußerst gefährliches Vorhaben für einen Ministerpräsidenten mit dem Anspruch, die gesamte Bevölkerung zu vertreten. Während er mit Polizeigewalt gegen die Protestierenden vorgeht, hat er seine AnhängerInnen zu AKP-Kundgebungen aufgerufen.

Die Bilanz der 14-tägigen Polizeigewalt nach Presseberichten (Stand 11. Juni): Die Herzfunktionen von Ethem Sarisülük haben abgenommen, nachdem er in Ankara von der Polizei am Kopf verletzt wurde. In Istanbul verlor Mehmet Ayvalıtaş sein Leben, als er von einem PKW angefahren wurde, und in Hatay starb Abdullah Cömert, als eine Gasgranate der Polizei ihn am Kopf traf. In Ankara starb Irfan Turan infolge der eingesetzten Gasmunition, in Adana ein Polizist, als er Demonstrierende verfolgte und von einer Brücke fiel. Sechs Menschen verloren infolge der Polizeiangriffe ihr Augenlicht. Landesweit gibt es bislang 4 335 Verletzte.

Es hat auch den Anschein, als bremse die AKP-Regierung den demokratischen Friedensprozess. Jetzt, wo sich die Guerillaeinheiten zurückziehen, kann die AKP fehlkalkulieren, dass eine Waffenruhe ausreiche, um in den Wahlkampf einzutreten. Mit Hinhaltenaktik kann sie die notwendigen Gesetzesänderungen sowie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung vor sich herschieben. Die Tatsache, dass die sechste BDP-Delegation erst nach zwei Monaten nach Imralı durfte, ist zu hinterfragen. Wichtige Themen wie die Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage sind mit solch großen Zeitabständen zwischen den Gesprächen nicht zu schaffen. Auch die Tatsache, dass sie, statt die Proteste im Gezi-Park zu beruhigen, regelrecht Öl ins Feuer gießt, kann als Vorhaben gewertet werden, dass die AKP auf Zeit spielt. Sollte dies zutreffen, so steht die Türkei vor einem neuen Chaos. Beim letzten Besuch einer BDP-Delegation sagte Öcalan: »Ich werde die Entwicklungen noch zwei Wochen beobachten und im Anschluss eine umfassende Bewertung abgeben. In einigen Wochen werden wir den eigentlichen Willen der AKP-Regierung noch objektiver erkennen. Aber die gegenwärtigen Anzeichen geben Anlass zur Sorge.«

Schließlich noch einige Anmerkungen zur Haltung der internationalen Öffentlichkeit

Die Friedensphase wurde auch von der internationalen Öffentlichkeit und internationalen politischen Kreisen begrüßt. Aber bislang ist noch unklar, inwieweit es ernst gemeint ist mit der Unterstützung. Zu Recht wird die Forderung laut, als Zeichen der Unterstützung dieser Friedensphase die PKK aus der Liste terroristischer Organisationen zu streichen. Mit dieser Liste sind keine Bedingungen für gesunde Friedensverhandlungen gegeben.

Auch ist die Erwartung sehr hoch, dass der dreifache politische Mord in Paris lückenlos aufgeklärt wird. In diesem Zusammenhang gibt es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Fortschritte. Die Festnahme des kurdischen Politikers und Diplomaten Adem Uzun im Oktober letzten Jahres in Frankreich entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. An diesen drei Punkten wird sich die internationale Politik messen lassen müssen, inwieweit sie wirklich an einer friedlichen Lösung interessiert ist oder nicht. Solange es dabei keine positiven Entwicklungen gibt, wird das Misstrauen der Kurdinnen und Kurden gegenüber dem Rechtssystem dieser EU-Staaten bestehen bleiben und die Glaubwürdigkeit der EU wird Schaden nehmen.

Die kurdische Frage ist seit längerem eine internationale Frage und deshalb bedarf es in der Friedensphase auch konkreter internationaler Schritte. ♦

Den Friedensprozess in die Gesellschaft tragen

Songül Karabulut, Kurdischer Nationalkongress

Im Rahmen des begonnenen Prozesses für einen demokratischen Frieden hatte der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan in seiner historischen Newroz-Botschaft am 21. März 2013 vier Konferenzen vorgeschlagen, um »den aktuellen demokratischen Lösungsprozess zu diskutieren, ein Bewusstsein dafür zu schaffen und Beschlüsse zu fassen«.

Für die Durchführung der ersten dieser Zusammenkünfte, die am 25. und 26. Mai in Ankara stattfand, hatte der Demokratische Kongress der Völker (HDK) eine wesentliche Rolle übernommen. Die Konferenz in Ankara hatte den Anspruch, alle Bevölkerungsgruppen und -schichten aus der gesamten Türkei zusammenzubringen, die sich von der gegenwärtigen türkischen Republik nicht vertreten sehen und aufgrund ihrer Identität Probleme mit dem System haben. Folglich waren auf der Konferenz neben VertreterInnen politischer Parteien und Organisationen ethnische und religiöse Gruppen, Gewerkschaften, Berufsverbände, Frauenorganisationen, Jugend- und Umweltverbände, Menschenrechtsvereine und -persönlichkeiten, AkademikerInnen, SchriftstellerInnen, KünstlerInnen und andere vertreten. Aufgerufen hatten u.a. Yaşar Kemal, Tarık Ziya Ekinci, Vedat Türkali, Orhan Pamuk, Murathan Mungan, Rakel Dink. In seiner Eröffnungsrede erklärte der Istanbul Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Sırrı Süreyya Önder, sie seien für einen dauerhaften Frieden zusammengekommen. Im Laufe der Konferenz wurden die Botschaften Yaşar Kemals, Vedat Türkalis, Murathan Mungans und Orhan Pamuks verlesen. Vedat Türkali: »Zum ersten Mal fließt kein Blut mehr; deshalb empfinde ich eine große Zuneigung für Öcalan.« Auch etliche PolitikerInnen waren anwesend, unter anderem die BDP-Kovorsitzenden Selahattin Demirtaş und Gültan Kışanak, die Kovorsitzende des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) Aysel Tuğluk, die Kovorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und der Partei der Freiheit und Solidarität (ÖDP), die Vorsitzenden der Partei der Arbeit (EMEP) und der Partei der Sozialistischen Demokratie (SDP) sowie Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei (CHP). Die Konfe-

renzbeschlüsse gehen an den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan und den Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan und werden selbstverständlich der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

Es kamen annähernd 500 Personen zusammen, die anlässlich dieser zweitägigen Konferenz sowohl auf gemeinsamen Diskussionsplattformen als auch in Arbeitsgruppen die Probleme auf dem Wege zu Demokratisierung und Frieden benannten und Lösungsvorschläge erarbeiteten. Nach einem dreistündigen gemeinsamen Programm (Eröffnung und Redebeiträge) und einem Grundsatzvortrag unter dem Titel »Friedensprozess auf der Welt und in der Türkei« wurden die TeilnehmerInnen auf vier Workshops aufgeteilt, die einen halben Tag lang die folgenden Themen behandelten.

a) **Die Zukunft auf der Grundlage der Wahrheit errichten:** Was haben wir erlebt, wie werden wir uns dem stellen und es aufarbeiten? Welche Bereiche und Lösungsvorschläge gibt es für Wahrheitsfindung, Konfrontation mit der und Aufarbeitung der Geschichte? Welche offiziellen oder inoffiziellen Tätigkeiten gibt es zu diesem Thema, welche konkreten Forderungen, was sollte dafür unternommen werden? In dieser Arbeitsgruppe wurde die »Kommission für Wahrheit, Aufarbeitung und Gerechtigkeit« gegründet.

b) **Neuer Gesellschaftsvertrag und Recht:** Welche Forderungen wurden bislang im Zuge der Wegbereitung¹ gestellt und welche bislang erfüllt, was dafür unternommen? Welche Gesetzesänderungen sollten dringend für die Wegbereitung und Demokratisierung vorgenommen werden? Wie ist der Stand bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung? Was kann für einen neuen Gesellschaftsvertrag im Sinne von Gleichberechtigung und Freiheit unternommen werden? In dieser Arbeitsgruppe wurde die »Kommission für Recht, Wegbereitung und neue Verfassung« gegründet.

1) Der Weg zu einer neuen Verfassung sollte durch Gesetzesreformen von antidemokratischen Gesetzen, Regelungen und Bestimmungen bereinigt werden.

c) **Die Vergesellschaftung der »Friedens- und Demokratiephase«:** Was kann für die Vergesellschaftung des Friedens unternommen werden? Wie kann eine gemeinsame und demokratische Zukunft aufgebaut, wie der Frieden umfassend und dauerhaft gestaltet werden? Welches Niveau haben die Aktivitäten der »Kommission der Weisen« und der parlamentarischen »Kommission zur Untersuchung der Friedenswege und Bewertung der Lösungsphase« erreicht? Wie können wir diese Phase vorantreiben? In dieser Arbeitsgruppe wurde die »Kommission für kollektive Verhandlungen« gebildet.

d) **Die Entwicklung des demokratischen Kampfes:** Was kann zur Organisierung des gesellschaftlichen Kampfes in einer demokratischen Neugestaltungsphase unternommen werden? Wie können die Kampfgebiete der ArbeiterInnen, für Glaubensfreiheit, Identität, partizipierende Politik, lokale direkte Verwaltung in der Friedens- und Lösungsphase zusammengeführt, wie die Konferenzaktivitäten in Zukunft perfektioniert werden? In dieser Arbeitsgruppe wurde die »Kommission für demokratische Politik« gebildet.

Zu jedem Thema wurde als Hilfestellung ein zehnminütiges Einführungsreferat gehalten. Jede Arbeitsgruppe fasste die Ergebnisse ihrer Diskussionen im Anschluss schriftlich zusammen, die am nächsten Tag verlesen und zur Diskussion gestellt wurden. Auf der Grundlage der Vorschläge und Beiträge in dieser gemeinsamen Aussprache wurde eine Deklaration zu Demokratie und Frieden vorbereitet und vor Konferenzschluss allen TeilnehmerInnen vorgetragen und verabschiedet [siehe *Schlussresolution der Konferenz im Anschluss des Artikels*].

Die zweite Konferenz in diesem Rahmen wird am 15./16. Juni in Amed (Diyarbakır) stattfinden.² Der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft als Dachorganisation unterschiedlicher kurdischer Gruppierungen, Initiativen, Berufsverbände in Nordkurdistan hat die Verantwortung für die Organisation übernommen.

Diese zweite Konferenz mit einer strategischen Bedeutung bei der Bestimmung der eigenen Zukunft für die KurdInnen wird unter dem Motto »Einheits- und Lösungskonferenz Nordkurdistans« stehen. Hier soll zum einen geklärt werden, wie sich die KurdInnen in Nordkurdistan (türkischer Teil Kurdistans) ihren Status vorstellen, zum anderen sollen sie ihre Forderungen für den Demokratisierungs- und Friedensprozess formulieren und zusammentragen. Zu der Versammlung werden annähernd 200 TeilnehmerInnen erwartet, 47 VertreterInnen von Organisationen und Institutionen sowie 60 AkademikerInnen, Persönlichkeiten sowie MeinungsführerInnen sind eingeladen worden.

Die Tagesordnung sieht folgende Themen vor: Bewertung der aktuellen politischen Lage, die Statusfrage sowie die Frage der Verfassung in Nordkurdistan, soziale Fragen und ihre Lösungsansätze, die Frage der nationalen Einheit und gemeinsamen Haltung in Nordkurdistan. Es wird eine Konferenz, auf der die KurdInnen aus Nordkurdistan ihren Willen im Hinblick auf ihren rechtlichen Status zum Ausdruck bringen werden. Seydi Firat vom Vorbereitungskomitee äußerte sich gegenüber der Nachrichtenagentur ANF zum Ziel der Konferenz: »Die kurdische Frage ist eigentlich eine Statusfrage. Was wollen die KurdInnen wirklich? Es ist äußerst wichtig, dass sie diese Frage auf der Konferenz diskutieren und beantworten. Die Lösung der kurdischen Frage steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage nach dem Status, mit dem Selbstverwaltungsrecht der KurdInnen. Es ist daher von größter Bedeutung, dass diskutiert wird, wie unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Türkei ein Status für die KurdInnen mit den Volksgruppen der Türkei realisiert werden kann. In der Vergangenheit haben viele politische Gruppen ihre Vorstellungen dazu dargelegt. Es ist ein Hauptziel der Konferenz, die Beantwortung dieser Frage als gemeinsames Projekt zu beschließen und zu entwickeln.«

Die dritte Konferenz wird am 29./30. Juni in der europäischen Hauptstadt Brüssel stattfinden. Dafür hat sich ein Organisationskomitee gebildet, dem 31 türkeistämmige Organisationen und Vereine aus der europäischen Diaspora sowie Dutzende Persönlichkeiten angehören. Auch hier geht es darum, dass neben ethnischen und religiösen Gruppen aus der Türkei unterschiedliche politische und gesellschaftliche Gruppen, die sich im System nicht vertreten fühlen, zusammenkommen, um ihre Probleme zu benennen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Es wird vier Panels geben. Neben einer Rede im Namen des Organisationskomitees sollen die Ergebnisse der Konferenzen in Ankara und Amed vorgestellt werden, ebenso die Ergebnisse des dritten alevitischen Kongresses in Ankara vom 12. Mai (Thema: »Kein staatlicher, sondern gesellschaftlicher Frieden«).

Das zweite Panel mit dem Titel »Wie wünschen sich die in Europa lebenden Angehörigen der Völker aus der Türkei und Kurdistan eine Türkei?« ist in fünf Themen unterteilt: 1. Probleme und Vorschläge der in Europa lebenden ethnischen und religiösen Identitäten (aus der Türkei und Kurdistan); 2. Gründe und Probleme der Flucht nach Europa sowie das Projekt der Rückkehr; 3. Probleme der Werk tätigen und die Frage der Ausbeutung der arbeitenden MigrantInnen durch den türkischen Staat sowie Lösungsvorschläge; 4. Durch den türkischen Staat verursachte spezifische Probleme der Migrantinnen und der Jugend und Lösungsvorschläge; 5. Die negative Rolle der EU und europäischen Staaten im Hinblick auf die türkische Politik und daraus erwachsende Forderungen.

2) Das war zur Zeit der Abfassung dieses Artikels noch nicht geschehen.

Am zweiten Tag wird zum einen die Frage behandelt »Welche Rolle können die in Europa lebenden Angehörigen der Volksgruppen aus der Türkei und Kurdistan in der Demokratisierungs- und Friedensphase übernehmen?«, zum anderen die Frage, wie ein gemeinsamer Mechanismus der aktiven Beteiligung am Friedens- und Demokratieprozess aussehen kann. Dabei soll die Form des gemeinsamen Kampfes für eine demokratische Zukunftsgestaltung geklärt werden.

Auch hier sollen Beschlüsse gefasst sowie Strukturen aufgebaut werden, um diese Beschlüsse zu verwirklichen.

Zweifellos hat der Demokratiemangel in der Türkei sowie der Krieg in Kurdistan viele Menschen dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um im europäischen Ausland überleben zu können. Auch vor dem Hintergrund, dass europäische Staaten direkt oder indirekt durch ihre Unterstützung der Türkei für das Schicksal und das Leid vieler Menschen mitverantwortlich sind, kommt Europa bei der Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei eine wichtige Rolle zu.

JEDE GESELLSCHAFTLICHE DYNAMIK BIETET DIE MÖGLICHKEIT, DIE KRÄFTE ZU BÜNDELN UND VONEINANDER ZU LERNEN. DAFÜR IST ES WICHTIG, GEMEINSAM ZU DEFINIEREN, WAS GEWOLLT UND WAS NICHT GEWOLLT IST. WOGEGEN DIE MENSCHEN STEHEN UND WOFÜR SIE KÄMPFEN. DARUM GEHT ES AUF DIESEN KONFERENZEN.

Die vierte und letzte Konferenz ist für Hewlêr (Arbil) vorgesehen. Auch für sie wurde ein Komitee gegründet, das zur Vorbereitung gegenwärtig mit allen kurdischen Kräften Gespräche führt. Auf diesem Treffen sollen alle KurdInnen aus allen vier Teilen Kurdistans zusammenkommen, um sowohl

ihre Position in dieser Phase zu klären als auch ihre Forderungen zu formulieren. Von der Verteilung Kurdistans sind alle KurdInnen betroffen. Sie werden neben nationaler Solidarität und Einheit auch ihre Forderungen an den Staat artikulieren. Die KurdInnen aus den anderen Teilen Kurdistans sind unmittelbar von den Entwicklungen in Nordkurdistans betroffen. Die Türkei schließt einseitig Grenzübergänge, setzt die anderen KurdInnen unter Druck, führt grenzüberschreitende Militäroperationen durch, verbündet sich mit den Nachbarstaaten gegen die Interessen der KurdInnen u. v. m. Daher ist es wichtig, dass sich alle KurdInnen parteiübergreifend für ihre Errungenschaften einsetzen. Es ist zu erwarten, dass das Ausmaß der Verteilung Kurdistans einen wesentlichen Programmpunkt der Konferenz in Hewlêr bilden wird.

Was ist das Ziel dieser Konferenzen?

Gegenüber der sechsten BDP-Delegation auf der Gefängnisinsel Imralı äußerte sich der dort inhaftierte kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan zu den Konferenzen: »Es ist wichtig, dass die Konferenzen in Ankara, Amed, Hewlêr und Brüssel stattfinden. Die Ergebnisse aller vier Konferenzen sind wichtig und von historischer Bedeutung. Die bevorstehende Konferenz in Amed ist wichtig. Die nationale Einheit des kurdischen Volkes ist wichtig. Die Konferenzen in einer Phase, in der das kurdische Volk auf seinem Freiheitsmarsch ist, werden die Einheit und Geschwisterlichkeit stärken. Die Konferenzbeschlüsse werden sowohl für die Gleichberechtigung und Freiheit des kurdischen Volkes als auch für die Freiheit der Völker des Mittleren Ostens von Bedeutung sein. Die Konferenzen dürfen nicht auf zwei Tage reduziert gesehen werden. Es müssen Beobachtungskommissionen gebildet werden, die sowohl den Prozess als auch die Konferenzbeschlüsse verfolgen.« (ANF, 10. Juni 2013)

Der jüngste gesellschaftliche Widerstand in der Türkei um den Gezi-Park hat die Ausmaße des Unmuts unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen verdeutlicht. Es gibt viele Menschen und gesellschaftliche Gruppen, die eine Veränderung in Richtung Demokratie und Freiheiten fordern, denn sie werden seit Jahrzehnten von diesem türkischen Staatssystem unterdrückt. Sie werden bevormundet, über ihre Köpfe hinweg werden Beschlüsse gefasst, die sich negativ auf ihr Leben auswirken. Der Staat und die Herrschenden sehen in der Bevölkerung in der Türkei lediglich Objekte, die nichts zu sagen haben, nur gehorchen müssen. Die Menschen im Gezi-Park haben sich erhoben und sagen NEIN! Sie wollen nicht mehr bevormundet werden.

Erinnern wir uns, was Öcalan in seiner Newroz-Rede sagte: »Die Zeit der Kolonialregime, des repressiven und ignoranten Denkens ist abgelaufen. Die Völker des Mittleren Ostens und Zentralasiens wachen endlich auf. Sie wenden sich einander und ihren Wurzeln zu. Sie wollen nicht mehr verblendet und in Kriegen aufeinandergehetzt werden. (...) Um ein Land zu schaffen, das der Geschichte Kurdistans und Anatoliens würdig ist und das allen Völkern einschließlich der KurdInnen Gleichheit, Freiheit und Demokratie bietet, kommt allen eine große Verantwortung zu. Ich rufe anlässlich dieses Newroz-Festes genauso wie die KurdInnen auch die ArmenierInnen, TurkmenInnen, AramäerInnen, AraberInnen und alle anderen Völker dazu auf, das Licht der Freiheit und Gleichheit, das aus den heute angezündeten Feuern leuchtet, auch als ihr eigenes Licht der Freiheit und Gleichheit zu betrachten. (...) Wir werden uns zusammenschließen gegen diejenigen, die uns spalten und aufeinanderhetzen wollen. Wir werden uns vereinen gegen diejenigen, die uns teilen wollen. Wer die Zeichen der Zeit

nicht erkennt, wandert auf den Müllhaufen der Geschichte. Wer sich gegen den Strom des Wassers stellt, wird auf den Abgrund zugetrieben. Die Völker der Region werden Zeugen einer neuen Morgendämmerung. Die Völker des Mittleren Ostens sind der Kriege, der Konflikte und der Spaltungen müde und wollen endlich auf ihren eigenen Wurzeln neu erblühen, Schulter an Schulter aufstehen.«

Diesem Ziel dienen diese Konferenzen. Menschen, die der Kriege, Konflikte und Spaltungen müde sind, die sich nach Freiheit und Gleichheit sehnen, kommen sich näher, planen ihre Zukunft gemeinsam und legen die vom System auferlegte Objektkontrolle ab und bringen sich als Subjekt, als AkteurIn ein.

Jede gesellschaftliche Dynamik bietet die Möglichkeit, die Kräfte zu bündeln und voneinander zu lernen. Dafür ist es wichtig, gemeinsam zu definieren, was gewollt und was nicht gewollt ist. Wogegen die Menschen stehen und wofür sie kämpfen. Darum geht es auf diesen Konferenzen. Die TeilnehmerInnen entwickeln gegenseitiges Verständnis für die Belange der anderen. Sie hören sich an, was die anderen Gruppen zu

berichten haben, wie sie durch das System entrechtet wurden. Das ist ein Hauptziel der Konferenzen.

Dadurch, dass die Konferenzergebnisse auch Öcalan erreichen werden, sollte ebenso hinter diesem Vorschlag das Vorhaben erkannt werden, dass er alle Gruppen, die unterdrückt, die entrechtet werden, am Verhandlungstisch neben sich Platz haben lässt und somit die Verhandlungen eröffnet.

Während die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) diesen Verhandlungsprozess nur auf sich begrenzen will, versucht Öcalan auf diesen Wegen, die Verhandlungen transparent zu gestalten und andere einzubeziehen. Während die AKP über die Köpfe ihrer Bevölkerung hinweg entscheidet, lädt Öcalan alle unterdrückten Gruppen ein, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, für ein selbstbestimmtes Leben zu kämpfen.

Er vergesellschaftet mit diesem Vorschlag die von der AKP bislang sehr verschlossen gehaltene demokratische Lösungsphase. Jede und jeder bringt sich als aktives Mitglied bei der Neustrukturierung der Türkei ein. ♦

Schlussresolution der Konferenz für Demokratie und Frieden in Ankara, 27.05.2013

Wir Aleviten, Armenier, Aramäer, Kurden, Türken, Sunniten, Araber, Roma, mit anderen Worten die unterschiedlichen Völker und Glaubensgruppen, Atheisten, Intellektuelle, Akademiker, junge Menschen, Frauen, LGBTler, Werkkräfte, Gewerkschafter, politische Parteien und Gruppen haben uns, zur Hinführung der begonnenen Verhandlungen in die richtige Richtung, zum Aufbau eines bleibenden Friedens, zur Schaffung einer demokratischen, alle Rechte und Freiheiten umfassenden, gleichberechtigten und gemeinsamen Zukunft, dazu entschlossen, gemeinsam zu agieren, eine Lösungsinitiative zu entwickeln und eine kollektive Friedensbewegung zu errichten.

Wir, die auf dieser Konferenz zusammengekommen sind, sind uns dessen bewusst, dass sich die Türkei heute beim Lösungs- und Friedensprozess in einer wichtigen Phase befindet. Wir glauben daran, dass es notwendig ist, diesen Prozess der Gespräche zur Lösung der Kurdenfrage zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Wir erklären, dass unsere Konferenz zur ununterbrochenen Weiterführung des Verhandlungsprozesses eine entschiedene Haltung und Aktivität zeigt.

Wir betonen, dass es zur Erlangung eines bleibenden Friedens unabdingbar ist, eine pluralistische, gleichberechtigte und

freiheitliche Demokratie, die alle Institutionen umfasst, zu aktivieren. Erneut stellen wir fest, dass Demokratie und Frieden in Relation zueinander stehen und Schritte hin zur Demokratie auch den Friedensprozess vorwärtsbringen werden.

Wir beobachten, dass einige aktuelle Ansätze sich als Probleme darstellen, den Friedens- und Demokratisierungsprozess in gegenseitigem Vertrauen fortzuführen. Wir betonen, dass die AKP-Regierung mit ihrem hegemonialen und autoritären Politikverständnis dem Verlauf eines erfolgreichen Lösungsprozesses keine Probleme bereiten darf. Wir laden die Regierung dazu ein, Schritte dahin gehend zu tun, Problembereiche nicht einzuengen, damit die Schaffung von Vertrauen nicht nur einer Seite auferlegt wird, das gegenseitige Vertrauen und so der Lösungs- und Friedensprozess gestärkt wird.

Wir heben die Notwendigkeit hervor, dass zur erfolgreichen Fortführung und Entwicklung der Verhandlungen die Voraussetzungen für die Gesundheit, Sicherheit und Freiheit von Herrn Abdullah Öcalan sichergestellt werden müssen und Kontaktmöglichkeiten zwischen ihm und Delegationen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen geschaffen werden sollten. Momentan sind seine Möglichkeiten sehr stark eingeschränkt. Wir betonen die Wichtigkeit einer friedensschaffen-

den und nicht hasserfüllten Sprache, gegenseitigen Verständnisses, was überlebenswichtig für einen positiven Verlauf dieses Prozesses ist.

Zur Vergesellschaftung eines friedvollen Umfelds und der Verhandlungen erinnern wir an die Wichtigkeit der Aufhebung von Behinderungen gegenüber der demokratischen Bewegung. Die Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit darf nicht eingeschränkt werden.

Wir fordern ohne Verzug gesetzliche Regelungen zur Freilassung der politischen Gefangenen, insbesondere der erkrankten und der minderjährigen Gefangenen.

Wir heben auch erneut hervor, dass das Recht auf Sprache, Kultur, Glaube und Identität der Völker universell ist und nicht verhandelbar sein kann. Dieses Recht ist eine Notwendigkeit für eine gleichberechtigte Staatsbürgerschaft. Wir glauben zudem daran, dass in jeder Phase des Lösungs- und Demokratisierungsprozesses Schritte zur Gewährleistung des Rechts auf Gleichstellung der Geschlechter und der sexuellen Neigung und die Gleichberechtigung von Frau und Mann sichergestellt werden müssen, um so einen dauerhaften und wirklichen Frieden zu erreichen.

Wir, die Teilnehmer dieser Konferenz, haben uns selbst damit beauftragt, den Prozess der Verhandlungen und des Friedens zu beobachten.

Wir betonen die Notwendigkeit, nie wieder zur *[bisherigen]* Sicherheitspolitik zurückzukehren, den Prozess nicht zum Abbruch zu bringen, sondern auszuweiten, und erklären daher unsere Entschiedenheit darin, alle erdenklichen Bemühungen dafür aufzuwenden. Einstimmig betonen wir, dass zur Schaffung eines wirklichen Friedens die Notwendigkeit besteht zur Konfrontation mit allen Massakern, Opfern unbekannter Täter, Verschwundenen, Völkermorden, von der Vergangenheit bis heute, und dass wir alles Erdenkliche tun, um alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ohne ein Recht auf Verjährung, aufzudecken und Gerechtigkeit zu schaffen.

Wir appellieren an alle politischen Parteien im Parlament, da wir die Einschätzung haben, dass eine Lösung allein durch einseitige Opferbereitschaft nicht erreichbar ist. Unsere Forderung an Regierung und Opposition besteht darin, Schritte zu gesetzlichen Reformen und zur Demokratisierung zu beschleunigen, die Erarbeitung einer neuen Verfassung vor den Wahlen zu beenden, ein dem Lösungsprozess entsprechendes Arbeitstempo einzulegen und Verhalten und Sprache innerhalb des Parlaments anzupassen.

Wir weisen darauf hin, dass das Ziel des gemeinsamen Kampfes der Konferenzteilnehmer die Realisierung des Friedens nicht nur in der Türkei, sondern auch im Mittleren Osten und in Syrien ist, und unterstreichen, dass das Massaker von Reyhanlı aufzeigt, wie dringend notwendig der Frieden ist.

Als Teilnehmer der Konferenz geben wir kund, dass wir in der Lösung der Kurdenfrage, dem Frieden und der Demokratisierung gemeinsame Forderungen und Ansätze verfolgen und zur Umsetzung dessen den Kampf gemeinsam führen werden.

Wir appellieren als Teilnehmer dieser Konferenz an alle Personen und Institutionen, die für den Frieden, die Demokratie und die Rechte der Werktätigen sind, den Kampf für Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Demokratie in der Türkei gemeinsam zu führen und am Lösungs- und Friedensprozess teilzunehmen.

Wir sind offen für unterschiedliche Stimmen, Meinungen, Methoden und weisen darauf hin, dass sich alle in Bewegung setzen müssen. Auf dieser Konferenz, die sehr unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft zusammengebracht hat, hat sich ein Wille zur Lösung, zum Frieden und zur Demokratisierung herausgebildet. Wir sind entschieden darin, unsere weiteren Aktivitäten als »Kommission für Wahrheit, Aufarbeitung und Gerechtigkeit«, als »Kommission für Recht, Wegbereitung und neue Verfassung«, als »Kommission für kollektive Verhandlungen« und als »Kommission für demokratische Politik« und deren Koordination weiterzuführen.

Voller Bewegungsdrang rufen wir, die Teilnehmer dieser Konferenz, aus, dass wir gemeinsam und mit starkem Willen zur Erweiterung und Entwicklung der Kollektivierung des Friedens und der Verhandlungen und der Gleichberechtigung die Freiheit, die Rechte der Werktätigen und die ökologische Gerechtigkeit in die Demokratie einführen wollen.

Aus diesem Grund betrachten wir als vorrangige Aufgabe die Organisation einer Friedensbewegung von unten, um einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Unabhängig von den Belastungen und der erwünschten Politik der AKP ist es unsere Aufgabe, die Friedensbewegung zu stärken, den Verhandlungsprozess aus nächster Nähe zu beobachten und an der Seite des kurdischen Volkes zu stehen.

Das Vorlegen von Informationen und Berichten der »Kommission der Weisen« nur an die Regierung ist unvereinbar mit dem Verhandlungsprozess. Unsere Konferenz sieht es als notwendig an, die Ergebnisse mit allen Parteien und mit der Bevölkerung zu teilen, und weist darauf hin, dass der Verhandlungsprozess transparent geführt werden muss.

Unsere Konferenz betrachtet den Widerstand gegen Interventionen, Okkupationen, gegen Massaker wie in Reyhanlı und gegen Krieg als menschliche Haltung und sieht einen isoliert von der Region und dem Mittleren Osten geführten Verhandlungs- und Friedensprozess als unmöglich an.

Der Frieden wird in dieser Hinsicht nur durch den Widerstand unter Einbindung der unterdrückten Völker gewonnen werden. Die Ansicht, dass auf der einen Seite des Tisches der Staat und auf der anderen nur die Kurden sitzen, ist nicht richtig. Die gemeinsame Feststellung unserer Konferenz ist, dass die Verhandlungen nicht nur zwischen Staat und Kurden, sondern zwischen Staat und allen Unterdrückten notwendig sind und dadurch eine gemeinsame Position der Unterdrückten erreicht werden muss. Dieser Phase liegt die Vergesellschaftung der Verhandlungen zugrunde. Die gesellschaftlichen Stützpfeiler der Friedensbewegung müssen erweitert werden. Die Wünsche der Völker jeder Nation, jeder Sprache, jedes Glaubens und jeder Kultur der Türkei und ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen in der Kurdenfrage müssen garantiert werden und mit einem demokratischen und dauerhaften Frieden vollendet werden.

Ausgehend von diesen Erkenntnissen haben wir aus der Versammlung als erste Stufe zur Koordinierung unserer Aktivitäten, zur noch aktiveren Teilnahme am Friedensprozess und zur Weiterführung und Entwicklung weiterer Aufgaben und Schritte, intern eine Kommission bestimmt.

Diese Kommission beobachtet nach Wünschen der Beteiligten den Prozess und wird, falls dieser ins Stocken gerät, mit allen Seiten Gespräche führen, um Probleme zu überwinden. Gleichzeitig wird sie mit dem Ziel einer Vergesellschaftung des Friedens regionale Konferenzen oder Ähnliches an Aktivitäten organisieren. ♦



Konferenz für Demokratie und Frieden in Ankara, 27.05.2013

Foto: DIHA

... eine genaue Vorstellung von dem Lösungsprozess ...

Erdal Er, Journalist

Ich bin im November 2012 in die Meder-Verteidigungsgebiete gefahren. Zu dieser Zeit hielten die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Militär in all ihrer Härte an. Die türkische Luftwaffe bombardierte die Meder-Verteidigungsgebiete ununterbrochen. Und in Nordkurdistan war die Situation auch nicht sonderlich anders. Die Schlagzeilen waren bestimmt von Krieg, von Festnahmen und von den Hungerstreiks in den Gefängnissen. In jenen Tagen wagten die Menschen noch nicht einmal von einem Frieden, von einer leisen Hoffnung auf eine Lösung, zu träumen. Aber dann sollte das Unerwartete doch geschehen. Im Dezember 2012 wurde öffentlich, dass VertreterInnen des Staates im Schatten des Krieges Gespräche mit dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan führen. Allein die Tatsache, dass es Gespräche gab, sorgte für viel Bewegung. Und allein die Gespräche brachten Wirbel in die Inlands- und Auslandspolitik.

Provokationen während des Gesprächsprozesses

Nachdem die Realität über die Gespräche in die Öffentlichkeit gelangten, besuchten internationale Medien wie BBC, AFP und Al Dschasira die Meder-Verteidigungsgebiete. Die Fragen, welche die Weltöffentlichkeit interessierten, waren, ob die Waffen beidseitig zum Schweigen kommen und Schritte in Richtung einer Lösung der Frage getätigt werden. Noch bevor die Öffentlichkeit allerdings Antworten auf diese Fragen erhalten konnte, erreichten uns nacheinander gleich mehrere Meldungen von Angriffen und Massakern, die drohten, auch diesem Prozess ein jähes Ende zu setzen. Zum Neujahr 2013 wurden in der Region Pîran (Lice) bei Amed (Diyarbakır) zehn Mitglieder der Guerilla ermordet. Darauf folgte die Meldung, dass am 7. Januar in Çelê (Çukurca) vierzehn weitere GuerillakämpferInnen ermordet worden waren. Der größte Angriff auf den Prozess fand dann am 9. Januar in Paris statt, wo das PKK-Gründungsmitglied Sakine Cansız, die kurdische Diplomatin Fidan Doğan und die Jugendaktivistin Leyla Şaylemez ermordet wurden.

Dann wurde in Nisêbin (Nusaybin) der Guerillakämpfer Mehmet Şirin Cebe ermordet, am 14. Januar wurden bei Luftangriffen auf die Meder-Verteidigungsgebiete sieben weitere Guerillas getötet und am 26. Februar wurden bei erneuten Luftangriffen abermals vier Guerillas ermordet. Diese Angriffe waren allesamt darauf ausgerichtet, einen möglichen Lösungsprozess im Keim zu ersticken. Das Massaker von Paris und die ununterbrochenen Angriffe auf die kurdische Guerilla erzeugten allerdings eine entgegengesetzte Wirkung. Herr Öcalan hat im Gedenken an die ermordeten Freundinnen von Paris und die getöteten Guerillakämpferinnen und -kämpfer seinen Willen zum Frieden bekräftigt und hierfür Schritte getätigt.

PKK tätigt konkrete Schritte

In diesem Prozess folgten auf den regen Verkehr zwischen Imralı, Ankara und Kandil schließlich auch konkrete Schritte. Der erste Schritt war die Freilassung von acht Soldaten, die sich in der Hand der PKK befanden. Die Freilassung folgte durch einen Aufruf Öcalans hierzu. Am 21. März, dem Newrozfest, war es erneut Abdullah Öcalan, der in seiner historischen Botschaft verlautbarte »Lasst die Waffen schweigen und die Gedanken sprechen« und dadurch den Beginn einer neuen Phase offiziell verkündete. Hieraufhin verkündete die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK am 23. März einen Waffenstillstand und kündigte am 25. April an, dass die Guerillakräfte sich ab dem 8. Mai aus Nordkurdistan in Richtung Südkurdistan zurückziehen würden. Noch nicht einmal eine Woche später, am 14. Mai, erreichte die erste Guerillaeinheit das Gebiet Metina in Südkurdistan.

Ich hatte als einer der wenigen JournalistInnen das Glück, diesen gesamten Prozess in den Meder-Verteidigungsgebieten miterleben zu können. In dieser Zeit habe ich mit VertreterInnen der verschiedenen Organisationen der kurdischen Freiheitsbewegung Gespräche geführt. Gemeinsam mit dem türkischen Journalisten Hasan Cemal saßen wir an einem Tisch mit Murat Karayılan, Cemil Bayık, Sabri Ok, Ronahî Serhat

und Sozdar Avesta und konnten ihnen unsere Fragen stellen. Auch mit einer Vielzahl von GuerillakämpferInnen habe ich gesprochen. Darunter waren auch die Mitglieder der ersten Guerillagruppe, die im Zuge des Rückzugs die Meder-Verteidigungsgebiete erreichte.

Aus den Antworten, die ich bei der Vielzahl an Gesprächen erhielt, werden wichtige Gedanken zum gegenwärtigen Prozess zum Ausdruck gebracht.

Man kann diese Gedanken wie folgt zusammenfassen.

Die PKK sieht einen Lösungsprozess, der aus drei Schritten besteht, vor. Im ersten Schritt muss die PKK handeln, im zweiten dann die Regierung und im dritten Schritt müssen schließlich beide Seiten ihrer Verantwortung gerecht werden.

Ich habe den KCK-Exekutivratsvorsitzenden Murat Karayılan gefragt, wie der erste Schritt konkret aussieht. Seine Antwort lautete:

»Wir haben die *[festgenommenen]* Soldaten ihren Familien übergeben, einen Waffenstillstand verkündet und damit begonnen, die Guerillakräfte zurückzuziehen.«

In derselben Reportage machte Cemil Bayık auf folgende Tatsache aufmerksam: »Unser Vorsitzender Apo hat einen mutigen Schritt getätigt. Nun muss die AKP dasselbe machen.«

Ausgehend von den Worten Cemil Bayıks kommt Murat Karayılan auf die Wichtigkeit des Willens zu sprechen: »Um eine Lösung für die kurdische Frage zu entwickeln, müssen beide Seiten einen starken Willen entwickeln. Auf unserer Seite ist dieser Wille jedenfalls vorhanden.«

Die Aussage, dass die kurdische Seite einen starken Willen zur Lösung hat, wird durch die getätigten Schritte der kurdischen Seite unter Beweis gestellt. Ob derselbe Wille auch auf Seiten der Regierung vorhanden ist, darüber lässt sich nur spekulieren. Bis dato haben sie keine Schritte getan, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in dieser Richtung stärken könnten. Das reicht aus, damit in den Köpfen eine Vielzahl möglicher Einwände und Skepsis in einem möglichen Lösungsprozess erzeugt werden.

Ich habe Karayılan nach diesen möglichen Einwänden und Zurückhaltungen gefragt. »Das liegt daran, dass ihr Lösungskonzept nicht klar ist. Wir können beispielsweise auch nicht genau abschätzen, wie ernst sie es mit der Lösung der Frage meinen. Und diese Unklarheit erzeugt selbstverständlich auch eine Zurückhaltung und viele Bedenken in der Öffentlichkeit«, so Karayılan.

Auch Bayık erinnert an die jüngere Vergangenheit und mahnt, dass diese sich nicht wiederholen dürfe: »Wir erinnern uns noch sehr gut daran, welche Worte Erdoğan in Amed (Diyarbakır) von sich gegeben hat und wie wenig dies dann mit der praktischen Haltung der Regierung zu tun hatte.«



Die Journalisten Erdal Er und Hasan Cemal im Gespräch mit Sozdar Avesta, Ronahî Serhat, Murat Karayılan, Cemil Bayık und Sabri Ok.

Foto: DIHA

Bayik spricht von dem Krieg, den die AKP-Regierung gegen die kurdische Bewegung noch bis Ende 2012 geführt hat. Die Erinnerungen hieran sind im Gedächtnis der kurdischen Bevölkerung sehr frisch. Deswegen gibt es auch starke Vorbehalte in der kurdischen Öffentlichkeit gegen die AKP. Befürchtungen wie »Wir könnten erneut betrogen werden« sind sehr verbreitet. Auch auf den Reisen der Kommission der Weisen in den kurdischen Gebieten wurden immer wieder Befürchtungen wie diese zur Sprache gebracht.

Bei diesem Thema macht Murat Karayılan auf folgenden Punkt aufmerksam: »Man muss realistisch an die Sache herangehen. Realistisch bedeutet in diesem Kontext, dass wir eine Organisation mit viel Erfahrung sind und dass wir mit einem Bewusstsein in diesem Prozess voranschreiten, mit dem wir auch diese Gefahr berücksichtigen. Man kann durchaus sagen, dass die kurdische Gesellschaft in ihrer Vergangenheit immer wieder von Staaten betrogen worden ist. Aber dieses Mal lassen wir das nicht zu.« Aus den Worten Karayılans ist zu erkennen, dass die PKK sich anscheinend gegen alle Eventualitäten gewappnet hat.

Cemil Bayik geht nochmals auf die unklare Politik der AKP ein: »Einerseits redet die AKP von einer Lösung und auf der anderen Seite will sie den gesamten Prozess in aller Heimlichkeit führen. Das soll nicht in die Öffentlichkeit, jenes soll nicht in die Öffentlichkeit, wenn das öffentlich wird, passiert dies und jenes.« Die Frage ist doch, wie sehr solch eine Haltung im Sinne einer Lösung ist? Wir erachten diese Haltung nicht für richtig. Wenn sie wirklich diese Frage lösen will, wenn sie wirklich ein friedliches Miteinander schaffen will, dann muss sie mutiger und entschlossener agieren.«

»Und was passiert, wenn sie das nicht tut?«, lautet meine Frage. Die Antwort erhalte ich von Sabri Ok: »Diesen Fall wünschen wir uns zwar nicht. Aber es würde das passieren, was auch vor diesem Prozess passiert ist.«

Der Westen trägt Mitverantwortung für das Ausmaß der kurdischen Frage

Ich stelle mir die Frage, welche Verantwortung dem Westen bei einem möglichen Lösungsprozess der kurdischen Frage zukommt. Immerhin tragen sie eine große Mitverantwortung für das jetzige Ausmaß dieser Probleme. Sie haben in dieser Region künstliche Grenzen zwischen den Völkern gezogen, was dazu geführt hat, dass den KurdInnen die elementarsten Rechte versagt wurden. Ich frage also nach den positiven Statements zum Waffenstillstand und zur Rückzugsankündigung der PKK aus dem Westen und was die kurdische Bewegung insgesamt vom Westen verlangt. Karayılan beantwortet mei-

ne Fragen mit den Worten: »Die Aussagen haben uns gefreut. Aber wir erwarten nicht nur Worte sondern auch praktische Schritte. Wenn sie uns von der Terrorliste streichen, würden sie einen positiven Beitrag für einen Lösungsprozess leisten. Wir warten aber auch die Aufklärung des Massakers von Paris. Das wären Schritte, die unser Vertrauen stärken und den Prozess unterstützen würden.«

Eine weitere Forderung der PKK ist eine internationale Beobachtung des Prozesses.

Meine nächste Frage bezieht sich auf bestimmte Äußerungen, die nach der Ankündigung des Rückzugs aus Bagdad und Teheran zu hören waren und die den Rückzug als ein Sicherheitsproblem für ihre Staaten bezeichneten. Die Antworten auf diese Fragen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

»Die Gebiete, in denen sich die Guerilla aufhält, sind ohnehin seit rund 30 Jahren unter der Kontrolle unserer Bewegung. Wir sind ohnehin in diesen Gebieten. Und die Guerillakräfte, die sich aktuell aus Nordkurdistan zurückziehen, werden gegen niemand anderen kämpfen und stellen keine Bedrohung dar. Wenn es uns darum ginge, diese Kräfte gegen jemanden kämpfen zu lassen, würden wir sie auch nicht zurückziehen.«

Und was werden die Guerillakräfte in diesen Gebieten machen?

Karayılan: »Wir werden hier unsere politischen und ideologischen Bildungseinheiten abhalten. Wir werden mit ihnen über den aktuellen Prozess diskutieren. Es soll sich also niemand Sorgen machen. Wir haben keine Pläne, die Guerillakräfte gegen den Iran oder den Irak in den Krieg zu schicken. Wir wollen dafür sorgen, dass sie gewappnet für den demokratischen Prozess sind.«

Als ich ihn auf die Behauptungen aufmerksam mache, dass die PKK angeblich ihre KämpferInnen in Richtung Syrien schicken will, kann Karayılan sein Lachen nicht verkneifen: »Warum sollten wir sie denn dorthin schicken? Es gibt doch noch nicht Mal den Bedarf dafür. Die Bevölkerung von Rojava hat ihre eigenen Verteidigungskräfte aufgebaut und ihr eigenes System errichtet. Sie brauchen uns nicht. Und was uns angeht, wir respektieren den Willen des Volkes.«

Die EU sollte der FSA keine Waffen geben

Beim Thema Syrien angelangt, sprach ich Karayılan auch auf die Aufhebung des Waffenembargos gegen Syrien seitens der EU an. Auch Russland sprach als Reaktion darauf von möglichen Waffenlieferungen an das Baath-Regime, sollte der

Westen Waffen an die FSA liefern. Karayilan gab die Haltung der kurdischen Bewegung hierzu mit folgenden Worten wieder: »Ich denke, dass die Entschlüsse sowohl des Westens als auch Russlands erschreckend sind. In Syrien werden die Parteien mit dem bewaffneten Kampf ihre Ziele nicht erreichen können. Deswegen fordern wir eine Lösung, die über einen Dialogprozess aller beteiligten Gruppen im Land führt.«

Die Waffen sollen schweigen, die Gedanken sprechen

Wir kehren in unserer Diskussion erneut zum Lösungsprozess in Nordkurdisten zurück. Duran Kalkan macht klar, was die kurdische Bewegung von der türkischen Regierung fordert: »Sie sollen zunächst die Waffen zum Schweigen bringen, damit die Gedanken ausgesprochen werden können. Wir können natürlich nicht absehen, wie sehr die Regierung sich dieses Prinzip aneignen wird. Vor allem der Aufstand rund um den Gezi-Park wird zu einer neuen politischen Konstellation führen. Alle werden hiernach ihre Position neu bestimmen müssen. Und das trifft vor allem auf die AKP zu.

Der türkischen Regierung gelingt es immer noch nicht die PKK und das kurdische Volk von ihrer Glaubwürdigkeit zu überzeugen. Damit ihr das gelingt, muss sie abkehren von einer Haltung, die andauernd Probleme erzeugt und in Richtung einer Lösung nicht nur Worte sondern auch Schritte tätigen. Wir haben diese Schritte auch als »Wegbereinigung« für eine Lösung bezeichnet.

Zu dieser Wegbereinigung gehören Schritte wie die Freilassung aller KCK-Gefangenen und aller kranken Inhaftierten, die Korrektur der Anti-Terror- und Parteien-Gesetze, die Aufhebung der 10-%-Wahlhürde, die Auflösung aller Dorfschützerverbände, die Ermöglichung der Rückkehr aller Vertriebenen in ihre Dörfer oder die Rückbenennung der Dörfer und Städte mit ihren vormals kurdischen Namen. Keiner dieser Schritte wurde bisher getätigt, obwohl die AKP sie alle hätte problemlos umsetzen können. Es scheint also, dass das größte Hindernis für eine Lösung der fehlende Wille der AKP hierfür ist. Und genau da fängt das Problem an.«

Karayilan erklärt dazu weiter ausführend, dass sie ihrerseits die drei Schritte für eine Lösung der Frage mehrfach gegenüber der Öffentlichkeit proklamiert haben: »Wir haben mit dem Waffenstillstand und unserem Rückzug das erfüllt, was im ersten Schritt zu tun war. Nun gehen wir über zum zweiten Schritt. Und bei diesem Schritt ist nun die Regierung gefragt, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Ihre wichtigste Aufgabe im zweiten Schritt ist die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung.«

Karayilan kehrt anschließend zu den Problemen zurück, die aus der Haltung der Regierung resultieren: »Der bestimmende Akteur dieses Prozesses ist unser Vorsitzender Abdullah Öcalan. Damit er seiner Rolle allerdings gerecht werden kann, müssen seine Haftbedingungen verändert werden. Das ist notwendig, damit der Prozess aktiv voranschreiten kann. So muss unser Vorsitzender problemlos mit uns kommunizieren können. Dafür sollten auch Delegationen unsererseits ihn besuchen können. Und nicht nur wir, sondern auch die BDP, parlamentarische Kommissionen, die Kommission der Weisen, AkademikerInnen, JournalistInnen und viele andere müssen mit ihm in den Dialog treten können.«

An diesem wichtigen Punkt ergreift Bayik nochmals das Wort: »Innerhalb der Gesellschaft gibt es Kreise, die ihre Vorbehalte haben. Das sind Menschen aus ganz unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft. Auch diese Menschen müssen mit unserem Vorsitzenden in Dialog treten können. Das gilt beispielsweise für die Aleviten.«

Nach diesem Einschub kommt Karayilan nochmals auf die drei Schritte zu sprechen: »Den dritten Schritt bezeichnen wir als »Normalisierungsprozess«. Das ist der Schritt, bei dem dazu beigetragen werden soll, dass alle Teile der Gesellschaft sich einigen und ein nachhaltiger Frieden geschaffen wird. Hierfür muss bei diesem Schritt die Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission ihre Arbeit aufnehmen. Alle Verbrechen aus der Vergangenheit müssen aufgearbeitet und aufgeklärt werden. Nur durch gegenseitiges Gestehen und durch gegenseitiges Vergeben können die Wunden geheilt werden. Ohne diesen Schritt kann es zu keiner gesellschaftlichen Einigung kommen. Vor allem kann ohne diesen Schritt keine Basis dafür geschaffen werden, dass die verschiedenen Teile der Gesellschaft ein gleichberechtigtes, gemeinsames und friedliches Leben miteinander aufbauen können. Der dritte Schritt muss auch der Schritt der Freiheit werden. Alle, unser Vorsitzender Abdullah Öcalan eingeschlossen, müssen bei diesem Schritt zu ihrer Freiheit gelangen.«

Die Botschaften aus Kandil sind klar und deutlich. Bei meinen Gesprächen mit den PKK-Verantwortlichen ist mir klar geworden, dass sie bei jedem Thema genau wissen, was sie wollen. Sie haben ein fundiertes Bild davon, wie ein Lösungsprozess auszusehen hat. Ich denke, dass dies auch die Stärke dieser Partei ist. Partei ist an dieser Stelle vielleicht der falsche Begriff. Denn die PKK ist mehr als nur eine Partei. Die PKK ist eine Geisteshaltung, sie ist der Wert eines Lebensstils, und sie ist vor allem eine Bewegung, zu der sich Millionen von Menschen bekennen. Deswegen sind es nicht nur die Verantwortlichen dieser Bewegung, sondern Millionen von Menschen, die eine genaue Vorstellung von dem Lösungsprozess haben. ♦

Die Risiken beim Marsch der Guerilla und in der Phase der demokratischen Befreiung

Die Guerilla marschiert für die Freiheit

Bawer Dersim (HPG) im Gespräch mit dem Journalisten Hüseyin Aykol, Özgür Gündem

»Der Marsch der Guerilla für eine demokratische Lösung aus dem Norden in die Medya-Verteidigungsgebiete ist von historischer Bedeutung«, sagt das Mitglied des Kommandorats der Volksverteidigungskräfte (HPG) und Mitglied der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Süleyman Şahin (Bawer Dersim), und betont, dass für die Guerilla dieser Marsch ein Marsch der Befreiung sei.

Wie sehen die HPG die neue Phase?

Trotz einiger neuer Merkmale ist es eigentlich eine Phase, die seit zwanzig Jahren andauert. Im Jahr 1994 unter der Regierung von Turgut Özal gab es Treffen, die unter Erbakan und Ecevit fortgesetzt wurden und in der Imralı-Phase verschiedene Fortschritte zeitigten. Insofern ist diese Phase nichts Fremdes für uns. Als HPG haben wir wie in den vorangegangenen Perioden durch unsere Waffenstillstandserklärungen eine aktive Rolle gespielt. Es hatte zuvor schon acht Waffenstillstände gegeben. Dies ist nun der neunte und Ausdruck einer ganz anderen Situation. In diesem Zusammenhang unternehmen wir als HPG Anstrengungen, die Phase zu verstehen und das Notwendige umzusetzen. Der von unserer Führung [*Abdullah Öcalan*] begonnenen Phase der demokratischen Befreiung und des Aufbaus eines freien Lebens messen wir hohen Wert bei. Es handelt sich um eine historische Phase. Es ist eine für alle Völker des Mittleren Ostens, inklusive der KurdInnen, für alle Identitäten, Glaubensrichtungen, Kulturen und für alle demokratischen Kräfte wichtige Phase. Uns ist dies bewusst. Wir nehmen es sehr ernst und übernehmen unsere Verantwortung in unserem Vorgehen. Die Phase der demokratischen Befreiung ist nicht auf die HPG begrenzt. Sie betrifft alle Teile der Gesellschaft, die Jugend, die Frauen, die ArbeiterInnen und alle anderen unterdrückten Identitäten und Weltanschauungen.

Vorher gab es schon die Treffen in Oslo und die Friedensgruppen aus Maxmur und Kandil. Danach sind diese Prozesse gescheitert. Jetzt gibt es einen

neuen Friedensprozess. Um ihn zu beginnen, waren gegenseitige Schritte als Gesten notwendig. Einer der ersten Schritte war die Freilassung der gefangenen Soldaten. Gab es danach von Seiten der Regierung eine Änderung, die als ein Schritt von ihrer Seite gesehen werden kann?

Wir waren nicht die Seite, die sich von den Osloer Gesprächen zurückzog. Die Gründe, die angeführt wurden, um jenen Prozess zu sabotieren, waren natürlich nicht wahrheitsgemäß. Die Schritte, die wir in bester Absicht unternommen haben, damit der neue Prozess in einer positiven Art und Weise fortgeschritten ist, sind wieder der gesamten Gesellschaft bekannt. Die Freilassung der gefangenen Soldaten, der Waffenstillstand, der Rückzug unserer Kräfte über die Grenze, das ist alles ohne Vorbedingung unsererseits geschehen. Wir haben bis heute vom türkischen Staat kaum praktische, vertrauensbildende Maßnahmen gesehen, um einen solchen Prozess fortzusetzen. Diejenigen, die im Namen des türkischen Staates an der Macht sind, haben gesagt, sie wollten das Problem lösen. Aber sie sind dennoch nicht zu klaren Schritten bereit. Der notwendige Mut wird nicht aufgebracht. Solche Herangehensweisen behindern das schnelle Fortschreiten. Wohingegen unseren Schritten gegenüber, die wir in bester Absicht unternommen haben, konkretere, vertrauenerweckendere, den demokratischen Aufbau ermutigende und fördernde Aktivitäten nötig wären. Wir können in der gegenwärtigen Situation sagen, dass die Praxis der Regierung ernsthafte Mängel aufweist.

Wir wissen, dass die PKK für die Lösung die Installation einiger Mechanismen befürwortete. In einer »Kommission von Weisen« sollten die Parteien zusammenkommen können, ähnlich wie in einer »Wahrheitskommission« in Südafrika. Die AKP hat sich ihr zuerst verweigert, sie danach aber nach eigenem Gutdünken eingerichtet. Wie bewerten Sie diesen Schritt?

Wir sind nicht an den Vorbereitungen dafür beteiligt. So eine Absicht haben wir auch nicht. Wir weisen nur darauf hin, welche Schritte für eine positive Entwicklung des Prozesses hin zu den gewünschten Zielen notwendig sind. Sowohl die Einberufung der »Kommission der Weisen« als auch die Gründung der Beobachtungskommission für unseren Rückzug sind Vorschläge, die dazu beitragen sollen, dass der gegenwärtige Prozess reibungslos voranschreitet.

Wir glauben, dass es die für die Lösungen notwendigen Einrichtungen gibt. So wie Sie gesagt haben, will die AKP, ohne diese Schritte mit Inhalt zu füllen, den Eindruck erwecken, sie habe irgendetwas gemacht. Die eigentliche Arbeit ignoriert sie. Solche Handlungsweisen schädigen den Prozess. Trotz allem haben wir nicht den Wunsch, ihn zu verlangsamen. Das Wichtigste für uns ist, dass er weitergeht. Wenn die andere Seite das Notwendige umsetzt, wird der Prozess weiterlaufen.

Die Presseerklärung am Tag des Rückzugs erfuhr ein gewaltiges Interesse. Aus allen Winkeln der Welt kam ein wahres Heer von JournalistInnen. Danach sagten die USA auf einem Treffen zwischen Obama und Erdoğan, sie würden den Prozess unterstützen. Die EU nennt Sie nun »AktivistInnen«. Haben Sie diese Entwicklungen erwartet?

Das Interesse sowohl der globalen und der regionalen Kräfte als auch der Medien basiert auf dem kontinuierlichen Erstarren der PKK. Der in den Gebieten von der PKK geführte große Kampf und der daraus entstandene starke Widerstand und dessen Ergebnisse wie auch die Revolution von Westkurdistan machten bei allen AkteurInnen eine Neubewertung der Stärke der PKK notwendig. Es ist wirklich so, dass alle, die heute im Mittleren Osten politisch agieren wollen, keinen Schritt mehr tun können, ohne die PKK mit einzukalkulieren. Das ist eine Realität. Die PKK befindet sich in der stärksten Phase ihrer Geschichte. Daher ist es nur logisch, dass alle Kräfte die Politik der PKK so genau verfolgen und ihre Position danach bestimmen.

Die KurdInnen waren seit hundert Jahren einer rigorosen Verleugnungs- und Verweigerungspolitik ausgesetzt. Sie wurden missachtet. Ihr Heimatland wurde in den zwanziger Jahren mit dem Vertrag von Lausanne zerteilt. Daher blieben sie auch von der politischen Landschaft ausgegrenzt. Sie wurden davon abgehalten, zu politischen AkteurInnen zu werden. Dennoch wurde das kurdische Volk mit dem Kampf unter der PKK zu einem wichtigen Protagonisten des 21. Jahrhunderts, sowohl regional als auch global.

Zuerst gab es Diskussionen, ob sich die HPG zurückziehen oder nicht. Danach wurde gesagt, sie gingen in den Süden, um dann zum Kämpfen nach Westkurdistan zu gehen. Daraufhin erklärte Herr Salih Muslim von der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), dass für so etwas kein Bedarf bestehe. Möchten Sie etwas zu diesem Thema sagen?

Dass sich unsere Kräfte aus Nordkurdistan in die Gebiete der legitimen Verteidigung zurückziehen, ist eine Notwendigkeit der begonnenen Phase der demokratischen Lösung. Der Rückzug hängt nicht vom Bedarf in irgendeinem der anderen Teile Kurdistans ab. Insbesondere dies ist wichtig zu betonen. Die Anzahl unserer Guerillas im Norden ist klar. Westkurdistan hat keinen Bedarf in dieser Hinsicht, denn unser Volk hat dort sowieso seine Verteidigung in Form des Systems der



Eine Gruppe der Guerilla auf dem Weg nach Südkurdistan. Foto: ANF

Volksverteidigungseinheiten (YPG) aufgebaut. Sie leisten gegen jeden Angriff wichtigen Widerstand. Sie haben sich selbst gegründet und verteidigen die Gebiete des demokratischen Lebens und haben jede Art von Bedrohung abgewehrt, daher brauchen sie uns nicht. Von unserer Bewegung aus gibt es auch keine solche Planung oder Entscheidung. Die Guerillas kommen als notwendige erste Etappe in der neuen Phase hierher. Die Phase ist natürlich nicht nur auf sie begrenzt.

Wir beziehen uns auf drei Stufen in dieser Phase. Die erste Stufe stellt den Waffenstillstand und den Rückzug der Guerilla dar, die zweite Stufe gesetzliche und verfassungsrechtliche Reformen, die Beseitigung der Hindernisse für die Demokratisierung der Türkei. Die dritte Stufe sehen wir als Zeit der Normalisierung und Befreiung. Damit all diese Stufen sich gut entwickeln, ist die Beseitigung der Hindernisse notwendig. Unter anderem muss das Antiterrorgesetz aufgehoben, die 10-%-Hürde gesenkt, ein neues Parteiengesetz beschlossen, alle Behinderungen der Meinungs- und Organisationsfreiheit beseitigt und alle politischen Gefangenen freigelassen werden. Es ließe sich hier noch vieles aufzählen, was als positive Schritte notwendig ist.

Im vergangenen Jahr wurde heftig Krieg geführt. Die HPG erklärten, langfristig volle Kontrolle über bestimmte Gebiete zu haben. Wohingegen es dieses Jahr einen Friedensprozess gibt. Hat es Sie als Kommandant nicht belastet, die HPGlerInnen unter Ihrem Befehl aus dem Norden abzuziehen? Oder wie wurde die von Öcalan begonnene Phase von Ihnen aufgenommen, wie die Entscheidung gefällt?

2012 wurde ein mächtiger Widerstand geleistet, die HPG zeigten in dieser Phase aktiv ihre Kampfkraft mit der Perspektive eines revolutionären Volkskriegs. Eigentlich wurde bei der Diskussion und Bewertung des Jahres 2012 besonders darüber diskutiert. 2013 wollten wir als HPG diese als Grundlage verstandene Phase weiter vertiefen. Wir hatten die Möglichkeit, sie fortzusetzen und dem türkischen Staat noch schwerere Schläge zu versetzen. Sowohl die regionalen Bedingungen unterstützten das als auch die Sackgasse, in die sich die Türkei begeben hatte. Die fehlerhafte Politik der Türkei ist, insbesondere vom regionalen Standpunkt her betrachtet, regelrecht gescheitert. Wir haben 2011/2012 das Niveau des Krieges Schritt für Schritt angehoben und hätten im Jahr 2013 ein Kampffahr erleben können. Alle unsere Pläne und Vorbereitungen gingen in diese Richtung.

Dennoch kam dann die von unserer Führung begonnene Phase auf die Tagesordnung. Die Führung schickte mit Hilfe

der Delegationen, die nach Imralı gingen, verschiedene Nachrichten an die Bewegung, Briefe kamen und gingen. Dabei hat die Bewegung die Gedanken der Führung diskutiert und ihre eigenen Ansichten und Vorschläge eingebracht und entschieden, aktiv an dem Prozess teilzunehmen. Unsere Strukturen von diesem Prozess zu überzeugen, war ein bisschen schwierig, denn dort bestanden ernsthafte Zweifel. Wir kämpfen seit Jahren gegen den Staat. Unsere Beziehung zu ihm ist keine Vertrauens-, sondern eine Misstrauensbeziehung. Man kann kein Vertrauen zu einem Staat erwarten, der jahrelang Dörfer geräumt und Tausende »verschwinden lassen«, ständig die Guerillas mit jeder Art von Geschossen, Chemiewaffen eingeschlossen, bombardiert hat. Daher hat unsere Bewegung große Anstrengungen unternommen, damit unsere Strukturen die aktuelle von unserer Führung begonnene Phase der demokratischen Befreiung verstehen, die sie jetzt mit großem Vertrauen übernehmen. Dennoch führen die Zweifel an der Türkei und die damit zusammenhängenden Sorgen immer wieder zu Fragen, beispielsweise: Wir fangen mit dieser Phase an, aber was wird mit der Situation unserer Führung, was mit der Situation unseres Volkes? Werden die Behinderungen der kurdischen Sprache, Identität und Kultur aufgehoben werden? Kann die Türkei den Willen zur Demokratisierung aufbringen? Wird der türkische Staat dafür Schritte unternehmen? Gibt es Sicherheiten dafür? Fragen wie diese werden etliche gestellt, ähnliche Zweifel immer wieder vorgebracht. Aber wir finden weder einen wohlfeilen Optimismus noch einen übertriebenen Pessimismus richtig. Wir sehen diese Phase nicht als eine kampfflose an, sondern als eine, in der sich der Kampf noch weiter steigern kann. So ist es tatsächlich.

Wir sind heute am stärksten in unserer Kampfgeschichte, in dieser Phase haben wir angefangen, die demokratische Befreiung und ein freies Leben aufzubauen. Wir sind mit Begeisterung dabei. Es erwarten uns neue Aufgaben, neue, intensive und mühevollen Arbeiten. Wir müssen uns noch mehr anstrengen als vorher. So übernehmen wir diese Phase. Wir denken nicht, dass uns, wenn sie zu Ende geht, keine Aufgabe mehr zufällt. Es ist eine Periode des gesellschaftlichen Friedens, der gesellschaftlichen Demokratie, die darauf abzielt, die Kämpfe um die sozialen Rechte voranzubringen. Wir erklären, dass wir mit allen zusammenstehen wollen und zur Zusammenarbeit bereit sind, die an der Seite der Demokratisierung der Türkei stehen, mit allen, die für die Befreiung der Frauen, Jugendlichen und ArbeiterInnen eintreten, mit allen, die für die freie Entwicklung der KurdInnen, AlevitInnen, ArmenierInnen, LasInnen, AssyrerInnen, AraberInnen, TürkInnen und aller Identitäten, Kulturen und Weltanschauungen eintreten. Als Bewegung haben wir das schon Dutzende Male erklärt.

Der Rückzug der Guerilla hat auch etwas Bitteres. Das ist eine Wahrheit, wir können das nicht bestreiten. Denn seit

mehr als dreißig Jahren erlebt Nordkurdisten eine Kriegspraxis. Fast auf jedem Berg, jedem Pfad, jedem Fleckchen Land ist eine Geschichte verborgen. Sie sind wie unser Zuhause. Jeder Berg, jedes Gebiet ist für eine/n Guerilla wie ein Nest. Sich von diesem Nest zu trennen, nach so viel Mühe und Anstrengung mit dem Martyrium hunderter unserer FreundInnen diese Region zu verlassen, die eine andere Bedeutung bekommt, bringt eine Art von Bitterkeit mit sich. Denn unsere Guerillas haben dort ihre Identität entwickelt und Persönlichkeit gewonnen. Dieser emotionale Einfluss darf nicht ignoriert werden. Dass aus diesem Grund manche Leute in dieser Phase emotional an die Situation herangehen, ist nur logisch. Dabei geht es nicht nur um den Rückzug. Auch in den Zeiten des Krieges mussten wir fast alle FreundInnen beinahe zwingen, aus dem Norden in die Medya-Verteidigungsgebiete zurückzukehren.

Welche Bedeutung hat der Marsch für eine demokratische Lösung für Sie?

Der Marsch unserer Guerillas für eine demokratische Lösung aus dem Norden in die Medya-Verteidigungsgebiete ist von historischer Bedeutung. Er ist sowohl für unser Volk als auch die Türkei als auch für alle Völker der Region ein großer Freiheitsmarsch. Für alle ist es lebenswichtig, dem in diesem Zusammenhang Bedeutung beizumessen und die eigene Beteiligung zu zeigen. Dieser Marsch unserer Guerilla ist kein Marsch zur Beendigung des Kampfes, ganz im Gegenteil, es geht darum, den Widerstand weiter zu verstärken. Es ist ein Befreiungsmarsch für den Vorsitzenden Apo. Mit dieser Phase wird unserem Volk, der Jugend, den Frauen, den ArbeiterInnen, allen vom System ausgegrenzten Weltanschauungen, Volksgruppen, den sozialistischen und demokratischen Kräften neuer Raum gegeben, um stärker zu kämpfen. Diese Kräfte müssen die neue Phase also in die Hand nehmen und ihren Kampf ausweiten als auch am demokratischen Aufbauprozess aktiv teilnehmen.

Welche Probleme gibt es bei der Fortsetzung dieser Phase? Wer schafft die Hindernisse?

Natürlich gibt es Probleme in dieser Phase und man will uns etliche Barrieren bauen. Zunächst gibt es an der politischen Front sehr ernsthafte Behinderungen. Es gibt Parteien, hauptsächlich die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und die Republikanische Volkspartei (CHP), die provozieren wollen. Das ist bekannt. So ist von beiden Parteien und insbesondere von nationalistischen und faschistischen Kreisen mit gefährlichen Angriffen zu rechnen, um den Prozess zu

stören. Grundlage dafür ist natürlich vor allem die Praxis der CHP, die alles daran setzt, den Friedensprozess zu sabotieren. Die türkische Gesellschaft wird pausenlos in Angst versetzt: »Sie treffen sich mit Imralı, zerteilen so das Land. Damit sich die Guerilla zurückzieht, wurde den KurdInnen mit Sicherheit etwas gegeben. Wenn die KurdInnen Unterricht in ihrer Muttersprache geben, dann wird das Land geteilt ...«, das und andere paranoide Szenarien gehören zu den Bemühungen, den Nationalismus anzustacheln. Das Ziel der CHP ist es nicht, die zum Schwellbrand gewordene kurdische Frage zu lösen. Im Gegenteil, sie denken, wenn der Prozess scheitert, dann können sie die klassische nationalistische Politik fortsetzen. Aus diesem Blickwinkel ist die Praxis der CHP und ihres Vorsitzenden Kılıçdaroğlu überaus gefährlich. Der Rückzug der Guerilla hat sie in Angst versetzt und selbst das wollen sie der Gesellschaft als Übeltat darstellen. Unser Rückzug beunruhigt sie, dass wir nicht Krieg führen, beunruhigt sie. Würden wir uns nicht zurückziehen, wären sie auch beunruhigt. Was sie wollen, ist nicht klar.

Ein weiteres Problem ist der forcierte Bau von Militärstützpunkten. Wir sehen dies als provokativen und gefährlichen Schritt an. Während eine Phase der demokratischen Lösung beginnt, die Öffentlichkeit diesbezüglich voller Hoffnung ist, daran glaubt und Unterstützung bietet, wecken diese Neubauten von Militärbasen Zweifel. Unser Volk stellt uns andauernd diese Fragen. Was wird? Was ist das, was hier passiert? Sollten nicht die Waffen schweigen und die Ideen sprechen? Sollte nicht der Weg der demokratischen Politik eröffnet werden? Wofür dann also diese Basen? Dass der Bau einer so großen Anzahl von Militärstützpunkten kein Zeichen guten Willens ist, ist sonnenklar.

Dass die Arbeiten an Staudämmen mit militärischem Hintergrund in ähnlicher Weise beschleunigt werden, ist ebenfalls ein Punkt, der Zweifel weckt. Außerdem wird das Dorfschützersystem verstärkt und versucht, neue Dorfschützer anzuwerben – das kann auch den Friedensprozess beeinträchtigen. Das Dorfschützersystem, der JITEM [*Jandarma-Geheimdienst*], die militärischen Spezialeinheiten und ähnliche Spezialkriegsinstrumente müssten eigentlich Schritt für Schritt aufgelöst werden, um die Gesellschaft zu beruhigen, aber es wird das Gegenteil getan. Dass etwas, das im Krieg nicht durchgesetzt werden konnte, jetzt im Friedensprozess Raum bekommen soll, ist vollkommen inakzeptabel.

Davon abgesehen verlangsamen die Aufklärungsflüge der Drohnen die Bewegung unserer Kräfte. Als HPG haben wir dazu eine warnende Erklärung abgegeben. Wir hoffen, dass sie beachtet wird und der Prozess wie geplant schnell voranschreitet. ♦

Welche Rolle spielen die KurdInnen in einem sich verändernden Mittleren Osten?

Eine Verleugnung der Kurdinnen passt nicht mehr ins Konzept

Rıza Altun im Interview, befragt von Günay Aslan

Rıza Altun, Mitbegründer der PKK, beantwortete im Kandil Fragen des Journalisten Günay Aslan zu den Kräfteverhältnissen im Mittleren Osten, zum Wandel in der PKK und den entsprechenden Auswirkungen, zur Situation der PKK und der KurdInnen in der neuen Ära, zu Risiken und Chancen, dem gesellschaftlichen Wandel und über die Anforderungen der aktuellen Phase.

Wie beurteilen Sie im allgemeinen Kontext die tiefgreifenden Entwicklungen im Mittleren Osten?

Es ist unmöglich, die tiefgreifenden Entwicklungen im Mittleren Osten unabhängig von den globalen Entwicklungen zu betrachten. An sich wäre allein das schon Thema einer eigenen Analyse, aber um es kurz zu machen: Die Erfahrungen der letzten hundert Jahre machen einen Wandel unabdingbar. Die Notwendigkeit der Erneuerung der kapitalistischen Moderne ist der Beginn des Aufbaus einer neuen Welt. Das ist ein seit langem anhaltender Prozess. Neu ist, dass jetzt der Mittlere Osten auf der Tagesordnung steht.

Auch Sie sind eine Partei aus der Zeit des Kalten Krieges. Haben sich aktuell, da im Mittleren Osten neue Kräfteverhältnisse geschaffen werden, die Perspektiven Ihrer Partei geändert?

Natürlich haben wir uns gewandelt. Unsere Kritik am Realsozialismus brachte in ideologischer Hinsicht viele Veränderungen mit sich. Diese haben sich auf die Organisation und den praktischen Kampf ausgewirkt. Wir haben eine ernsthafte Veränderung durchlebt. Der Mittlere Osten hatte nach dem Ersten Weltkrieg einen bestimmten politischen Status. Die politische und gesellschaftliche Lage hat nun den Wandel zwin-

gend notwendig gemacht. Nach dem offiziellen Fall des Realsozialismus traten die bis dahin durch den politischen Druck verdeckten Probleme offen zu Tage. Und das hat wiederum zur Selbstreflexion des Kapitalismus geführt. Um seine Existenz fortsetzen zu können, musste er sich und mit ihm die Welt eine neue Form geben. Und nun steht vor uns der Mittlere Osten – der unser Bezugspunkt ist – in dieser sich im Wandel befindlichen Welt.

Lässt sich also sagen, dass das von England im Mittleren Osten errichtete System zerfallen ist?

Wir können allemal davon sprechen, dass das hundertjährige System zerfallen ist. Es war ein historischer Prozess bis zur gegenwärtigen Form. In der derzeitigen Lage ist der Zerfall endgültig, aber es ist noch nicht klar, was kommen wird. Es ist noch offen, wie das Neue aufgebaut sein, wohin es gehen wird und was langfristig seine grundsätzlichen Charakteristika sein werden.

Wie betrachten Sie die Realität der KurdInnen und Kurdistans in dieser Region?

Unmöglich, dass sich der Umbruch im Mittleren Osten nicht auf sie auswirkt. Im vergangenen Jahrhundert führten sie in den vier Teilen ihres Landes unter verschiedenen Führungen ihren Kampf gegen die ihnen auferlegten Regime. Ihr intensiver Kampf und die Auswirkungen des globalen Wandels führten für sie zu einigen Ergebnissen. Eines muss deutlich hervorgehoben werden, die KurdInnen sind nicht mehr die alten. In dem neu entstehenden Gleichgewicht werden sie einen Platz einnehmen. Das sollte aber nicht zu Fehlannahmen verleiten. Der Status, der ihnen zugedacht ist, steht weder international noch seitens der regionalen Kräfte fest. Es entwickelt sich zwar eine Welle des Umbruchs, aber nicht unbedingt eine nach un-

serem Verständnis revolutionäre. Die Wut der Menschen dieser Region gegen ihre Regime, ihre revolutionäre Rolle, will ich nicht in Abrede stellen, aber wenn wir die politischen Kräfte betrachten, welche die Ordnung des Mittleren Ostens herzustellen vermögen, wird das Problem komplexer.

Werden andere Kräfte das Schicksal des Mittleren Ostens besiegeln?

Wir können nicht davon sprechen, dass die derzeitige Ordnung des Mittleren Ostens über die des Kapitalismus hinausgewachsen ist. Die Völker führen einen Kampf, aber er ist nicht sehr organisiert. Sie haben zwar demokratische Forderungen, diese jedoch noch nicht in einem politischen Programm formuliert. Das äußert sich mehr unter der Einflussnahme oder Anleitung von außen. Wenn die heutigen Regime sich dem Wandel widersetzen, dann kommen zwei Folgen für sie in Betracht: Entweder wird die oppositionelle Basis still und heimlich *[von außen]* unterstützt, mit dem Ziel, das Regime zu stürzen, oder internationale Kräfte greifen direkt ein und erledigen das. Auch gibt es durchaus Regime, die im Einklang mit dem Wandel stehen. Aber sie vertreten keinen klaren Richtungswechsel und sind nicht absolut. In Tunesien hat ein Wandel stattgefunden, aber die Kräfte, die stellvertretend für den Wandel stehen, konnten sich bisher noch nicht fest institutionalisieren. In Libyen und Ägypten sieht es nicht anders aus. Für welches Regime sie stehen, wie es aufgebaut werden soll, diese Fragen sind unbeantwortet. In dieser Hinsicht dauert der Kampf an.

Ist für Sie erkennbar, ob die globalen Kräfte offen sind für ein unabhängiges Kurdistan im Mittleren Osten?

Auf internationaler Ebene gibt es zwar in Bezug auf die KurdInnen eine bestimmte Strategie, die Intention ist jedoch nicht klar. Sie wird im Unbestimmten gelassen. Und das ganz bewusst. Dass die Strategie nicht klar beim Namen genannt und offen in diese Richtung gehandelt wird, hängt mit der Teilung und historischen Vergangenheit der KurdInnen zusammen. Den starren Nationalstaaten wird ein flexibleres Modell *[als Weg]* aufgezeigt. Der Mittlere Osten hat selbst mit der Umsetzung dieses Modells ernsthafte Schwierigkeiten. Selbst das Bemühen um Reformierung der Regime geht momentan nur sehr schmerzhaft vonstatten. Wo immer ein Wandel aufgezwungen wird, da entstehen neue Probleme. Dies muss bedacht werden. Sehen Sie sich Libyen an. Gaddafis Existenz schien nicht mehr opportun, also wurden Sippen organisiert und haben gemeinsam mit ausländischen Kräften das Regime

gestürzt. Und es ist unklar, was für ein Regime in Libyen entstehen soll. Es gibt keine Garantie dafür, dass bei einem Stöckchen des Prozesses nicht ein Regime entsteht, das weit reaktionärer ist. Es herrscht Chaos. Auch das in Ägypten gegründete Regime ist nicht anders. Betrachten wir die grundlegenden Kräfte der am Sturz von Mubarak Beteiligten, dann erkennen wir, dass die USA, das Militär, die Muslimbruderschaft und weitere Gruppen dahinterstanden. Mit dem Wechsel des Regimes tauchen ernsthafte Fragen über das Wer und das Wie einer nachfolgenden Regierung auf. Die Probleme werden also nicht allein mit dem Wechsel oder dem Sturz der bestehenden Regierung gelöst werden. Weitere Probleme entstehen dann beim Aufbau des Neuen. Ich gehe davon aus, dass die Suche nach einem Neubeginn längerfristig andauern wird.

Im Hinblick auf die KurdInnen bedeutet das, dass sie beim Umbruch und Neuaufbau des Status quo eine sehr wichtige Rolle einnehmen werden. Aber es ist in der derzeitigen Lage nicht der richtige Zeitpunkt, um die kurdische Identität und unsere strategische Sichtweise darzustellen. Uns steht die Dynamik der arabischen, persischen und türkischen Nationalstaaten gegenüber. In dieser Hinsicht würde eine strategische Aussage, welche die KurdInnen umfasst, für die internationalen Mächte bedeuten, sich vom Mittleren Osten insgesamt verabschieden zu müssen. Aber eine Verleugnung der KurdInnen wie bisher passt ihnen auch nicht ins Konzept. Was bleibt also? Sie werden sich vorerst nicht dazu äußern, um parallel in dem Maße, in dem der Mittlere Osten neu Gestalt annimmt, dann auf die KurdInnenfrage zu drängen. Wichtig ist, dass die Unklarheit für die KurdInnen ein Ende nimmt. Wenn im Mittleren Osten also ein wirklicher Wandel vollzogen werden soll, und wenn die KurdInnen einen Beitrag dazu leisten sollen, dann muss die Strategie klar sein. Die KurdInnen werden sich nicht von der Tagespolitik instrumentalisieren lassen.

Dann müssen wir über zwei Dinge sprechen.

Erstens: Welche Rolle spielt die kurdische Politik im Hinblick auf den Wandel des Mittleren Ostens, hat sie ihre historische Mission erfüllt oder nicht? Und zweitens: Hat die kurdische Politik als Ganzes die Neuordnung des Mittleren Ostens schon frühzeitig erkannt und sich dementsprechend vorbereitet, ihre Politik in diese Richtung ausgerichtet?

Es wurden Anstrengungen in dieser Hinsicht unternommen. Wie Sie wissen, gibt es in Kurdistan verschiedene Tendenzen, Strömungen, Organisationen und Meinungen. Es wäre nicht richtig, alle gleichzusetzen, aber wir können einen allgemeinen Rahmen setzen. Es mangelt daran, diesen Wandel frühzeitig vorauszusehen und dementsprechend eine all-

gemeine kurdische Politik zu entwickeln und so Fortschritte zu erzielen. Es gibt also einen Mangel an Voraussicht und eine geteilte Haltung. Den Wunsch nach einer strategischen Rolle in der Region zu hegen, gleichzeitig jedoch im Hinblick auf eine Einheit der KurdInnen so unvorbereitet zu sein, ist ein wichtiger Kritikpunkt. Ich kann nur sagen: Egal welche politische Ansicht, Strategie und Ideologie auch vertreten wird, es bedeutet, einen strategischen Moment und eine historische Chance zu verpassen. Wenn wir die Einheit erreicht hätten, dann wäre die Situation der KurdInnen im Mittleren Osten heute klar. Was wir tun müssen, ist Folgendes: Wir werden unseren Kampf fortsetzen und sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene alle unter Druck setzen, damit unsere Realität anerkannt wird.

Auch wenn es unterschiedliche Strömungen und Uneinheitlichkeit unter ihnen gibt, wie bewerten Sie es, dass die kurdischen politischen Parteien und Organisationen bis heute nicht zu einer nationalen Plattform zusammengekommen sind?

Das ist natürlich eine ganz erhebliche Schwäche. Dabei gibt es einen sehr grundsätzlichen gemeinsamen kurdischen Nenner. Ihnen allen ist die kurdische Realität gemein. Sie alle sind national, sprachlich, in jeder Form kulturell verleugnet, geteilt und einem Prozess der Vernichtung ausgesetzt worden. Allem voran ist die Aufhebung dieser Verleugnung der gemeinsame Nenner aller. Von Beginn an wäre eine nationale Einheit dieser Verschiedenen notwendig gewesen. Ich werde nicht darauf eingehen, wer was gemacht hat. Wir hatten zwar in der Vergangenheit Vorschläge, Forderungen und Vorstöße in der Richtung unternommen, aber wie überzeugend wir waren, wie richtig wir damit lagen, steht auf einem ganz anderen Blatt. Es gibt ein Problem aller, das es zu lösen gilt. Die Kräfte im Süden, im Südwesten, im Osten und Norden hätten trotz aller Unterschiede ein jeder für sich die Lage der sich im Wandel befindlichen Welt, deren Auswirkungen auf den Mittleren Osten und auf die KurdInnen sehr konkret ermitteln müssen und so die grundlegenden Forderungen ihrer jeweiligen Bereiche herausarbeiten können. Die Herausarbeitung der grundlegenden Forderungen wäre ihr Beitrag zur Entwicklung einer nationalen Einheit gewesen. Wenn auch nur minimal, so hätten sie diese zumindest formulieren können. An diesem Punkt gibt es ernsthafte Versäumnisse. Im Vergleich zu früher hat es eine Annäherung gegeben, sie ist jedoch nicht ausreichend. Der althergebrachte Sprachgebrauch, die Analysen und Ansichten haben sich geändert. Es gibt so etwas wie gegenseitige Solidarität. Das ist zwar gut, aber wir erleben im Mittleren Osten den Moment einer Revolution. Und dafür ist das alles nicht genug.

Dies ist ein Thema zur Selbstkritik: Niemand ist über seine eigenen Grundlagen hinausgewachsen.

Die Parteien in Kurdistan sind meist regionale Parteien. Die PKK jedoch ist in allen vier Teilen Kurdistans und in der Diaspora organisiert. Sie hat die Besonderheit einer modernen Organisation. Wie bewerten Sie diese historische Mission der PKK?

Was Sie angemerkt haben, ist ganz richtig. Die PKK ist eine ganz andere Organisation als die anderen, aber die für Kurdistan kämpfenden Kräfte in den anderen Teilen Kurdistans haben auch ganz andere elementare Eckpfeiler, auf die sie sich beziehen. Auch das darf natürlich nicht außer Acht gelassen werden. Aus diesem Blickwinkel betrachtet wird so manches verständlicher. Wir haben uns schon in der Vergangenheit um die nationale Einheit bemüht, aber die Ansichten der anderen Kräfte in Bezug darauf müssen analysiert werden. Sie haben außerhalb ihrer Interessen zu anderen Gruppen und Netzwerken Verbindungen, die sie binden. Entweder gibt es aufgrund des Drucks dieser Netzwerke oder aufgrund der Haltung der hinter ihnen stehenden politischen Bewegungen keine Reaktion. Und da keine Reaktion erfolgt, wurschtelt jede Bewegung, auf ihren Bereich gestützt, vor sich hin.

Die PKK erhält weder regional noch international Unterstützung. Deshalb ist es auch nicht realistisch zu erwarten, dass, wenn der Mittlere Osten neu formiert und von denen eine neue kurdische Strategie entwickelt werden sollte, jemand auf die Idee käme, dies mit der PKK als Referenz und auf diese Bezug nehmend zu tun. Das ist ja gerade das Problem. Wäre die PKK von Anfang an so wie die anderen traditionellen Bewegungen in Kurdistan, dann wäre es nie zur jetzigen Situation gekommen. Dann wäre das, was wir bemängeln, schon Realität. Einmal angenommen, die politische und ideologische Situation sowie die hinter ihnen stehenden Kräfte seien dem gegenüber offen, dann wäre die Einheit schon eine Realität. Aber dem ist nicht so. Nun ist das Problem die Situation der PKK und ihr Image in der Welt.

Lenkt die neue Phase die PKK denn nicht in diese Richtung?

Die PKK könnte inmitten der Veränderungen im Mittleren Osten und der innerkurdischen Entwicklung eine sehr wichtige Position einnehmen. Wir können feststellen: Wenn es ihnen nicht gelingen sollte, die PKK mit der neu entwickelten Politik zu vernichten, dann müssen sie sich einer Politik der Zählung

zuwenden, das bedeutet, sie in dieses System zu integrieren. Es ist dazu übergegangen worden, zumindest auch diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen.

Wäre das Ihrer Meinung nach denn so schlimm?

Wenn wir dem in der derzeitigen Lage zustimmen würden, dann wäre das natürlich schlimm. An diesem Punkt wäre es natürlich interessant, mit welcher Strategie und Taktik die PKK denn ihre Existenz zu schützen gedenkt.

Bietet sich in einer Zeit zunehmender Legitimität der PKK auf internationaler Ebene da nicht mehr als eine bloße politische Integration? Wird sich da nicht eher die PKK als Verhandlungspartnerin anbieten?

Im Praktischen hat sich schon viel getan. Im Süden ist ein föderativer Staat entstanden. Das ist nicht zu unterschätzen. Diese Chance muss gut analysiert werden. Was bedeutet es für die KurdInnen ganz allgemein und was für die PKK? Das sind Themen, die intensiv diskutiert werden müssen. Zeitgleich wurde die gegen die PKK gerichtete Politik und Aktivität forciert. Da wäre die Auslieferung unseres Vorsitzenden, die Aufnahme der PKK auf die Terrorliste, Versuche, sie zu liquidieren, Festnahmen, Operationen ... Aus dieser Sicht ist erkennbar, dass das nicht zufällig ist und war. Es gibt den Widerstand der PKK dagegen. Auch hat sie in diesem Zusammenhang ihren Wandel durchlebt und ihre Politik gestaltet. Ihre Politik sollte jedoch nicht nur aus dem ideologischen Blickwinkel bewertet werden. Es muss auch berücksichtigt werden, wie notwendig oder nicht ihre aktuelle Politik in der jetzigen Situation ist. Natürlich betreibt die PKK Politik. Sie macht das, indem sie Widerstand leistet und sich gegenüber einer gewandelten Welt ideologisch erneuert.

Führt diese Erneuerung zu einer Annäherung?

Ja, das tut sie. Wir gehen sicher nicht dogmatisch vor. Wir können nicht in realsozialistischer Manier eine dogmatische Politik betreiben. Die PKK betreibt Politik, um ihre eigene Existenz zu wahren und das auch in einer neu formierten Weltordnung zu können. Das ist keine neue oder kurzfristige Situation, sondern heute nur auf einem höheren Niveau.

Dann will ich mal so fragen: Sehen Sie irgendeinen Grund, der eine Neugestaltung der PKK in einer neuen Ära negieren würde?

Die Wandlungsprozesse der PKK sind von großer Bedeutung und müssen dahin gehend betrachtet werden, »von wo nach wohin« man gelangt ist. Das ist sehr wichtig. Insbesondere nach der Festnahme des Vorsitzenden hat ein grundlegender Paradigmenwechsel stattgefunden. Ich sage dies klar und deutlich. Es handelt sich dabei um einen ideologischen Wandel. Er war nicht oberflächlicher Natur, denn grundsätzliche Argumente haben sich darin geändert, eine Neuorientierung hat stattgefunden. Das hat Auswirkungen auf alles andere. Das neue Paradigma zu verstehen, sich dessen bewusst zu werden, was das konkret für Folgen hat, es im eigenen Handeln zu verankern und zunehmend in ihm eigenen Organisationen umzusetzen und in der Hinsicht den Kampf zu forcieren, das dauert schon eine geraume Zeit. Aus diesem Blickwinkel betrachtet ist das sicherlich ein ernstes Problem.

Haben eventuell politische Gewohnheiten dazu geführt, dass dieser Wandel nicht in dem gewünschten Maße umgesetzt werden konnte ...

Ja, wir können sogar heute noch nicht behaupten, dass es vollbracht worden sei.

Das Hinterherhinken beim Übertragen dieses neuen Paradigmas auf das Organisatorische, das Gesellschaftliche und die Entwicklung einer ihm entsprechenden Politik scheint in Zukunft ernste Probleme bereiten zu können ...

Ich betrachte das Auftreten von Problemen als völlig normal. Ein Wandel ist nicht an einem Tag vollziehbar, sondern auch etwas, das Schwierigkeiten beinhaltet. Es kann aber nur vollbracht werden, wenn das Notwendige getan wird und Probleme gelöst werden. Die PKK sagt, dass in Kurdistan eine demokratische Organisation und ein demokratisches Verhalten notwendig sind, dass alle das Recht haben sollen, sich zu äußern und sich zu organisieren. Das umzusetzen ist aber gar nicht so leicht, wie man geglaubt hat. Es macht einen tiefgreifenden Mentalitätswandel nötig. So sollte der Wandel als ein Prozess begriffen werden, in dem die Probleme nach und nach durch die richtige Lösung überwunden werden können. Das ist der Dreh- und Angelpunkt, den gegenwärtigen politischen Prozess erfolgreich zu absolvieren.

Als sich die Möglichkeit der Beendigung des Guerillakampfes offenbarte, zeigten sich in der kurdischen Öffentlichkeit Zweifel. Sind diese Zweifel berechtigt?

Diese sich neu entwickelnde Ära¹ fußt auf unserem Paradigmenwechsel. Es hat ein ideologischer, politischer und organisatorischer Wandel stattgefunden. Natürlich müssen sich dann auch die Mittel zwingend ändern. Die gewonnenen Erfahrungen und die in den letzten dreißig Jahren geschaffenen Werte zur Grundlage der neuen Ära zu erklären und mit neuen Mitteln eine sie vorantreibende Kraft zu schaffen, ist entscheidend. Die Partei arbeitet seit zehn Jahren daran. Als dies mit den Entwicklungen im Mittleren Osten kollidierte, begann der von unserem Vorsitzenden in Gang gesetzte neue Prozess. Es ist falsch, das unter der Formel »was haben wir gegeben, was haben wir bekommen« zu betrachten. Ganz gewiss werden die KurdInnen bei einer solchen Lösung nicht alle ihre Freiheiten erlangen. Es wird weder der erhoffte Freiheitsgrad erreicht, noch werden die Ziele verwirklicht, die sich die PKK ideologisch und politisch ins Programm geschrieben hat. Aber zumindest wird der Verleugnung der KurdInnen ein Ende bereitet, ihre Existenz wird anerkannt, sie werden einen demokratischen Rahmen erreichen, in dem sie sich artikulieren können. Und wenn es ihnen gelingt, für sich Bedingungen zu schaffen, ihre Kultur zu entwickeln, dann wird darüber die Basis geschaffen werden können, ihre Freiheiten weiterzuentwickeln.

Muss dann aber nicht auch die AKP-Regierung oder die Republik Türkei eine von ihnen nicht gewünschte Lösungsvariante akzeptieren und bejahen?

Betrachten wir es aus der Sicht der türkischen Seite, dann stellen wir fest, dass auch sie sich in einer Phase befinden, die dieser sehr nahesteht. Man muss einräumen, dass in der Türkei ein Wandel stattfindet. Das gegenwärtige Regime ist nicht leicht an diesen Punkt gelangt. Das war nicht einfach. Eine äußere Dynamik hatte dabei einen großen Einfluss. Es war klar, dass niemandem auch nur der winzigste Krümel Demokratie gegeben werden kann, solange sich in der kurdischen Frage keine Demokratisierung abzeichnet und die alten Paradigmen bleiben, wie sie sind. Wenn dies der Schlüssel zu allem ist, und der Staat in dieser Hinsicht einiges wird hinnehmen müssen, dann ist das schon beachtenswert.

Der Schlüssel für die grundsätzliche Demokratisierung der Türkei sind die KurdInnen. Die kurdische Bewegung hat diese historische Mission. Außerdem gibt es in der Türkei unterschiedliche dynamische Entwicklungen. Ist es denkbar, dass die kurdische Bewegung mit unterschiedlichen ProtagonistInnen dieser Entwicklungen wie den AlevitInnen, bzw. mit dem politischen Islam konkurrierenden usw., zusammenkommt? Beziehungsweise bestehen demgegenüber Hindernisse, und wenn ja, welche?

Theoretisch gesehen fordern wir das ohnehin. Es ist sehr wichtig, dass sich jetzt alle die Kräfte, die sich mit ihrem Kampf um die Demokratie bemühen können, auf der Basis von gemeinsamen Forderungen zusammenfinden. Niemand darf sich in dieser Zeit aus einer Laune heraus so oder so dazu verhalten. Diese Phase fordert gewisse Pflichten ein, und sie zu erfüllen ist das, was eigentlich einen Revolutionär und eine Revolutionärin ausmacht. Wer diese Pflicht nicht erfüllt, läuft Gefahr, sich selbst zu zerstören. Wir sind uns selbst auch sicher, dass, sollte sich die Türkei tatsächlich in einem Wandlungsprozess befinden, dieser nicht ganz koscher ist. Der Druck von internationaler Seite einerseits, vonseiten der gesellschaftlichen Opposition andererseits, grundsätzlich jedoch der Druck des KurdInnenproblems stellt den treibenden Motor in Richtung Veränderung dar. Solange dieses Problem nicht gelöst ist, besteht weder eine Chance, ihren Platz in der neuen Weltordnung einzunehmen, noch sich im Mittleren Osten und im Kaukasus gegen Russland zu behaupten. Das bedeutet, die Türkei hat ihre strategische Schlüsselposition verloren. Und was sie im Moment vorhat ist, erneut eine solche zu erreichen. Während sie sich eine neue Position aufzubauen sucht, muss sie sich den Bedürfnissen und Interessen der neuen Weltordnung entsprechend neu gestalten. Ob wir wollen oder nicht, der Wandel ist zwangsläufig ... Aber das bedeutet nicht, dass es sich dabei nun unbedingt um den von uns forcierten demokratischen Wandel handelt. Immer wieder zeigt sich nur allzu deutlich, dass sie für sich an den verhärtetsten Formen des Nationalstaats und zentralistischer Machtverhältnisse festhalten will. Die monopolistische Mentalität ist weiterhin ungebrochen. Denn auch der Staat will eine bestimmte Linie verfolgend versuchen, mit dem Problem zu seinem Vorteil abzuschließen. Wenn versucht werden sollte, bei der Lösung des Problems nur in Ansätzen steckenzubleiben, zu täuschen oder nur so zu tun als ob, wird es nicht gelöst. Denn unser Vorsitzender sagt klar und deutlich: »Dies ist nicht das Ende, sondern ein Beginn.« Der Kampf ist an diesem Punkt also nicht beendet. Er beginnt gerade erst. Vor allem die Demokratisierung ist ein grundlegendes Kriterium. Die Lösung der kurdischen Frage wird unverzichtbarer Bestandteil und Voraussetzung für eine Demokratisierung sein. Das bildet das Kernstück des zukünftigen

1) bezieht sich auf Öcalans historische Erklärung zu Newroz 2013

tigen Kampfes. So werden selbstverständlich die vorhandene gesellschaftliche Opposition sowie die kurdische Dynamik mit ihrer Avantgarde im politischen Regime der nach der Lösung gegründeten neuen Türkei fortbestehen. Ihre Forderungen werden dann allerdings eine andere Dimension haben. Das sollte der Türkei deutlich machen, vor welchen Problemen sie stünde, würde sie im Hinblick auf eine Lösung zu täuschen versuchen. Denn auch wenn es den Anschein haben sollte, als sei ein Problem »gelöst«, so wird es trotzdem wieder zum Vorschein kommen. Lösungen, die keine grundsätzliche Problembewältigung mit sich bringen, führen nur dazu, dass die Probleme noch tiefer sitzend weiterschweben. Eine wirkliche Lösung bringen sie nicht.

Es gibt die Auffassung, dass im globalen Gefüge der Türkei die Rolle der Wächterin über den Energiekorridor in der Region zugeordnet ist und die KurdInnen dabei zur Partnerschaft genötigt werden. Sehen Sie Anzeichen, die auf die Entwicklung einer kurdisch-türkischen Föderation oder einer türkisch-kurdischen Konföderation hindeuten?

Zunächst möchte ich einiges im Hinblick auf die Position der Türkei deutlich machen. Als sie sich von der Welle *[der Ereignisse]* im Mittleren Osten erfassen ließ, war die Frage einer demokratischen Art und Weise der Problemannäherung zweitrangig. Sie ging in der Rolle der Regionalmacht sogar so weit, dass sie gegenüber den internationalen Mächten »zu weit über das Ziel hinausschoss«. Sofort wurde sie gemäßregelt. Zunächst wurde sie aus Libyen vertrieben, aus Tunesien und aus Ägypten, der Iran distanzierte sich, mit Syrien hat sie sich entzweit. Und dann stand sie ganz allein da. Nachdem sie nun so auf sich allein gestellt war, hat sie damit begonnen, sich erneut auf die Bühne zu bringen. Man beachte nur, dass sie, nachdem sie sich erneut auf die Bühne gebracht hatte, diesen Prozess begonnen hat, indem sie ihre inneren Probleme und die kurdische Frage auf die Tagesordnung setzte. Das bedeutet, dass die Türkei ohne Berücksichtigung ihrer inneren Probleme keinen Schritt mehr unternehmen kann. Ja, dass sogar die internationalen Kräfte Abstand von ihr nehmen werden. Spätestens jetzt ist es Zeit nachzudenken. Die Probleme müssen erfasst und gelöst werden, damit ein neuer Vorstoß unternommen werden kann.

Und über die Türkei und Kurdistan ...

Genau, die Türkei kann einen Korridor über Kurdistan eröffnen. Eines ist sicher: Sie befindet sich im Würgegriff der

KurdInnen und Kurdistan. Wenn die AKP oder der türkische Staat im Mittleren Osten eine Macht sein oder internationale Mächte ihr eine Rolle zuweisen wollen, dann muss die Türkei zuallererst einmal diesem Würgegriff, den das kurdische Problem für sie darstellt, entkommen. Das kann sie, indem das Problem gelöst wird. Das kurdische Problem hat die AKP international isoliert. Und zwar dergestalt, dass es für sie in dem Maße zum Fluch wird, in dem sie versuchen sollte, es egoistisch im Sinne ihrer eigenen Interessen zu bewältigen. Aber je mehr die Lösung von einem demokratischen Standpunkt aus angegangen wird, mit gleichberechtigten und freiheitlichen Ansätzen, umso eher birgt diese Lösung auch den Vorteil *[für die Türkei]*, im Mittleren Osten zu einer grundsätzlichen Macht zu werden. Aber die AKP hat das in seiner ganzen Dimension noch nicht realisiert. Sie führt einige Argumente ins Feld, zeichnet eine Karte des Mittleren Ostens ihrer ideologischen Ausrichtung entsprechend. Das hat nur agitatorisch-propagandistischen Wert, denn eine Umsetzung dessen ist nicht so einfach. Vor allem bietet es keine wirkliche Lösung des sie im Würgegriff haltenden kurdischen Problems. Aktuell das Problem in Rojava (Westkurdistan), und es ist nicht abzusehen, wohin das geht. Genauso in Ostkurdistan, und auch da ist es nicht klar, wohin das führt. In Südkurdistan wurde ein föderativer Staat gegründet, aber dessen Zukunft ist weiterhin ungewiss. Wie sehr sie auch immer mit der Lösung des Problems in Nordkurdistan begonnen haben mögen, bisher haben sie mit ihrer Haltung nicht deutlich gemacht, worin sie bestehen soll. Das bedeutet also, dass das Problem sehr komplex ist. Sollte es in Nordkurdistan gelöst werden, wird das eine zentrale Rolle spielen, dann wäre Südkurdistan einer Einheit gegenüber offen, und in den anderen Teilen verfügt ohnehin die PKK selbst über Einfluss. Und wenn die PKK ihren Einfluss in den anderen Teilen geltend macht und auf eine wahre Lösung des KurdInnenproblems drängt, dann würde dadurch sowohl gegenüber dem Status der KurdInnen Vertrauen entstehen als auch die Türkei über eine Kraft verfügen, mit der sie ihre von den internationalen Monopolisten zugeordnete Mission würde erfüllen können. Ohnehin besitzt sie sonst keine andere Kraft. Die internationalen Mächte wollen der Türkei heute wirklich eine regionale Rolle zuerkennen. Die Liquidierung der kemalistischen Tendenz, dieser traditionell staatlichen Tendenz, ist darauf zurückzuführen. In der Türkei bestehen ganz grundsätzliche Probleme, das KurdInnenproblem, das Islamproblem und das Problem der Macht der KemalistInnen. Solange es den internationalen Mächten nicht gelingt, diese drei Kräfte zu verändern und sie an ihren gemeinsamen Punkten zusammenzubringen, wird es ihnen unmöglich sein, der Türkei eine strategische Rolle zu übertragen. Eine Türkei, die die KurdInnen ausgegrenzt und verleugnet, kann keine strategische Rolle übernehmen. ♦

Die Zukunft wird von ihrer Vielfalt geprägt werden

Wird die Türkei ihre Vergangenheit aufarbeiten?

Devriş Çimen, Journalist und Mitarbeiter im Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

»Türkiye Türklerindir« (Die Türkei gehört den Türken), das ist das Motto der am 1. Mai 1948 gegründeten liberal-konservativen Boulevardzeitung Hürriyet, mit täglich ca. 500 000 verkauften Exemplaren eine der drei auflagenstärksten Zeitungen der Türkei.

Jeder mit einem gesunden Menschenverstand würde dazu sagen: »Aber das ist doch Rassismus.« Dennoch ist diese Parole ein grundlegender Bestandteil des täglichen Lebens. Vor allem in Städten, in denen verschiedene Ethnien leben, und in allen Bildungseinrichtungen steht die Parole geschrieben: »Glücklich ist der, der von sich sagen kann, ich bin ein Türke.« Darauf sind die türkischen Bürger stolz.

»Jeder einzelne Türke kann es mit der ganzen Welt aufnehmen«, »Jeder Türke wird als Soldat geboren«, mit solchen oder ähnlichen Losungen, die ich alle gar nicht aufzählen kann, wurden und werden die Menschen in der Türkei erzogen. Diese erschreckende und rassistische Lehre ist das Erbe Atatürks, der die Eckpfeiler der türkischen Republik setzte. Bei einem Erbe denkt man zunächst an einen positiven übriggebliebenen Reichtum. In der Türkei stellt dieses Erbe keinen Reichtum, sondern vielmehr geistige Armut dar. Angesichts der Assimilierung, Verleugnung, Vertreibung und sogar der Vernichtung der zig verschiedenen Identitäten, Kulturen und Volksgruppen sieht man, wie die Türkei diesen Reichtum verliert und ärmer wird.

Sogar heute noch wiederholt der türkische Ministerpräsident R. T. Erdoğan in zahlreichen seiner Reden die Parole »eine Nation, eine Heimat, eine Religion, eine Sprache, eine Flagge«. Durch die Weitergabe der symbolischen Sprache wird allen dieses Erbe als souverän aufgezwungen. Es ist die zwingende Auflage einer antidemokratischen Republik. Diese Sprache ist keine Option, sondern staatlicher Zwang. Diese Äußerungen Erdoğan's finden ihre Quelle in der Verfassung, deren Präambel u. a. festhält, »(...) dass keinerlei Aktivität gegenüber den türkischen nationalen Interessen, der türkischen Existenz, dem Grundsatz der Unteilbarkeit von Staatsgebiet und Staatsvolk,

den geschichtlichen und ideellen Werten des Türkentums und dem Nationalismus, den Prinzipien und Reformen sowie dem Zivilisationismus Atatürks geschützt wird und heilige religiöse Gefühle, wie es das Prinzip des Laizismus erfordert, auf keine Weise mit den Angelegenheiten und der Politik des Staates werden vermischt werden (...)«.¹

Wenn die Verfassung eines Landes rassistisch, diskriminierend, monistisch und totalitär ist, dann werden auch alle Regierungen unter dieser Verfassung rassistisch, diskriminierend, monistisch und totalitär sein.

Wir wollen uns erinnern – die türkische Armee (TSK) unternahm zwei Mal, am 27. Mai 1960 und am 12. September 1980, einen Putsch, zwang weiterhin 1971 und 1997 die demokratisch gewählte Regierung zum Rücktritt. Diese Putsche wurden mit Verfassungsverstößen begründet. Die aktuell gültige Verfassung wurde nach dem Militärputsch von 1980 unter der Regie des Militärs geschrieben. Die Verfassung zur Zeit der Republikgründung war unter der Prämisse einer besonderen Betonung des Türkentums neu verfasst worden. Diese Art von Verfassung ist das Schlimmste, was einem multikulturellen Land wie der Türkei passieren kann. Das daraus resultierende Leid müssen nun die Menschen dort ertragen.

Auch wenn es nicht allzu oft zur Sprache kommt, heute im Jahre 2013 unterhält die Türkei Beziehungen und unterschreibt Abkommen mit der EU, den USA und Deutschland im Rahmen dieser totalitären Verfassung. Auch wenn die AKP-Regierung den Staat als »demokratischen Rechtsstaat« bezeichnet, bleibt er in diesem Lichte militarisiert und totalitär. Was also trennt die Türkei von den diktatorischen Regimen des Nahen Ostens und Nordafrikas? Die Türkei erfährt in dieser Hinsicht eine positive Diskriminierung durch ihre westlichen Partnerstaaten. Niemand verhängt wegen dieser Verfassung gegen die Türkei ein Embargo, friert seine Beziehungen ein oder übt ehrliche Kritik ...

1) Übersetzung: Rechtsanwalt Prof. Dr. Christian Rumpf

Aus diesem Grunde erhalten die oben erwähnten Länder ihre Beziehungen und den Handel mit der Türkei auch im Rahmen dieser chaotischen Situation aufrecht. Und genau das liefert der Türkei Energie und Motivation für ihre antidemokratische Praxis.

Diese falsche Motivation und Energie wiederum verleiht Erdoğan die Legitimation, der Bevölkerung seine Macht, entgegen demokratischen Forderungen der Gesellschaft, aufzuzwingen.

Der Versuch, das Schlechte, eine Militärputsch-geprägte Verfassung und die darin vorgesehene Verleugnung, die Assimilation und den Monismus, mit Armee, Polizei und Gewalt zu stützen, führt zu gesellschaftlichem Widerstand, wie er bei den Ereignissen um den Taksim und den Gezi-Park zu beobachten ist. Es kommt zur Entstehung von Widerstandsbewegungen wie der PKK. Andersgläubige, wie die Aleviten, werden für ihre Rechte kämpfen. Völker, wie Armenier oder Assyrier, die einen Genozid erleiden mussten, fordern dessen Anerkennung. Wird weiter an den Fehlern festgehalten, kommt es zur Erhebung der Vielfalt Anatoliens und Mesopotamiens, also genau der Regionen, die in einen Völkerfriedhof verwandelt worden waren. Die Forderungen nach mehr Demokratie mehren sich. Die Gesellschaft erwacht und dieses falsche System stürzt ins Chaos ...

Dass in der Türkei unter der Regie der Verfassung agiert und der Vielfalt und Gesellschaft etwas aufgezwungen wird, und dass dies dann natürlich nicht funktioniert, lässt sich am Beispiel des Kampfes der Kurden gegen die offizielle Staatsdoktrin und ihre Institutionen sehr konkret ablesen.

Allein die Behauptung, ein Sachverhalt existiere nicht, lässt ihn nicht einfach von allein verschwinden. All die über die Nicht-Existenz der Kurden entwickelten Thesen wurden durch einen Kampf der Kurden unter großen Opfern widerlegt. Die Türkei taumelt mit dem größten Problem in ihrer Geschichte, dem Kurdenproblem, hin und her. Und wir können nun sagen »es gibt Kurden«, ohne dass es verleugnet wird. Wenn wir aber sagen können »es gibt Kurden«, werden wir auch mit einem neuen Problem konfrontiert. Wie wird die Türkei damit umgehen und leben?

Es geht dabei auch nicht nur um die Kurden, sondern ebenso um die türkische Identität und noch die vielen anderen eth-

nischen Gruppen, die man innerhalb der islamischen Religion einzuschmelzen versucht. Attila Durak, ein Fotograf, Künstler, zeichnete in den Jahren 2000 bis 2007 die kulturelle Vielfalt der Türkei in seinen Menschenportraits und erzählte deren Geschichten. Anhand einer Feldforschung in hunderten Städten, Gemeinden und Dörfern überall in der Türkei, über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg, dokumentierte er 44 ethnische Gruppen fotografisch und stellte sie in einer Ausstellung dem Publikum vor. Diese Ausstellung hat in vielen Galerien, auf Festivals und Messen Einblick in den kulturellen Reichtum der Türkei gegeben.

Von diesem schönen Beispiel ausgehend fordern die Kurden von der Türkei keinen neuen Staat, aufgeteilt zwischen Kurden und Türken. Die Kurden heute bemühen sich um eine Veränderung der Türkei und entwickeln Lösungsprojekte, damit nicht nur sie, sondern auch die anderen ethnischen Gruppen zu Reichtum in der politischen und sozialen Landschaft der Türkei werden ...

Dies erfordert von der Türkei Aufarbeitung, eine Konfrontation mit ihrer Geschichte, Gesellschaft und deren Vielfalt.

Ein Vorschlag, die Türkei müsse ihre Vergangenheit aufarbeiten, ruft bei Politikern und einem Großteil der Akademiker sofort reflexhafte Gegenreaktionen im Namen des Türkentums hervor, was völliges Unverständnis auslöst. Wenn es jedoch keine Probleme gibt, warum dann diese Reflexe auf die Aufarbeitungsdebatten? Warum gibt es keinen mutigeren, konstruktiveren Diskurs? Wie soll denn anders eine Aufarbeitung oder eine Konfrontation mit der Vergangenheit stattfinden?

Wie sollen die Repressionen bis hin zu den Massakern, die Diskriminierung, die die Armenier, Griechen, Juden, Assyrier, Kurden und Aleviten aufgrund der offiziellen Staatsdoktrin erlitten haben, anders verarbeitet werden können? Viele solche Fragen müssen von der Politik und den akademischen Zirkeln beantwortet werden. Eine demokratische, freiheitliche Zukunft kann nur darauf aufgebaut werden.

Wir können festhalten: Damit die Türkei zu ihrer inneren Ruhe kommen kann, muss sie zunächst das Vertrauen aller Bevölkerungsgruppen innerhalb ihrer Grenzen gewinnen. Um diese falsche Politik überwinden zu können, muss sie sich selbst vertrauen können. Erst danach folgt eine geduldige, demokratische, friedliche, freiheitliche, der Wahrheit ins Gesicht

WENN DIE VERFASSUNG
EINES LANDES RASSISTISCH,
DISKRIMINIEREND,
MONISTISCH UND
TOTALITÄR IST, DANN
WERDEN AUCH ALLE
REGIERUNGEN UNTER DIESER
VERFASSUNG RASSISTISCH,
DISKRIMINIEREND,
MONISTISCH UND
TOTALITÄR SEIN.

schauende und ihre Vielfältigkeit in Reichtum verwandelnde Türkei ...

Dafür muss jedoch sowohl der Staat als auch die Gesellschaft in den genannten Punkten der Wahrheit ins Gesicht sehen und sich gegebenenfalls für begangene Fehler entschuldigen.

Die Türkei muss dazu in der Lage sein, die aus ihrer Genozidpolitik resultierenden Massaker an Armeniern, Assyriern, Aleviten, Kurden und Pontus-Griechen aufzuarbeiten.

Sie muss allen durch ihre Verleugnungs- und Assimilierungspolitik vor dem Aussterben stehenden ethnischen Gruppen ihre Identität wiedergewähren und mit ihnen das Geschehene verarbeiten.

Allein bei den 3,5 bis 4,5 Millionen kurdischen Menschen, die sie in den letzten dreißig Jahren im Rahmen des Krieges aus über 3 500 Dörfern vertrieben hat, muss sie sich entschuldigen und mit ihnen das Geschehene verarbeiten.

Sie muss sich mit den seit 1989 an 353 verschiedenen Orten entdeckten 3 248 Massengräbern befassen, sie öffnen und die Identität der Opfer feststellen. Sie muss sich mit den Angehörigen Tausender durch staatliche Sicherheitskräfte festgenommener und danach verschwundener Menschen arrangieren, die ungeklärten Morde aufklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Sie muss sich mit hunderttausenden Menschen arrangieren, die im Rahmen des Militärputsches vom 12. September 1980 festgenommen und gefoltert wurden, weil sie vom Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht hatten.

Sie muss sich mit dem Massaker von Dersim (Tunceli) im Jahre 1938 befassen, dem Zehntausende zum Opfer fielen, und sie muss sich bei den kurdischen Aleviten dafür entschuldigen.

Weiterhin muss sie die Massaker in Gurgum (Kahramanmaraş), wo hunderte kurdische Aleviten zu Opfern wurden, in Çorum und Sivas (Sivas), wo zig Aleviten und Linke massakriert wurden, und viele andere aufklären und aufarbeiten.

Um diese Beispiele und noch zig andere ungenannte aufzuklären und aufzuarbeiten, braucht es Mut und Durchhaltevermögen.

»Was ist denn aber mit den Schritten, die die AKP in den letzten zehn Jahren unternommen hat? Man tut ihnen Unrecht«, solche Aussagen werden auch zu hören sein. Es ist richtig, dass die AKP in manchen Bereichen gewisse Schritte unternommen hat; das geschah jedoch in einem revisionistischen Sinne. Wenn also heute die Türkei in einem Lösungs- und Friedensprozess für die Probleme des Ostens steckt, aber im Westen, in den Metropolen, der Ministerpräsident für den Widerstand der Menschen auf dem Taksim, im Gezi-Park Beschimpfungen wie »Plünderer« verwendet, dann spiegelt das die eigene antidemokratische und arrogante Mentalität.

Mit dieser Einstellung ist die Türkei für eine Demokratisierung noch nicht bereit. Wenn man die Leute, die behaupten, die Türkei habe sich verändert und demokratisiert, fragt, was denn nun die grundlegenden Begriffe seien, die die türkische Demokratie auszeichnen, wäre das Erste, was mir, aber auch vielen anderen einfällt, »Angst« und eine darüber aufgebaute »Bevormundung«, die die For-

derungen aus der Gesellschaft ignoriert und eingrenzt. Aus diesem Grunde ist es auch schwierig, trotz der Demokratisierungsbemühungen den demokratischen Betrieb in der Türkei ohne die Verwendung der Begriffe »Angst«, »Bevormundung« und »Einschränkung der Initiative« zu definieren.

Die Türkei hat sich in der Regierungszeit der AKP von einem Militärstaat in einen Polizeistaat gewandelt. Demzufolge wird sie natürlich mit Angst regiert, mit Angst ausgebremsst und die demokratischen Forderungen werden unterdrückt. Die Feststellung, der Übergang von der kemalistischen CHP in der Vergangenheit zur konservativ-religiösen AKP heute sei der Fortschritt der Demokratie, ist eine falsche und unzureichende These. Trotz allem muss die Türkei demokratisiert werden. Der einzige Weg, um dieses Chaos und die dunkle Vergangenheit loszuwerden, führt über Demokratie, Empathie und Entschlossenheit.

Wie zu Anfang des Artikels am Beispiel von Hürriyet erwähnt, kann damit begonnen werden, derartige rassistische, monistische und faschistoide Ausführungen aus Medien und

DIE TÜRKEI HAT SICH IN DER REGIERUNGSZEIT DER AKP VON EINEM MILITÄRSTAAT IN EINEN POLIZEISTAAT GEWANDELT. DEMZUFOLGE WIRD SIE NATÜRLICH MIT ANGST REGIERT, MIT ANGST AUSGEBREMST UND DIE DEMOKRATISCHEN FORDERUNGEN WERDEN UNTERDRÜCKT. DIE FESTSTELLUNG, DER ÜBERGANG VON DER KEMALISTISCHEN CHP IN DER VERGANGENHEIT ZUR KONSERVATIV-RELIGIÖSEN AKP HEUTE SEI DER FORTSCHRITT DER DEMOKRATIE, IST EINE FALSCH UND UNZUREICHENDE THESE.

Alltagssprache zu streichen. Weiter könnte es dann damit gehen, die rassistischen, chauvinistischen, verleugnenden Lehrpläne in den Grund-, Mittel- und Sekundarstufen zu verändern. Die türkeiweit betriebene systematische Kriminalisierungspolitik gegen die Kurden könnte gestoppt werden. Die Repression bei staatlichen Behörden, an Arbeitsstätten und im öffentlich-rechtlichen Raum gegen Aleviten und andere nicht muslimische Minderheiten wegen des Praktizierens der Religion muss beendet werden.

Die ethnischen Gruppen, ob Türken, Kurden, Armenier, Araber, Pomaken, Lasen, Aramäer, Assyrer, Hemschin-Armenier, Aleviten, Georgier, Pontier, Tschetschenen, Bosnier, Albaner, Mazedonier, Juden, Griechen, Nasturier, Chaldäer, Roma, Eziden, und alle aus dem Türkischen stammenden Identitäten wie die Yörüken, Turkmenen, Tahtacı, Tataren, Kirgisen, Karapapaken, Aseri, Usbeken, Kasachen, Muhacir, Gagausen und Zeybek, diese ethnischen und multikulturellen Identitäten

sollten nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung betrachtet werden. In diesem Sinne, nachdem sie nun aufgezählt sind, verdient dieses Mosaik die Aussage, dass »die Türkei nicht den Türken, sondern allen dort lebenden ethnischen Gruppen gehört«. Das Wichtigste ist, dass dafür ein Bewusstsein besteht.

Deshalb sollte die Türkei der Wahrheit ins Gesicht blicken, damit die oben erwähnten und von Attila Durak fotografisch dokumentierten ethnischen Identitäten nicht irgendwann verschwinden und in Zukunft nur noch auf nostalgischen Fotos existieren. Die Frage, die die kurdische Freiheitsbewegung in den letzten dreißig Jahren der Türkei auf die Tagesordnung gesetzt hat, lautet: »Wie ist ein Zusammenleben möglich?« Eines ist allen klar – nichts wird mehr so sein wie früher. Aber wie wird es sein? Die Antwort darauf wird die Türkei finden, indem sie ihre ganze Vielfalt in die Diskussion einbindet. Das ist für ein Land wie die Türkei mit ihrer Geschichte zwar nicht einfach, jedoch unumgänglich ... ♦



... Wenn also heute die Türkei in einem Lösungs- und Friedensprozess für die Probleme des Ostens steckt, aber im Westen, in den Metropolen, der Ministerpräsident für den Widerstand der Menschen auf dem Taksim, im Gezi-Park Beschimpfungen wie »Plünderer« verwendet, dann spiegelt das die eigene antidemokratische und arrogante Mentalität ... Widerstand gegen die Räumung des Gezi-Parks

Foto: DIHA

Die Vergangenheitsbewältigung braucht eine Gerechtigkeits- und Wahrheitskommissionen

Massengräber und »Morde unbekannter Täter«

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Die Politikwissenschaftler Helmut König und Michael Kohlstruck definierten 1998 den Begriff Vergangenheitsbewältigung als Sammelbezeichnung für Aktivitäten, mit denen sich demokratische und der Wahrung der Menschenrechte verpflichtete Gesellschaften befassen, um eine von Diktatur und Verbrechen gekennzeichnete Vergangenheit aufzuarbeiten.

Die Aufarbeitung und der Umgang mit der eigenen Geschichte ist auch für die Gesellschaft der Türkei und ihre politischen EntscheidungsträgerInnen eine schwerwiegende Verpflichtung, die weder gegenüber den ArmenierInnen noch gegenüber den KurdInnen bis dato erfüllt werden konnte. Ohne dies sind jedoch eine Demokratisierung des Landes und die Gestaltung einer friedlichen Zukunft der Völker nicht denkbar.

Nach langen Verhandlungen zwischen der türkischen Regierungspartei AKP und der Arbeiterpartei Kurdistans PKK sowie der Partei für Frieden und Demokratie BDP als Vermittler inhalt mit der Newroz-Deklaration von Herrn Abdullah Öcalan am 21. März dieses Jahres ein historischer Friedensprozess in der Türkei begonnen. Im Rahmen eines ausgearbeiteten Drei-Phasen-Planes soll nach mehr als 30 Jahren ein Krieg, der annähernd 40 000 Menschen das Leben kostete, endlich beendet werden.

Der Wille und das gegenseitige Vertrauen der beiden Konfliktparteien sind für den Erfolg des Friedensprozesses ausschlaggebend. In der bereits eingeleiteten ersten Phase findet der Rückzug der Guerilla-Einheiten aus den Gebieten der Republik Türkei statt. Anschließend soll in der zweiten Phase die Regierung der Türkei mit Reformen und Maßnahmen auf die Forderungen der KurdInnen, die im Grunde den Kopenhagener Kriterien entsprechen, reagieren. In der dritten Phase, der sogenannten Normalisierung, soll schließlich die politische, soziale und kulturelle Partizipation der KurdInnen und ihre politischen VertreterInnen ermöglicht werden.

Während in den Medien und der Öffentlichkeit umfassend über den »Friedensprozess« berichtet wird, herrscht auf beiden Seiten ein gewisses Misstrauen. Derzeit ist es schwer abzuschätzen, ob der Friedensprozess wirklich alle Phasen übersteht und erfolgreich abgeschlossen werden kann. Die PKK hat mit dem Abzug ihrer bewaffneten Einheiten aus dem Gebiet der Türkei begonnen und damit den ersten Schritt gemacht, um ihre lösungsorientierten Absichten zu untermauern.

Um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erlangen und den guten Willen der kurdischen Seite nicht zu enttäuschen, muss die türkische Regierung nun mit entsprechenden Maßnahmen und Reformen reagieren.

So wie in vielen anderen Fällen von ethnischen Konflikten und Friedensschlüssen ist auch dieses Mal die Vergangenheitsbewältigung für den Erfolg des Friedensprozesses und das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft essentiell. Die »Gacaca-Prozesse« in Ruanda sowie viele andere Beispiele in der Geschichte der Menschheit haben gezeigt, dass ohne die vollständige und gerechte Aufarbeitung der Vergangenheit ein Frieden nicht möglich ist.

So forderte die kurdische Seite zusammen mit Menschenrechtsorganisationen wiederholt die türkische Regierungspartei auf, eine »Gerechtigkeits- und Wahrheitskommission« zu gründen. Im Rahmen dieser Kommission soll die Aufarbeitung und Verfolgung der erlebten Verbrechen, der sogenannten »Morde unbekannter Täter«, der Massengräber, der »Verschwundenen« und der grausamen Folterpraktiken aufgeklärt werden.

Durch die jahrzehntelangen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der PKK-Guerilla sind über 3 500 kurdische Dörfer nach Berichten der Menschenrechtsstiftung der Türkei TIHV zerstört und entvölkert worden. 4,5 Millionen KurdInnen sind laut dem Selbsthilfeverein für Flüchtlinge Göç-Der (die UN sprechen

von 3,5 Mio.) vom Land in die Großstädte oder nach Europa geflohen.

Es wurden mehr als 17 000 Morde von sogenannten unbekannten Tätern begangen. Laut Berichten mehrerer Menschenrechtsorganisationen wurden seit 1989 überwiegend in kurdischen Städten Menschen, darunter politische AktivistInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen, AnwältInnen und BäuerInnen, von staatlichen Todesschwadronen verschleppt, extralegal hingerichtet und die meisten davon in Massengräbern verscharrt. In dem genannten Zeitraum wurden laut einem Bericht des Menschenrechtsvereins IHD 5 000 Menschen extralegal hingerichtet und 5 800 Menschen zu Opfern von Angriffen unbekannter Täter. 1 368 Menschen werden noch immer vermisst. (Quelle: IHD und Presse, Stand September 2009). Bereits über 400 Mal (24.11.2012) versammelten sich die »Samstagsmütter« (Cumartesi Anneleri), Angehörige der Verschwundenen, samstags in Istanbul auf dem Galatasaray-Platz, um nach dem Verbleib ihrer Kinder und Angehörigen zu fragen. Die »Samstagsmütter« treffen sich seit Mai 1995 mit einer Unterbrechung nach 1999 jeden Samstag in mehreren Städten. (Quelle: IHD und Presse, Stand 10.12.2012)

Was nach dem Ende eines solchen Traumas und Unrechts an einem Volk bleibt, ist die Frage nach dem Umgang mit der Vergangenheit und wie man dieses Leid aufarbeitet. Der Menschenrechtsverein IHD hat zuletzt auf einer Veranstaltung im Mai unter dem Titel »Verschwundene und Massengräber« eine interaktive Karte zu den Sammel- und Massengräbern in der Türkei sowie eine aktualisierte Fassung eines Berichts über die Massengräber veröffentlicht. Demzufolge gibt es mindestens 3 248 Leichname in 253 verschiedenen Gräbern. Der IHD-Sekretär Bilici fasste die bisherigen Ergebnisse der Aufarbeitungskommission zusammen und stellte eine Reihe von Forderungen an die Regierung.

Hierzu gehören in erster Linie die Gründung einer »Gerechtigkeits- und Wahrheitskommission« in Anlehnung an internationale Erfahrungen aus anderen Konflikten sowie der Aufruf zur

Unterzeichnung der UN-Vereinbarung gegen Verschleppung. Die Aufklärung und rechtliche Verfolgung der Fälle von verschwundenen Menschen und Morden unbekannter Täter sind zentrale Aufgaben der Kommission. Hierfür ist die Öffnung und Untersuchung der staatlichen Archive für die Arbeit der Gerechtigkeits- und Wahrheitskommission notwendig. Auf der anderen Seite müssen auch alle Unterlagen und Informationen der PKK übergeben und untersucht werden. Die Massengräber müssen unter internationaler Beobachtung geöffnet und die Identitäten der Opfer durch unabhängige Kommissionen unter Zuhilfenahme von Experten untersucht werden. Die sterblichen Überreste der Menschen in den Massengräbern müssen den Angehörigen übergeben werden, die Aufdeckung der geheimen Gräber der spurlos »Verschwundenen« und die Aufklärung der »Morde unbekannter Täter« sind für einen wirklichen Frieden unabdingbar. Der Staat muss durch eine lückenlose Aufklärung glaubhaft machen, dass es nicht noch einmal zu solchen Taten kommen wird.

Trotz der intensiven Bemühungen von Menschenrechtsorganisationen, der Samstagsmütter und weiteren demokratischen Kräften und Intellektuellen weigert sich die türkische Regierung, eine »Gerechtigkeits- und Wahrheitskommission« zu gründen und die Vergangenheit aufzuarbeiten. Diese Haltung der AKP-Regierung erschwert den KurdInnen an einen gerechten Frieden zu glauben, und gefährdet den Erfolg des Friedensprozesses. ♦



Nach der Öffnung eines der Massengräber.

Foto: DIHA

»Im Kampf gegen KurdInnen ist jegliche Form von Gewalt legitim«

Mevlüt Küçükyavaş, Politologe und Soziologe

Zwischen 1956 und 1962 kämpften ca. 150 000 algerische Moslems, Kollaborateure der Franzosen, die sogenannten Harkis, auf der Seite der französischen Kolonialherrscher gegen AlgerierInnen und wurden nach der Unabhängigkeit Algeriens von einem Tag auf den anderen von den Franzosen ausgeliefert. In Kenia kamen hunderttausende Kollaborateure zum Einsatz, ohne deren Hilfe sich die Kolonialherren kein einziges Jahr hätten am Leben halten können. Ohne den Einsatz der indischen Kollaborateure, die darauf fokussiert waren, eine Karriere unter den Briten zu machen, hätten die Briten niemals ein ganzes Jahrhundert über ganz Indien herrschen können. Man kann ähnliche Beispiele über alle Kolonien dieser Erde schreiben. Dieses bewährte Muster des Einsatzes von Kollaborateuren zeigt sich in allen Kolonialkriegen und wurde zuletzt auch in Sri Lanka zur blutigen Unterdrückung der tamilischen Befreiungstiger LTTE angewandt.

Wie schaut es in Kurdistan aus?

Jeder kurdische bewaffnete und unbewaffnete Widerstand wurde durch das Prinzip des »divide and conquer« (»teile und herrsche«) unterdrückt und zum Schluss wurden die Kollaborateure selber zu Opfern der faschistoiden Politik der Herrschaftsmächte. Vom Widerstand des Bedirxan Beg in Cizîr (Cizre) bis zum Aufstand von Şêx Seîd in Serhat und Seyîd Riza in Dêrsim (Tunceli) sind die Spuren kurdischer Kollaborateure zu verfolgen, die den Herrschaftsmächten den Weg zum Sieg geebnet haben. Diese bewährte Strategie setzt der türkische Staat auch im Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung ein.

Zu keiner Zeit wurde aber Kollaboration so systematisch betrieben wie gegen die kurdische Freiheitsbewegung der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan), die 1978 gegründet wurde. Nach dem Militärputsch von 1980 und der Ermordung, Verhaftung und Vertreibung tausender Linker und Oppositioneller formierte sich die PKK sehr rasch und flankierte ihre politische Bewegung ab 1984 mit den HRK (Befreiungskräfte Kurdi-

stan). Durch einen bewaffneten Guerilla-Kampf wurde gegen die Vernichtungs- und Verleumdungspolitik des türkischen Staates vorgegangen. Der konnte die kurdischen FreiheitskämpferInnen mit konventionellen Mitteln nicht unterdrücken, geschweige denn besiegen. Er holte sich Verstärkung durch die sogenannten Dorfschützer; paramilitärische Einheiten, welche in Kurdistan noch immer gegen die PKK und gegen regierungskritische KurdInnen eingesetzt werden.

Am 27. Juni 1984 wurde ein Gesetz zur Rekrutierung von vorübergehenden Dorfschützern für den Kampf gegen SeparatistInnen verabschiedet. Dieses System existiert noch immer und mittlerweile sind laut einer parlamentarischen Anfrage von 2009 an den türkischen Innenminister 47 819 vorübergehende und 24.088 »freiwillige«, in Summe 71 907 Dorfschützer im Amt. Die Zahl liegt aktuell (Stand 2013) bei mehr als 80 000 und ist trotz des Rückzugs der kurdischen Guerilla noch immer im Steigen begriffen. Es werden weiterhin neue Dorfschützer rekrutiert und man scheut nicht davor zurück, diese Ereignisse auch öffentlich kundzutun.

Wer sind diese Dorfschützer?

Dorfschützer sind paramilitärische Einheiten, welche in Kurdistan gegen die PKK und gegen regierungskritische KurdInnen eingesetzt werden. Sie bestehen zu einem beträchtlichen Teil aus Stammesführern, Großgrundbesitzern, Familien und Einzelpersonen, die oft seit Jahrzehnten mit dem Staat zusammenarbeiten und versuchen, in Kurdistan für die Interessen des Staates einzutreten. Ein Teil der Dorfschützer tritt diesem System freiwillig bei und andere werden mit Mord, Verhaftung und Vertreibung bedroht und müssen unter Druck Dorfschützer werden. Millionen von KurdInnen, die eine Kollaboration abgelehnt haben, mussten entweder flüchten oder sich dem Druck des Militärs und der Dorfschützer beugen. Tausende kurdische Dörfer, die das Dorfschützertum abgelehnt haben, wurden vom Staat niedergebrannt und dem Erdboden gleichgemacht.

Warum Dorfschützer und nicht nur gut ausgebildete Spezialeinheiten?

Dorfschützer sind oft wirksamer als gut ausgebildete Spezialeinheiten, weil sie das Gelände und das Gebiet sehr gut kennen. Sie sind vor Ort und können die Lage 24 Stunden kontrollieren und einen permanenten Druck auf DorfbewohnerInnen ausüben und deren Kontakt zur Guerilla verhindern. Auf der anderen Seite sind sie für türkische Soldaten Wegbereiter für militärische Angriffe auf die Guerilla. Ein weiterer Vorteil für den türkischen Staat ist, dass für die Öffentlichkeit und die Medien der Tod eines türkischen Soldaten bitterer ist als der Tod eines kurdischen Dorfschützers.

Der Einsatz eines Dorfschützers führt sehr oft zu einem Bruch mit nachhaltigen Folgen für die kurdische Gesellschaft. Die Auseinandersetzung wird als Geschwisterkrieg gesehen und dient als Anlass, um KurdInnen gegeneinander aufzuhetzen und ihren legitimen Freiheitskampf als sinnlos erscheinen zu machen.

Die Bilanz dieses Systems?

Dorfschützer sind dem Staat gegenüber loyal und werden von diesem mit einer großen Macht ausgestattet. Sie können in den Dörfern tun und lassen, was sie wollen, und missbrauchen ihre Macht, indem sie ihre persönlichen Interessen mit Waffengewalt durchsetzen. Zum Beispiel sind nahezu alle Morde an syrisch-orthodoxen ChristInnen in den vergangenen zwanzig Jahren von Dorfschützern begangen worden. Tausende DorfbewohnerInnen wurden von Dorfschützern enteignet, vergewaltigt und ermordet. Die Täter werden nie zur Rechenschaft gezogen. Schwere Delikte wie Drogen- und Waffenhandel, Diebstahl von Tieren, Besetzung von Landflächen, Vergewaltigung von Frauen und Gewalt gegen andere DorfbewohnerInnen, Zwangsenteignung von Ackerflächen, Schutzgelderpressung und vieles mehr wird von niemandem geahndet. Das Massaker in Mardin vom 4. Mai 2009, als 44 ZivilistInnen, darunter 6 Kinder und 16 Frauen, bei einer Hochzeit getötet wurden, zeigt die Dimension der grenzenlosen Gewalt der Dorfmitzen.

Die aktuelle Lage?

Auf Grund des politischen Widerstands des kurdischen Volkes in der Türkei, trotz aller Repressalien, wurde der türkische Staat nun zu neuerlichen Verhandlungen mit der PKK gezwungen. Die Initiative ging jedoch wiederum von der kurdischen Seite mit ihrem politischen Vertreter, dem seit 1999 inhaftierten Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, aus. Die PKK hat ihren Willen für eine friedliche Lösung durch die erneute Verkündung eines einseitigen Waffenstillstands am 21. März sowie den Abzug ihrer bewaffneten Einheiten seit dem



Dorfschützer, paramilitärische Milizen werden eingeschworen. Foto: DIHA

8. Mai bewiesen und ihm damit Kraft verliehen. Eine Antwort der türkischen AKP-Regierung ist die Rekrutierung von weiteren 960 Dorfschützern innerhalb der letzten Monate.

Die Erdoğan-Regierung muss verstehen, dass ein Frieden in der Türkei nur dann möglich ist, wenn paramilitärische Einheiten wie die Dorfschützer aufgelöst und Verbrecher für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden. Außerdem ist eine Wahrheits- und Versöhnungskommission notwendig, die sowohl die Dorfmitzen als auch die militärisch und politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht. Das ist ein notwendiger Schritt von staatlicher Seite, um das Vertrauen der kurdischen Bevölkerung wiederzugewinnen. ♦

Trotz Friedensverhandlungen kein Rückgang der Repression gegen Oppositionelle

Neue Phantome

Nick Brauns, freier Journalist

Phantome mit Bezeichnungen wie Ergenekon und Balyoz, KCK und Revolutionäres Hauptquartier bestimmten in den letzten Jahren die Agenda der türkischen Justizbehörden. Unter dem Vorwurf, einem als Ergenekon bezeichneten nationalistischen Putschistennetzwerk anzugehören, wurden hunderte hochrangige Offiziere bis hin zu früheren Generalstabschefs, kemalistische und laizistische Politiker, Akademiker und Journalisten verhaftet. Die vom tatsächlichen »tiefen Staat« in Kurdistan begangenen Kriegsverbrechen kamen während des Ergenekon-Verfahrens allerdings nicht zur Sprache, da sie schließlich mit Duldung auch der neuen islamischen Eliten der AKP in Roboski und andersorts fortgesetzt wurden. Vielmehr diente die Operation Ergenekon der Entmachtung der alten laizistischen Eliten im Staatsapparat und der Unterwerfung der Armee unter die religiösen Kader der AKP und Gülen-Bewegung.

Die sogenannten KCK-Operationen wiederum richteten sich nicht gegen die tatsächlich existierende, aus der Arbeiterpartei Kurdistans PKK hervorgegangene »Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans« (KCK), sondern gegen legal in der Türkei aktive kurdische Politiker und Aktivisten zivilgesellschaftlicher Organisationen. Unter den bis zu 9000 seit den Kommunalwahlen im Frühjahr 2009 verhafteten KCK-Beschuldigten befinden sich mehrere Dutzend Bürgermeister, sechs Parlamentsabgeordnete sowie unzählige Parteivorstände, aber auch Frauen- und Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafter sowie zahlreiche Journalisten.

Nach gerade einmal zwei Anschlägen einer sich »Revolutionäres Hauptquartier« (Devrimci Karargah) nennenden marxistisch-leninistischen Guerillaorganisation auf eine Kaserne und ein Gebäude der Regierungspartei AKP wurden ab dem Jahr 2009 dutzende Funktionäre legaler sozialistischer Parteien und Redakteure linker Zeitschriften unter dem Vorwurf verhaftet, dieser in Camps der PKK militärisch ausgebildeten Organisation anzugehören. Betroffen von den Devrimci-Karargah-Verhaftungen waren insbesondere solche linken Aktivisten,

die eine Verbindung des kurdischen Freiheitskampfes mit der revolutionären Bewegung in der Westtürkei anstrebten.

Das Ergenekon-Verfahren steht heute kurz vor dem Abschluss, einige Dutzend Offiziere wurden bereits im Jahr 2012 im Balyoz-Verfahren wegen angeblicher Putschpläne gegen die AKP aufgrund offensichtlich manipulierter Beweise zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Zu neuen Ergenekon-Verhaftungswellen ist es seit längerem nicht mehr gekommen. Offensichtlich ist Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan angesichts der möglicherweise auf ein direktes türkisches Eingreifen zulaufenden Entwicklungen im Nachbarland Syrien zu der Erkenntnis gelangt, dass weitere Verhaftungen hochrangiger Militärs die Moral der Truppe, von der bereits jetzt jeder vierte General hinter Gittern sitzt, nachhaltig schädigen würde. Im Devrimci-Karargah-Verfahren sind ebenfalls keine neuen Verhaftungen bekannt. Mit Aufnahme der Friedensverhandlungen zwischen dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und türkischen Geheimdienstvertretern sind die KCK-Operationen fast gänzlich eingestellt worden, einige Dutzend Angeklagte kamen sogar während der laufenden Prozesse aus der Haft frei. Die Masse der seit Jahren in Untersuchungshaft sitzenden kurdischen Politiker verbleibt freilich in Geiselhaft des Staates.

Ein Rückgang staatlicher Repression gegen Opponenten der autoritär-neoliberalen und religiös geprägten AKP-Herrschaft ist allerdings nicht zu erkennen. Wir haben es vielmehr mit einer Verlagerung der Angriffe und einer Neudefinition der Feindbilder des Staates vor dem Hintergrund des beginnenden kurdischen Friedensprozesses, des Krieges in Syrien und schließlich der Ende Mai losgebrochenen Taksim-Proteste zu tun. Neue Phantome sind dabei, Ergenekon, KCK und Devrimci Karargah abzulösen. Diese neuen Phantome tragen Namen wie Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) und Türkische Volksbefreiungspartei-Front (Die Eiligen) (THKP-C (Acilciler)).

Natürlich ist die marxistisch-leninistische DHKP-C kein Phantom, sondern eine seit langem existierende revolutionäre Organisation mit zahlreichen Anhängern insbesondere in den Gecekondu westtürkischer Großstädte. Am 1. Februar dieses Jahres verübte der DHKP-C-Aktivist Ecevit Şanlı einen Selbstmordanschlag auf die US-Botschaft in Ankara, bei dem ein Wachmann getötet und eine Journalistin verletzt wurde. Mit diesem Anschlag protestierte die DHKP-C nach eigenen Angaben gegen die imperialistische Kriegspolitik der USA im Nahen Osten und die Vasallenrolle der AKP. Kurz vor dem kurdischen Newroz-Fest, auf dem der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan seinen Friedensappell verkündete, verübte die DHKP-C Anschläge auf das Justizministerium und auf einen Sitz der AKP in Ankara. Damit wollte die Organisation deutlich machen, dass es keinen Frieden mit dem Staat und der Regierung geben könne. Doch schon vor diesen Anschlägen holte die Polizei am 18. Januar zu einem massiven Schlag gegen linke Oppositionelle in der Türkei aus. Bei vorgeblich gegen die DHKP-C gerichteten Razzien in Istanbul, Izmir, Ankara und vier weiteren Städten wurden 85 Personen festgenommen. Schwerebewaffnete Antiterrorseinheiten stürmten Anwaltskanzleien, ein Kulturzentrum, die Redaktion der sozialistischen Wochenzeitung Yürürüs (Marsch), den Gefangenenhilfsverein Tayad sowie Privatwohnungen von Anwälten. Unter den Festgenommenen waren 15 linke Rechtsanwälte, von denen neun anschließend in Untersuchungshaft genommen wurden. Sie würden zum Ziel der Operationen, »weil wir die Anwälte der Revolutionäre, der Armen, der Familien von durch Polizeikugeln getöteten kurdischen Kinder, kurz gesagt die Anwälte der Unterdrückten sind«, erklärte der Präsident der von der Polizei gestürmten »Zeitgenössischen Juristenvereinigung« (CHD), Selçuk Kozağaçlı. Die festgenommenen Anwälte hatten die Verteidigung von 50 ihrerseits im Rahmen der KCK-Operationen verhafteten und seit 2011 teilweise inhaftierten Anwälten des gefangenen PKK-Vorsitzenden Öcalan übernommen. »Die Operation zielt darauf, Tausenden Menschen eine juristische Verteidigung zu nehmen«, kommentierte der Vorstand der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) die Polizeiangriffe auf die Anwälte.

Vorübergehend festgenommen wurden auch Musiker der linken Band Grup Yorum. Deren Aufnahmestudio wurde verwüstet, Musikinstrumente zerstört und Studioaufnahmen eines kurz vor der Veröffentlichung stehenden Albums beschlagnahmt. Der Wirkungsgrad dieser seit Jahrzehnten bekanntesten linksradikalen Musikgruppe der Türkei, die von Justizbehörden immer wieder mit der DHKP-C in Verbindung gebracht wird, zeigte sich zuletzt im April dieses Jahres bei einem Antikriegskonzert von mehreren Hunderttausend Menschen in Istanbul.

Auf diese erste DHKP-C-Operation im Januar folgten weitere vorgeblich gegen diese Organisation gerichtete Razzien und Festnahmewellen. So stürmte die Polizei am 18. Februar Wohnungen, Vereinsräume und Gewerkschaftshäuser in 28 Städten. Betroffen waren vor allem die laizistischen Hochburgen im Westen des Landes und entlang der Ägäisküste. 167 Haftbefehle richteten sich meist gegen Kommunalangestellte und Mitglieder des linksgerichteten Gewerkschaftsdachverbandes des Öffentlichen Dienstes (KESK). Ende März stürmten Antiterrorseinheiten dann die Zentralen der Hafenarbeitergewerkschaft Liman-İş und der Dienstleistungsgewerkschaft Genel-İş in Ankara und nahmen rund 20 Gewerkschafter fest. In den Jahren davor waren solche Angriffe auf Gewerkschaften noch im Rahmen der KCK-Operationen erfolgt, nun dient das neue Phantom DHKP-C als Vorlage.

Ethnisierung des »Terrorismus«

Am 11. Mai 2013 explodierten im Zentrum der Stadt Reyhanlı nahe der syrischen Grenze in der Provinz Hatay zwei Autobomben. Bei den Anschlägen wurde nach offiziellen Angaben mindestens 52 Menschen getötet. Dokumente des Jandarma-Geheimdienstes, die die linksradikale Cyberaktivistengruppe Red Hack später auf ihrer Website veröffentlichte, legen nahe, dass die von der AKP im Kampf gegen die syrische Regierung unterstützte djihadistische al-Nusra-Front die Autobomben gezündet hatte. So sollte die Türkei zu einem direkten militärischen Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg bewegt werden. Doch schon kurz nach den Anschlägen beschuldigten türkische Regierungspolitiker die syrische Regierung von Bashar al-Assad, für die Anschläge verantwortlich zu sein. In den folgenden Tagen wurde die Verhaftung von über einem Dutzend angeblichen Mitgliedern linksradikaler Gruppierungen aus der Türkei gemeldet, die die Anschläge im Auftrag des syrischen Geheimdienstes begangen haben sollen. Die Verhafteten sollen der DHKP-C und einer Gruppe namens Türkische Volksbefreiungspartei-Front (Die Eiligen) (THKP-C (Acilciler)) angehören. Die DHKP-C wies umgehend jegliche Verantwortung für das »faschistische Massaker« zurück. Bei der THKP-C (Acilciler) wiederum handelt es sich um eine Splittergruppe, die seit Anfang der 80er Jahre gar nicht mehr in der Türkei aktiv war. Ihr Anführer Mirac Ural war nach dem Putsch vom 12. September 1980 nach Syrien geflohen, hatte die syrische Staatsbürgerschaft angenommen und befehligt dort jetzt eine regimetreue Miliz. Deren Aufgabe besteht nach Urals Angaben darin, das Einsickern ausländischer Djihadisten von der Türkei nach Syrien zu verhindern. Türkische Sicherheitskräfte beschuldigen dagegen den selber der alawitischen Religionsgemeinschaft entstammenden Ural, Proteste gegen die AKP-Kriegspolitik gegenüber Syrien unter Alawiten in Hatay organisiert zu haben. Die Provinz Hatay war 1939

von der Türkei annektiert worden. Rund ein Viertel ihrer 1,5 Millionen Einwohner sind arabischsprachige Alawiten, einer Religionsgemeinschaft, der auch der syrische Präsident Bashar al-Assad und Teile der syrischen Staatsführung angehören. Mit dem nach den Anschlägen von Reyhanlı präsentierten Szenario einer linksradikal-syrisch-alawitisch-alevitischen Verschwörung zielt die AKP-Regierung offenbar darauf, mit einem Schlag Bashar al-Assad, linke Kriegsgegner und religiöse Minderheiten im eigenen Land ins Fadenkreuz zu nehmen.

Ethnisierung

Schon nach dem Anschlag auf die US-Botschaft in Ankara deutete sich in Teilen der türkischen Presse eine Tendenz zur Ethnisierung des »Terrorismus« an. Gemeint ist die Negierung einer linken politischen Motivation zugunsten der angeblichen ethnischen oder religiösen Herkunft der Aktivisten. Nach den Anschlägen von Reyhanlı verstärkte sich diese Darstellungsweise, in der ein angeblich alevitischer Charakter der DHKP-C betont wird. Im nächsten Schritt wird eine Nähe zwischen den Aleviten in der Türkei und den syrischen Alawiten suggeriert. Mit dem Phantom der Acilciler wird dann noch eine scheinbar alawitische »Terrororganisation« ins Spiel gebracht und zur Verbündeten der »alevitischen DHKP-C« erklärt. »Die Organisation ist dafür bekannt, ihre Aktivisten unter den Aleviten zu rekrutieren«, heißt es in einem Artikel der regierungsnahen, zur Gülen-Bewegung gehörenden Tageszeitung Today's Zaman über die DHKP-C: »Der Bürgerkrieg in Syrien brachte dieser Organisation internationalen Schutz und Unterstützung. Aber noch bedeutsamer ist das Zusammentreffen der Wiederauferstehung der DHKP-C mit der Entwaffnung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Das bedeutet, dass die Türkei mit einer neuen Gewaltwelle resultierend aus ihrer alevitischen Frage konfrontiert wird, während sie gerade ihre kurdische Frage in den Griff zu kriegen versucht.« In eine ähnliche Kerbe schlägt der Kolumnist der oppositionellen Tageszeitung Hürriyet Daily News, Mustafa Akyol, in einem für die Website Al-Monitor verfassten Artikel: »Es gibt da noch eine Tatsache über die DHKP-C und allgemein über die türkischen marxistischen Gruppen, die zu benennen vielleicht politisch nicht korrekt ist, die aber dennoch einen Fakt darstellt. Die Mehrheit ihrer Mitglieder kommen von der Minderheit der Aleviten in der Türkei, die eine unorthodoxe und weitgehend säkulare Richtung des Islam bildet. Es ist zudem bekannt, dass zwar nicht alle, aber die meisten Aleviten in der Türkei dazu tendieren, mit dem Regime von Bashar al-Assad in Syrien zu sympathisieren, das sich wiederum auf die dortige Minderheit der Alawiten stützt (Die Aleviten der Türkei und Syriens Alawiten sind nicht identisch, aber ähnlich).« Und ein nach dem Anschlag auf die US-Botschaft in der Hürriyet Daily News erschienener Artikel hält die in Dêrsim (Tunceli) aktiven mao-

istischen Guerillaorganisationen für »ethnisch-sektiererische Organisationen«. (Waiting for new waves of terror, HDN 7.2.2013) In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass insbesondere Zeitungen der Gülen-Bewegung wie die Zaman in der Vergangenheit immer wieder eine angebliche Dominanz von Aleviten in der PKK-Führung behauptet hatten (z. B. The Alevi reality within the PKK, Today's Zaman, 26.10.2010). Um die Gefährlichkeit dieser Ethnisierung zu verdeutlichen, sei an die Hetze der zaristischen und weißgardistischen Presse in den Jahren vor und nach der russischen Oktoberrevolution erinnert, die regelmäßig die jüdische Herkunft einer Reihe von führenden Bolschewiki und eine angeblich jüdische Dominanz innerhalb der russischen Arbeiterbewegung behaupteten und damit den ideologischen Zündstoff für Pogrome der faschistischen Schwarzhunderter legten. Analog dazu ist die Betonung des angeblich alevitischen Charakters der DHKP-C oder anderer säkular-marxistischer Gruppierungen durch Medien des sunnitischen politischen Blocks aus AKP und Gülen-Bewegung letztlich die Vorbereitung für offene Pogromhetze gegen Aleviten.

Aufstandsbekämpfung von Amed nach Ankara

Die während der vergangenen Jahre in Kurdistan durchgeführten Aufstandsbekämpfungsmethoden gegen zivilgesellschaftliche Proteste erfahren heute ihre Übertragung auf die Westtürkei. Bereits in den letzten Jahren wurden regelmäßig gewerkschaftliche Proteste angegriffen, so etwa die streikenden Arbeiter des staatlichen Tabakmonopols Tekel im Winter 2009/10 oder im Sommer 2012 Gewerkschaftsproteste gegen die neoliberal und religiös intendierte 4+4+4-Bildungsreform der AKP. Letztes Jahr im November suchte die AKP erstmals auch die gewaltsame Konfrontation mit der kemalistischen Opposition auf der Straße, als sie in Ankara einen Aufmarsch am »Tag der Republik« verbot und Zehntausende mit türkischen Fahnen versammelten Anhänger von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk mit Reizgas und Wasserwerfern attackierte.

Zunehmend richtet sich die Polizeigewalt gegen Kritiker der neoliberalen Stadtentwicklung. So griff die Polizei im April 2013 zahlreiche Regisseure, Filmkritiker und Künstler an, die während eines Istanbul Filmfestivals gegen den Abriss des aus den 1920er Jahren stammenden Emek-Kinos in der Nähe des Taksim-Platzes protestierten. Am 1. Mai suchte die AKP dann die offene Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung, als sie die Maikundgebung auf dem Taksim-Platz verbot. Den ganzen Tag der Arbeit über lieferte sich die Polizei Straßenschlachten mit Gewerkschaftern, Sozialisten und Mitgliedern der kemalistischen CHP. Dies war quasi die Generalprobe für die massive Protestbewegung, die Ende des Monats nach der

brutalen Räumung eines Protestcamps gegen die Bebauung des Gezi-Parks am Taksim mit einem Einkaufszentrum entfacht wurde. Bilder, wie sie bisher nur aus kurdischen Städten bekannt waren, gab es nun auch aus Ankara, Istanbul, Antakya und Izmir. Die Polizei ging mit Wasserwerfern und Gasgranaten, Knüppeln und sogar Dönermessern auf Demonstranten los. Mindestens drei Demonstranten wurden innerhalb der ersten landesweiten Protestwoche getötet, die Zahl der Verletzten lag nach Angaben der Ärztekammer bei rund 5 000. Die Kemalisten der CHP, die jahrzehntelang zum Kolonialkrieg in Kurdistan geschwiegen oder diesen mit rassistischen Äußerungen gar noch angefacht hatten, sahen sich nun selber in Ankara von der Polizei so behandelt wie sonst nur die kurdischen Demonstranten in Amed.

Soziale Netzwerke als Teufelszeug

Schon nach den Anschlägen von Reyhanlı hatte die Regierung eine Mediensperre verhängt, um so Hinweise auf eine Täterschaft der al-Nusra-Front zugunsten der staatlich gewünschten Version eines Anschlags des syrischen Geheimdienstes zu verbreiten. Als dann nach der Räumung des Camps im Gezi-Park die landesweite Protestwelle losbrach, musste keine solche Mediensperre verhängt werden. Die meisten Sender schwiegen in vorseilendem Gehorsam über die Proteste. Während CNN in den USA live über die Proteste gegen Erdoğan berichtete, sendete der türkische Ableger CNN Türk eine Reportage über Pinguine – dies veranlasste Demonstranten mit Pinguinmasken gegen die selbstaufgelegte Medienzensur zu protestieren. Doch wie in den arabischen Aufständen in Tunesien und Ägypten verbreiteten sich die Nachrichten in rasender Geschwindigkeit über soziale Netzwerke wie Twitter-Accounts, z. B. #occupygezi, und Facebook, die von der Regierung nicht kontrolliert oder eingeschüchert werden konnten. Im Unterschied zum »arabischen Frühling«, wo viele Tweets aus Europa kamen, stammten in der Türkei 90 Prozent der getwitterten Meldungen aus dem eigenen Land, 50 Prozent wiederum aus Istanbul. Folgerichtig erklärte Erdoğan kurz nach Beginn der landesweiten Proteste die sozialen Netzwerke zur »schlimmsten Bedrohung der Gesellschaft«. »Es gibt jetzt eine neue Bedrohung namens Twitter«, behauptete der Ministerpräsident im Fernsehen. »Die besten Beispiele für Lügen können dort gefunden werden.« Seine

beiden eigenen Twitter-Accounts mit 2,7 Millionen türkischsprachigen und 314 000 arabischsprachigen Followers dürfte Erdoğan damit nicht gemeint haben. Kurz darauf nahm die Polizei in Izmir und Adana Dutzende Twitterer und Facebook-Benutzer unter der Beschuldigung fest, irreführende und beleidigende Nachrichten verschickt und zum Aufruhr angestachelt zu haben. Nach Angaben eines örtlichen Politikers der kemalistischen Oppositionspartei CHP hatten die Festgenommenen Nachrichten wie »Widerstand – Gebt den Platz nicht auf« und »Polizei kommt« verschickt. In einem Land, in dem zahlreiche Websites, die sich mit der kurdischen Frage oder dem Armeniergenozid befassen, gesperrt sind und auch die Videoplattform youtube nach beleidigenden Beiträgen über Atatürk landesweit blockiert wurde, ist die Aussage von Staatspräsident Abdullah Gül, es gäbe kein Recht auf Hexenjagden über Twitter, als offene Drohung an die Nutzer dieser neuen Kommunikationsnetzwerke zu verstehen.

Diejenigen, die im Rahmen der Gezi-Park-Proteste Gewalt angewendet und Schäden angerichtet hätten, seien dieselben, die auch für den Anschlag auf die US-Botschaft in Ankara am 1. Februar verantwortlich waren. Dies erklärte Erdoğan am 5. Juni in Tunis kurz vor seiner Rückkehr in die Türkei. Wen er damit konkret meinte – die DHKP-C, das syrische Regime oder Aleviten und Alawiten in der Türkei – ließ der Ministerpräsident offen, doch die Botschaft war klar. ♦



130 000 Gasgranaten soll die Polizei auf den Widerstand um den Gezi-Park verschossen haben.
Foto: DIHA

Es geht darum, gleichberechtigt und frei miteinander leben zu können

Das Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens

Salih Muslim, Kovorsitzender der Partei der Demokratischen Einheit (PYD)

Der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) Salih Muslim erläutert das Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens, mit dem die Bevölkerung der Region selbst über ihre Belange entscheiden kann, im Gegensatz zum Greater Middle East Project, bei dem die Interessen der äußeren Mächte im Vordergrund stehen. Die zusammenfassung eines Gesprächs, dass Devriş Çimen mit ihm führte, geben wir in Auszügen wieder.

Die gegenwärtigen Aufstände in Nordafrika und im Mittleren Osten wurden von Abdullah Öcalan bereits im Jahr 2000 prophezeit. Er sprach damals schon davon, dass sich der Status quo in der Region nicht mehr lange halten können und dass uns ein Frühling der Völker bevorstehe. Dieser Prozess ist in Tunesien, in Ägypten und Libyen ausgebrochen und hält in der gesamten Region weiterhin an. Aber, und diesen Punkt möchte ich unterstreichen, es gibt viele geheime Pläne und Verstrickungen im Hintergrund. Es werden Überlegungen angestellt, wie dieser Frühling aus den Händen der Völker gerissen und für die Zwecke Dritter verwendet werden kann. Eine der Symbolfiguren der Revolution in Tunesien war ein Freund des kurdischen Volkes. Später wurde er hinterrücks ermordet. Aber davor hatte er uns eine Botschaft zukommen lassen. »Schaut, unsere Revolution wurde uns genommen. Achtet darauf, dass Euch nicht dasselbe passieren wird«, waren seine Worte. Die Völker akzeptieren ihre autoritären Regime nicht mehr, fordern die Freiheit, erheben sich. Und dann kommen gewisse äußere Mächte und nutzen dies für ihre Interessen aus. Wir akzeptieren dies nicht. Deswegen stellen wir uns gegen ein Greater Middle East Project (GMEP), das uns diese Mächte aufzwingen wollen. Unser Gegenentwurf lautet »Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens«. Dieses Projekt wird von den Kurdinnen und Kurden angeführt und soll durch die Eigendynamik der Völker dem Mittleren Osten die Demokratie bringen. Das GMEP wur-



Salih Muslim

Foto: DIHA

de zuvor in Tunesien, in Libyen und in Ägypten durchgesetzt. Doch in Syrien sind sie vorerst damit gescheitert.

Der Mittlere Osten bebt. Und er bebt heftiger, als er es infolge der Weltkriege getan hat. Damals haben die westlichen Mächte neue Grenzen in der Region gezogen. Das jetzige Beben steht in direkter Beziehung mit dieser Grenzziehung. Aus dem jetzigen Beben werden auch viel tiefer greifende Veränderungen hervorgehen als bei allen vorherigen Erschütterungen in der Region. Der Mittlere Osten wird abermals neugestaltet werden. Dieses Mal allerdings im Sinne demokratischer Prinzipien.

Wie sollen diese Veränderungen aussehen? Wir wollen eine Mentalität in der Gesellschaft erzeugen, die die Verleugnung auch nur der kleinsten Gruppe nicht akzeptiert. Mit dieser

Mentalität wollen wir eine offene, pluralistische Gesellschaft aufbauen. Die Kurdinnen und Kurden spielen hierbei eine Vorreiterrolle, weil sie zu den größten Opfern der Verleugnung und Unterdrückung gehört haben. Aber nun haben sie nicht nur all die Regime, von denen sie verleugnet worden sind, aufgedeckt; sie haben gegen diese Regime auch bedeutende Errungenschaften erzielt. Nun wird der Kampf um die Anerkennung dieser Errungenschaften geführt.

Beim Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens geht es nicht darum, neue Grenzen zwischen den Völkern zu ziehen. Es geht darum, dass die Völker und alle anderen Gruppen gleichberechtigt und frei miteinander leben können. Differenzen zwischen den unterschiedlichen Gruppen werden nicht geleugnet, sie werden akzeptiert und ihnen wird die Aufgabe erteilt, ihre Interessen innerhalb dieses Systems selbst zu verwalten, ihre Entscheidungen selbst zu treffen. Dieses System, das wir in Rojava (Westkurdistan) gegenwärtig umsetzen, nennen wir Demokratische Autonomie. Und wir schlagen allen Völkern in Syrien dieses System vor. Mit diesem System können all die Völker in Syrien, jedes Volk mit seinen eigenen Farben, ein demokratisches Land aufbauen. Und dieses System, die Demokratische Autonomie, ist als Konzept nicht allein auf Syrien zugeschnitten. Wenn die Völker aus der gesamten Region dieses System sich zu eigen machen und ihre Demokratische Autonomie aufbauen, und wenn wir all diese Demokratischen Autonomien vernetzen und miteinander in Verbindung bringen, dann ist unser Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens umgesetzt. Im Kern handelt es sich um dasselbe Konzept, das der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan als Demokratischen Konföderalismus bezeichnet.

Wir glauben nicht, dass dieses Konzept nur eine Traumvorstellung ist. Ganz im Gegenteil, die Situation im Mittleren Osten macht die Umsetzung solch eines Systems unumgänglich. Wir sehen gegenwärtig auch keine anderen Konzepte, die ein friedliches Miteinander der Völker gewährleisten könnten. Die einzige Lösung lautet Demokratie. Nicht die autoritären Herrscher aus künstlich erschaffenen Staaten, die zudem keinerlei demokratische Legitimität genießen, sondern die Menschen aus den Dörfern oder den Stadtteilen selbst müssen die Möglichkeit erhalten, über sich selbst zu entscheiden.

Die Umsetzung eines solchen Systems ist gleichbedeutend mit einer Demokratisierung der Gesellschaft. Wir wollen dieses System im gesamten Mittleren Osten umsetzen, deshalb auch »Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens«.

Mit der Umsetzung dieses Projektes wird sich die Region von Grund auf verändern. Der Mittlere Osten wird kein Gebiet mehr sein, das sich ausschließlich um die Interessen des Mannes dreht. Der Mittlere Osten wird auch kein Gebiet mehr

sein, in den autoritäre Staaten das Sagen haben. Das Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens bedeutet eine radikale und vollständige Demokratie. In solch einem Mittleren Osten werden sich ökologische Gruppen frei organisieren und entfalten können. In solch einem Mittleren Osten wird sich die Frauenorganisation weiterentwickeln, und im selben Atemzug werden die Unterschiede zwischen den Geschlechtern abgebaut. In solch einem Mittleren Osten werden die unterschiedlichen Sprachen, die Kunst, die Musik, die Tänze, kurz der gesamte Reichtum der Region aus der Versenkung erneut an das Tageslicht und zum Blühen gebracht. Zudem wird eine demokratische Kultur aufgebaut und gepflegt. Volkshäuser, in denen die Bevölkerung zusammenkommen und debattieren kann, Bildungshäuser, in denen die Bevölkerung lernen und lehren kann, unterschiedlichste Vereine, in denen die Bevölkerung sich im Sinne ihrer Interessen organisieren kann, Stiftungen, durch welche die Bevölkerung materielle Unterstützung für die unterschiedlichsten Projekte erhalten kann, all diese Institutionen und viele weitere sind Teil unserer Vorstellung eines Demokratischen Mittleren Ostens.

Die Reichtümer der Natur, die Bodenschätze unserer Region sollen, ohne die Bevölkerung oder die Natur auszubeuten, im Gleichgewicht von Natur und Mensch abgebaut werden. Die Verwaltungsstrukturen sollen nicht zentralistisch, sondern lokal, durch demokratische Partizipation der Bevölkerung in Rätestrukturen in Stadt und Dorf aufgebaut werden.

Mit diesem System soll vorgebeugt werden, dass nicht die Zentralregierung die Gesellschaft nach ihren Interessen formt. Stattdessen sollen Strukturen geschaffen werden, die im Sinne der Bevölkerung sind. Und was im Sinne der Bevölkerung ist, das weiß eben nur die Bevölkerung selbst. Deswegen wollen wir, dass die Entscheidungsbefugnisse im Lokalen, in der Bevölkerung selbst verortet werden.

Mit dem Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens wird sich in der Bevölkerung ein Bewusstsein gegen die neoliberale Politik, gegen eine ausartende Industrialisierung und einen unbegrenzten Monopolkapitalismus entwickeln. Die Bevölkerung wird sich gegen die kapitalistische Ausbeutung in Kooperativen organisieren, die nicht nach dem Gesetz der Profitmaximierung agieren.

Mit diesem Projekt wird sich der Mittlere Osten aus den Fängen der internationalen Mächte, die die Region weiter ausbeuten wollen, befreien. Die Befreiung des Mittleren Ostens liegt also nicht im sogenannten Greater Middle East Project, das außerhalb der Region für fremde Interessen entwickelt wurde, sondern schlichtweg in einer umfassenden Demokratisierung, die sich aus der Region heraus selbst entwickelt. ♦

Den Fortschritt vorleben ...

Interview mit Asya Abdullah, der Kovorsitzenden der Partei der Demokratischen Einheit (PYD)

Wie reagiert die Bevölkerung auf Euer Konzept der Frauenselbstorganisierung in Rojava?

Während wir gegenwärtig unser System in Rojava [*kurd.: Westen = Westkurdistan*] aufbauen, stellen wir die Frau ins Zentrum. Auf allen Ebenen spielt sie deshalb eine Vorreiterrolle. Das ist für uns sowohl ethisch als auch politisch von großer Bedeutung. Natürlich ist die Bevölkerung insgesamt mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert. Das bringt der Bürgerkrieg nun mal mit sich. Aber uns geht es darum, dass wir uns mit der Umsetzung unseres Systems auch sofort an Ort und Stelle diesen Schwierigkeiten stellen und Lösungen erarbeiten können.

Mit dem Aufbau unserer Gesellschaftsordnung geht ein tiefgreifender Mentalitätswandel in der Gesellschaft einher. Wir arbeiten an einem System, das keine Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Gruppen macht. Deshalb soll es bei uns auch keine hierarchische Arbeitsteilung geben. Dieses Prinzip ist auch am ehesten mit unserer Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit kompatibel.

Es ist natürlich nicht möglich, ein solches System von heute auf morgen umzusetzen. Aber wir sehen, dass die Bevölkerung sich damit auseinandersetzt und beginnt, sich damit zu identifizieren.

Du hast erklärt, dass die Selbstverwaltungsstrukturen im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit errichtet werden. Was hat das den Frauen in Rojava bisher gebracht?

Die Frauen haben mit diesem System ihre autonomen Strukturen aufgebaut und fällen ihre Entscheidungen selbst. So gut wie in ganz Westkurdistan gibt es Frauenräte. Es gibt rund fünfzehn autonome Frauenzentren. In den drei größten Städten Westkurdistans wurden Frauenakademien gegründet.



Asya Abdullah

Foto: DIHA

Was die Selbstorganisation wie auch die Selbstbildung angeht, geben die Frauen in der Gesellschaft die Richtung vor. Die gegenwärtig in Rojava stattfindende gesellschaftliche Aufklärung wird maßgeblich von der Frau mit ihren eigenen Farbtönen beeinflusst. Die Frauen führen einen Kampf gegen die häusliche Gewalt, einen Kampf, damit ihr Wille zur Geltung kommt, und einen Kampf, damit sie auf allen gesellschaftlichen Ebenen partizipieren können. Als erste Früchte dieser Kämpfe haben wir eine Geschlechterquote von 40 % [*jeweils mindestens 40 % Frauen und Männer in möglichst allen Bereichen und Gremien*] in Rojava durchgesetzt.

Welche Perspektive seht Ihr als Frauen für das kriegsgeschüttelte Syrien?

Mit dem Ausbruch der Revolution konnte die Bevölkerung große Errungenschaften verzeichnen. Zugleich haben wir mit der Revolution vor Augen geführt bekommen, dass unsere Vielfalt unseren Reichtum darstellt. Ausgehend von dieser Erkenntnis mussten wir uns alle die Frage stellen, was für ein System diesen Reichtum sowohl schützen als auch zur Geltung bringen kann. Für uns steht fest, dass dies nur in einem demokratischen Syrien möglich ist, in dem alle Völker und Gruppen sich selbst artikulieren und entfalten können. Wir beschränken unsere Perspektive also nicht allein auf die KurdInnen in Syrien, sondern sagen, dass der gesamte Reichtum der Region zur Geltung kommen muss. Denn in dieser revolutionären Phase wurden und werden von allen Seiten große Opfer gebracht. Deswegen müssen wir die Errungenschaften aus diesem Prozess auch gemeinsam erleben und umsetzen können.

Welche Bedeutung kann Euer System der kommunalen Selbstverwaltung für die übrigen Volksgruppen Syriens haben? Gibt es beispielsweise schon AktivistInnen oder SprecherInnen in den nicht allein kurdischen Strukturen?

Unser System ist nicht allein auf die KurdInnen zugeschnitten. Wir schlagen vor, dass alle Gruppen in Syrien und über Syrien hinaus sich im Sinne der Demokratischen Autonomie organisieren. Das ist allerdings eine Entscheidung, die sie selbst treffen müssen. Wir können nicht für sie entscheiden. Wir können ihnen lediglich unsere Gesellschaftsordnung vorleben und ihnen so zeigen, wie demokratische kommunale Selbstverwaltungsstrukturen funktionieren. In einigen Orten Westkurdistans sind bereits jetzt nichtkurdische Volksgruppen in unseren Strukturen beteiligt, was wir für sehr wichtig halten. Wenn in einer Stadt die Rätestruktur umgesetzt wird, so ist unser Ziel stets, dass alle Gruppen der Stadt sich daran beteiligen.

Für das Zusammenleben in Syrien ist allerdings auch von Bedeutung, dass die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik ein Ende nimmt. Die wurde vom Baath-Regime konsequent praktiziert und die KurdInnen litten am meisten darunter. Gegenwärtig haben wir diese Politik in hohem Maße durchbrochen. Es ist allerdings an der Zeit, dass nicht nur die KurdInnen sich gegen eine solche Praxis stellen, sondern alle Gruppen des Landes.

Wie sieht es mit der Selbstverteidigung aus? Gibt es da Schwierigkeiten?

Wir betrachten die Gewalt nicht als Mittel zur Lösung unserer politischen Fragen. Allerdings sind auch wir in diesem Krieg ständigen Angriffen von allen Seiten ausgesetzt. Die Bevölkerung will die Demokratische Autonomie aufbauen und ist auch bereit, sie zu verteidigen. Das ist legitim. In diesem Sinne verfügen wir mit den Volksverteidigungseinheiten (YPG) auch über bewaffnete Kräfte. Ihre Aufgabe ist es allerdings nicht, irgendwelche Angriffe auf andere Gruppen durchzuführen oder Gebiete außerhalb Westkurdistans gewaltsam einzunehmen, sondern die Errungenschaften der Revolution vor möglichen Angriffen zu schützen. Ich denke, dass dies einen bedeutenden Unterschied zu den meisten anderen bewaffneten Gruppen im Land darstellt. Die nachhaltige Überwindung dieser Probleme sehen wir allerdings in der Realisierung unseres Systems.

Oft werden die YPG, die Du gerade angesprochen hast, als bewaffnete Einheiten der PYD verstanden. Ist das richtig?

Die YPG gehören zu keiner politischen Partei. Sie sind gebunden an den Kurdischen Hohen Rat, dem insgesamt sechzehn Organisationen in Westkurdistans angehören.

Arbeitet die kurdische Frauenbewegung auch mit anderen Frauenorganisationen aus Syrien zusammen?

Wir haben Beziehungen zu einer Vielzahl von Frauenorganisationen im Land aufgebaut, um mit ihnen gemeinsame Arbeiten anzugehen. Ergebnis dessen war die Gründung der Fraueninitiative Syriens. Mit den verschiedenen Organisationen dieser Initiative haben wir eine Konferenz durchgeführt. Das Ziel ist, einen Dachverband der Frauenorganisationen aus ganz Syrien zu bilden, in dem die Frauen aus allen Volksgruppen des Landes vertreten sein sollen.

Und wie steht es um die Zusammenarbeit mit den Frauen aus den anderen Teilen Kurdistans?

Die Kämpfe der Frauen in allen vier Teilen Kurdistans haben mittlerweile einen gewissen Erfahrungsgrad und eine gewisse Reife erreicht. Selbstverständlich haben die Frauenbewegungen in den anderen Teilen Kurdistans auch ihre spezifischen

Eigenheiten, weil sie ihre Kämpfe unter zum Teil unterschiedlichen Bedingungen führen müssen. Aber es gibt auch viele Gemeinsamkeiten und die Prinzipien der Frauenbewegungen sind dieselben.

Um die gemeinsame Organisation der kurdischen Frauen grenzübergreifend zu stärken, haben wir in der jüngeren Vergangenheit zwei nationale Frauenkonferenzen, in Amed (Diyarbakır) und in Hewlêr (Arbil), organisiert und wichtige gemeinsame Beschlüsse gefasst. So bereichern die Frauen aus allen vier Teilen Kurdistans gegenseitig ihre Kämpfe.

Zum Schluss noch eine kurze Frage zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen der YPG mit der Freien Syrischen Armee (FSA) in Afrîn: Warum greift die FSA jetzt an und warum gerade dort?

Die Angriffe sind ganz klar gegen die Errungenschaften in Rojava gerichtet. Dagegen hat sich anscheinend eine Koalition gebildet, welche die autonome Selbstverwaltung der KurdInnen nicht akzeptiert. Angriffe wie diese gibt es immer wieder. Zuvor war es Serê Kaniyê (Ras al-Ayn), nun ist es Afrîn. Neben einigen Gruppen, die zur FSA gehören, greifen gegenwärtig auch die Kräfte des Baath-Regimes stark an. Vor allem die KurdInnen in Heleb (Aleppo) haben das deutlich zu spüren bekommen. Ich denke, dass es sich dabei um eine Fortsetzung der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik handelt. Diejenigen, die diese Angriffe durchführen, können nicht ertragen, dass sich die Bevölkerung von Rojava selbst verwalten will und das gegenwärtig auch tut. Es gibt für die Angreifer keine Aussicht auf Erfolg, denn die Bevölkerung hält an ihren Selbstverwaltungsstrukturen fest. ♦

Das Interview führten Hezil Rojda und Usman el Bedewi für ANF.



Frauenversammlung in Rojava (Westkurdistan)

Foto: DIHA

Wir Frauen vertrauen uns selbst ...

Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e. V., Düsseldorf, 4. Juni 2013

Vom 31. Mai bis zum 2. Juni fand in Amed (Diyarbakır) die 1. Frauenkonferenz des Mittleren Ostens statt. Die von der DÖKH (Demokratische Freie Frauenbewegung) organisierte Veranstaltung stand unter dem Motto »Jin, Jiyan, Azadî« (Frauen, Leben, Freiheit) und war den drei am 9. Januar in Paris ermordeten kurdischen Politikerinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez gewidmet. Drei Tage diskutierten 250 Frauen aus 26 Ländern des Mittleren Ostens sowie Nordafrikas über ihre Erfahrungen und Perspektiven im Kampf für die Befreiung vom patriarchalen Herrschaftssystem und über die aktuellen politischen Entwicklungen in der Region.

Am zweiten Tag der Konferenz wurde im Namen der Teilnehmerinnen mit einer vor dem Tagungsort verlesenen Presseerklärung die Polizeigewalt in Istanbul verurteilt. »Der Taksim-Platz gehört allen«, hieß es in der Erklärung: »Die Angriffe richten sich gegen demokratisch legitimierte Rechte der Bevölkerung, wie das Recht auf Protest und Einspruch. Wir Frauen unterstützen alle Menschen, die sich für Bäume, die Natur und das Recht zu atmen einsetzen.«

Am Ende der dreitägigen Konferenz hielt die Vorsitzende der BDP Gültan Kişanak im Namen der Delegierten eine Rede, in der sie darauf hinwies, der Zweck der Konferenz sei die Stärkung der internationalen Solidarität und des gemeinsamen Kampfes »fernab des westlich-orientalistischen Blickwinkels« gewesen: »Wir danken der DÖKH dafür, dass sie uns zusammengebracht hat, und wir grüßen den Hohen Rat der Frauenbewegung Kurdistan KJB, der revolutionäre Veränderungen im Frauenbefreiungskampf initiiert hat. In diesem Sinne betrachten wir auch diese Konferenz als ein Ergebnis des Kampfes kurdischer Frauen.«

Zu den im Mittleren Osten und in Nordafrika stattfindenden Entwicklungen erklärte Gültan Kişanak: »Für uns Frauen birgt diese kritische Phase sowohl neue Möglichkeiten als auch Risiken. Wir tragen die historische Verantwortung, uns in



1. Frauenkonferenz des Mittleren Ostens

Foto: DIHA

diesen Veränderungsprozess organisiert und richtungsweisend einzubringen.«

In der anschließend verlesenen Abschlussresolution heißt es: »Wir werden ein Kommunikationsnetzwerk für alle Konferenzteilnehmerinnen aufbauen. Um unsere Zusammenarbeit zu stärken, wird bis zur Durchführung der zweiten Konferenz eine rotierende Koordinationsgruppe die Kommunikation und die politische Solidarität zwischen den Delegierten gewährleisten. Wir werden eine Beobachtungsgruppe für die Flüchtlingslager zusammenstellen, in denen vor dem Krieg in Syrien geflohene Frauen leben.

Auch Frauen sind von den Veränderungen im Mittleren Osten und Nordafrika betroffen. Sie beteiligen sich aktiv an den stattfindenden Kämpfen. Aber bei jedem Machtwechsel werden die Rechte von Frauen weiter abgebaut. In Kollaboration mit dem patriarchalen Herrschaftssystem werden Gewalt, Übergriffe und Vergewaltigungen als Mittel eingesetzt, um uns Frauen aus dem politischen und öffentlichen Bereich und den Entscheidungsgremien rauszudrängen. Unser Geschichtsbewusstsein und unsere Erfahrungen zeigen, dass radikale Religiosität und auf der Vorstellung eines monistischen Nationalstaates beruhender Laizismus zu den grundlegenden Gefahren

für die Freiheit von Frauen gehören. Ein Hauptthema unseres Kampfes ist deshalb, unseren Kampf gegen diese beiden Modelle zu verstärken und den gegenwärtigen Veränderungsprozess in eine Frauenrevolution umzuwandeln. Keine Ideologie, Religion oder Glaubensrichtung darf als Druckmittel gegen Frauen verwendet werden. Die Wahl einer Frau bezüglich ihrer Lebensweise oder ihrer Kleidung darf zu keiner Form von Diskriminierung führen oder ihre sozialen, politischen, Bildungs- oder Arbeitsrechte einschränken.

Wir erklären, dass wir gegen Vergewaltigung, Steinigung, weibliche Genitalverstümmelung, Frauenmorde, staatliche und patriarchale Männergewalt gegen Frauen kämpfen werden, genauso wie gegen die neoliberale Politik, die Frauen in unsichere Arbeitsverhältnisse drängt. Wir teilen außerdem mit, dass wir gemeinsame Aktivitäten starten werden, um eine internationale Öffentlichkeit zur Unterstützung von Frauen herzustellen, die von der Todesstrafe bedroht sind. Gemeinsam werden wir gegen Folter und Misshandlungen in Haft kämpfen.

Wir stellen uns gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft, Ideologie, religiöser Überzeugung, sexueller Identität und Orientierung. Auch die Rechte derjenigen ohne religiöse Überzeugung müssen verteidigt werden. Alle Völker haben das Recht, ihre Muttersprache zu bewahren und zu verteidigen. Das Recht auf Bildung und Leben in der Muttersprache gehören zu den Forderungen von Frauen.

Wir sind gegen jede Form von Besatzung und äußerer Intervention. Wir glauben daran, dass nationale und soziale Kämpfe nicht von dem Kampf für Frauenrechte getrennt werden können und dass diese Kämpfe zusammen geführt werden müssen.

Wir lehnen das mono-nationalstaatliche Modell ab und schlagen ein demokratisch-pluralistisches Nationenmodell vor. Gegen die imperialistische Politik kämpfen wir für die Geschwisterlichkeit der Völker. Der Kampf gegen Faschismus und jede Art der Diktatur gehört zu unserer Grundhaltung. Wir erklären, dass wir bis zur Freilassung aller aus politischen Gründen inhaftierten Frauen, die sich in den auf der Konferenz vertretenen Ländern für unsere Rechte, unsere Freiheit und Demokratie einsetzen, auf politischer, juristischer und demokratischer Ebene weiterkämpfen werden. Wir rufen die Regierungen dazu auf, diese Gefangenen unverzüglich freizulassen.

Wir erklären hiermit den 9. Januar, an dem die kurdischen Politikerinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris ermordet wurden, im Gedenken an alle Frauen, die in den auf der Konferenz vertretenen Regionen im politischen Kampf ihr Leben verloren haben, zum gemeinsamen Aktionstag gegen politische Morde.

Als Frauen meinen wir, dass Friedensverhandlungen nicht zu einem wirklichen Friedensaufbau führen können, wenn nicht eine gleiche und auf Geschlechtergleichberechtigung beruhenden

Stellungnahmen zur ersten Frauenkonferenz des Mittleren Ostens der DÖKH

Aysel Tuğluk, Kovorsitzende des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK), Amed:

»Als Frauen mögen wir vielleicht an verschiedenen Orten leben, doch unsere Probleme sind die gleichen. Es ist wichtig, dies im Hinblick auf die Zukunft richtig zu analysieren. Was wir als kurdische Frauen erreicht haben, haben wir durch den Kampf erreicht. Denn die bisherigen Gesellschaftssysteme basieren auf der Leugnung der Frau. Wir haben dieses System als kurdische Frauen ernsthaft hinterfragt und unseren Widerstand auf dieser Kritik aufgebaut. So haben wir eine Frauenideologie geschaffen.«

Rabab Ibrahim Abdulhadi, Dozentin an der San Francisco State University und Gewinnerin des Nationalen Arabisch-Amerikanischen Buchpreises 2012, Palästinenserin:

»Dass Frauen aktiv am palästinensischen Kampf teilnehmen, hat auch die Situation der palästinensischen Frau weitergebracht. Frauen haben mehr Rechte im juristischen Sinne erlangt. Beispielsweise haben wir erreicht, dass eine alleinerziehende Frau ihrem Kind ihre nationale Identität weitergeben kann. Zudem gibt es in unserem Vorstand genauso viele Frauen wie im US-Kongress. Aus diesem Grund haben palästinensische Frauen durch ihre Teilnahme am Freiheitskampf auch ihren Rechten als Frauen ernsthaft einen Weg gebahnt. Wenn wir uns die Situation der Frauen in dieser Region anschauen, sehen wir eine extrem ungerechte Machtverteilung. Doch die kurdische Frauenbewegung in dem von der Türkei kolonialisierten Kurdistan ist äußerst weit entwickelt in dieser Hinsicht. Gleichzeitig haben die kurdischen

Frauen sich in vielen Bereichen weit entwickelt, beispielsweise vieles auf bemerkenswerte Art und Weise analysiert. Wie die kurdischen Frauen wissen die palästinensischen Frauen genau, was sie wollen und dass sie dafür kämpfen müssen. Sie sind sich des politischen Kontexts bewusst, dass Kinder in Gefängnisse gesteckt und Menschen getötet werden. Diese Art von Konferenzen und Tagungen sind Orte, an denen den Stimmen von Frauen Gehör verschafft wird. Frauen schweigen in Anwesenheit von Autoritätspersonen, also von Männern. Der Ort, an dem die Frau dem Mann sagen kann: »Stopp, hier haben wir das Sagen«, ist der Ort, an dem die Frau gestärkt wird.«

Malalai Joya, afghanische Aktivistin, Autorin und ehemalige Parlamentarierin, Afghanistan:

»Es war für mich sehr wertvoll, für die afghanischen Frauen, die entsetzliches Leid ertragen müssen, hierherzukommen. Außerdem war es für mich eine Quelle der Inspiration, den Kampf der kurdischen Frauen kennenzulernen.

In Afghanistan gibt es gesetzlich drei politische Strukturen. Sie alle sprechen die Sprache des Islams und bauen auf dem Islam auf. Aus diesem Grund decken auch diese Strukturen, wie überall sonst auf der Welt, die Verbrechen an Frauen in der Partnerschaft. Seit kurzem wird versucht, einige Änderungen am Gesetz vorzunehmen. All diese Änderungen sind gegen Frauen gerichtet. Eine der wichtigsten ist das Herabsetzen des legalen Heiratsalters von achtzehn Jahren auf neun Jahre. Sie versuchen, Zwangssehen legitim aussehen zu lassen. Sie versuchen es wieder zu legalisieren, dass ein Mann vier Ehefrauen haben

de Vertretung von Frauen gewährleistet ist. Deshalb laden wir alle Frauen ein, verstärkt für die Repräsentation von Frauen in Friedensverhandlungen zu kämpfen. Wir unterstützen die Friedensgespräche, die zwischen Abdullah Öcalan als Vertreter des kurdischen Volkes und dem türkischen Staat eingeleitet wurden. Wir erklären, dass wir uns einsetzen werden, damit aus diesen Verhandlungen Resultate hervorgehen, die den Freiheitsforderungen des kurdischen Volkes entsprechen. Wir fordern Freiheit für Abdullah Öcalan. Wir unterstützen den Kampf um Rechte und Freiheit in Kurdistan, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts von vier Staaten kolonialisiert wurde. Wir Frauen betrachten die Frage der Befreiung des kurdischen und des palästinensischen Volkes und der palästinensischen Flüchtlinge als Hauptprobleme im Mittleren Osten. Ohne die Freiheit dieser beiden Völker kann es in der Region keinen wirklichen Frieden geben. Wir unterstützen den Befreiungskampf des palästinensischen und des kurdischen Volkes und aller anderen Völker. Wir erinnern an das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Wir erklären, dass wir den Kampf des palästinensischen Volkes für das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und die Befreiung des palästinensischen Territoriums gegen den Zionismus unterstützen.

Wir fordern die Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen Zeynep Celaliyan; der tunesischen Aktivistin Amina, die inhaftiert wurde, weil sie sagte »mein Körper gehört mir«; der palästinensischen Anführer Ahmad Sa'adat und Marwan

Barghuthi sowie des Menschenrechtsaktivisten Abdulhadi al-Khawaja aus Bahrein.

Als Frauen lehnen wir politisch, ideologisch und ethnisch begründete Diskriminierung hinsichtlich der Rechte und Freiheit von Frauen ab. Wir erklären, dass wir unabhängig von der politischen Meinung und ideologischen Herangehensweise gemeinsam gegen unsere gemeinsamen Probleme kämpfen werden, mit denen wir aufgrund unseres Frauseins konfrontiert sind. Deshalb werden wir zeitgleich eine gemeinsame Kampagne gegen staatliche und patriarchale Gewalt durchführen, um damit die gegen Frauen gerichtete Gewalt im öffentlichen und privaten Raum sichtbar und bekannt zu machen. Als Zeitpunkt schlagen wir den 25. November vor, den Kampftag gegen Gewalt an Frauen.

Wir werden uns auch gegen die Zerstörung der Natur und unserer kulturellen Geschichte durch Besatzung und Krieg stellen.

Die Konferenz stellt für uns Frauen eine neue Ausgangsbasis für einen internationalen gemeinsamen Kampf gegen die Herrschenden, die Diktatoren und das patriarchale Herrschaftssystem dar. Es liegt an uns, diese Grundlage kontinuierlich zu stärken. Wir Frauen vertrauen uns selbst und wir sagen, dass es Frauen sein werden, die dieser Region den Frieden bringen.« ♦

kann. Tatsächlich zeugen diese Entwicklungen von Faschismus und der Gewalt an Frauen. Die Türkei hilft diesen korrupten Gruppen in Afghanistan. Aus diesem Grunde sind wir sehr glücklich, wenn wir die freundschaftliche kurdische Opposition in der Türkei sehen, die ebenfalls nach Freiheit strebt. Wenn sich Regierungen gegen uns richten, müssen wir uns gegen sie mobilisieren. (...) Ich glaube nicht, dass die US-Streitkräfte im Jahr 2014 abziehen werden. Sie versuchen nun, die Taliban für den Frieden einzusetzen. Doch dieser Nachkriegszustand wird in Afghanistan eine schrecklichere Phase als den Krieg hervorrufen. Wenn die Taliban an die Macht kommen, geraten Frauen zwischen die Fronten zweier blutiger Mächte. (...) Diese Konferenz ist wichtig, um ein globales Netzwerk zu kreieren. Das ist mir wichtig. Wir müssen sowohl die Solidarität zwischen uns wie auch unsere Verbindungen mit der Außenwelt stärken.«

Hamide Yüksel, Aktivistin der Bewegung Demokratischer Freier Frauen (DÖKH), Amed:

»Wir haben diese Konferenz organisiert, um die einzigartigen Fragen der Frauen zu diskutieren, und wir haben unser Ziel erreicht. Auch wenn wir in verschiedenen Regionen leben, unsere Sprachen und Hautfarben unterschiedlich sind, gibt es Elemente, die uns als Frauen zusammenbringen. Wir wollten uns zusammenschließen, um gemeinsame Lösungen zu finden, um eine Einheit zu formen. Für den Austausch von Erfahrungen von Frauen im Mittleren Osten war die Konferenz in jeder Hinsicht sehr produktiv.«

Fatma Gök, Kovorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Istanbul:

»Ich denke, dass sich die Frauen nach der Konferenz besser verstanden haben. Diese historische und wichtige Konferenz hat alle Völker Mesopotamiens und Anatoliens zusammengebracht. Der Mittlere Osten ist eine Region voller Besatzung und Zerstörung. Ich finde diese Konferenz wichtig, weil sie dazu beigetragen hat, den Widerstand der Frauen zu vereinen, um damit die verschiedenen Methoden, mit denen Frauen in dieser Region unterdrückt werden, aufzuheben.«

Hüda Kaya, Schriftstellerin, Antikapitalistische Muslime, Ankara:

»Frauen im Mittleren Osten haben viele ernste Probleme. Das Mittelalter, in dem Frauen als »Hexen« verbrannt wurden, unterscheidet sich kaum von den heutigen Verbrechen an Frauen unter Konzepten wie »Ehre« oder »Ehrenmord«. (...) Hätten Frauen größeren Anteil an der Konstruktion unserer Welt gehabt, wäre sie nicht in diesem Zustand. Durch diese Konferenz habe ich mehr Hoffnung für den Mittleren Osten geschöpft.«

Isaac Samiaran, Mitglied der Assyrischen Demokratischen Union, Schweden:

»Das Christentum hat eine wichtige Rolle beim Aufstand des assyrischen Volkes gespielt. Am meisten sind Frauen von der fortlaufenden Unterdrückung des assyrischen Volkes betroffen. Der Druck des Osmanischen Reiches auf die Völker in Mesopotamien hat die Frau marginalisiert. Nicht nur Kurdinnen, sondern viele weitere Frauen, die Volksgruppen und Glaubensrichtungen angehörten wie der armenischen und assyrischen, fielen religiöser Unterdrückung zum Opfer.«

Warum »sogar« die kurdische Jugend den Feminismus braucht

Jin Jiyan Azadî

Dilar Dirik

Ich war sechzehn, als ich auf dem Weg nach Straßburg im Bus saß, um vor dem Europäischen Rat zu protestieren. Mit all den anderen kurdischen Jugendlichen in der hinteren Hälfte des Busses sitzend, traf ich zwei Schwestern und ihren Bruder. Sie waren alle etwas älter als ich, der Junge war der jüngste von ihnen. Er interessierte sich für das Mädchen auf dem Sitz hinter ihm, er machte kein Geheimnis daraus. Dies wäre kein ungewöhnliches Szenario gewesen, wenn da nicht seine um ein paar Jahre ältere Schwester, die neben mir saß, heimlich SMS-Nachrichten getippt und das Handy dann an den Jungen hinter ihr gereicht hätte – so, dass ihr Bruder dies nicht mitbekam. Als wir an einer Tankstelle eine Pause einlegten, fragte ich sie, was es mit der Heimlichtuerei denn auf sich hätte. Sie sagte, dass ihr Bruder es ihr nicht erlaube, mit Jungs zu sprechen. Ich verstand nicht. Was war denn daran falsch, sich mit einem Freund zu unterhalten? Jeder im Bus war in lässige Gespräche verwickelt, das ist ja auch ganz normal! Woher nimmt sich ihr feudalgelassener jüngerer Bruder denn das Recht, vor den Augen aller locker herumzufirten, während er nicht erlaubt, dass seine ältere Schwester ein normales, menschliches Gespräch führt?

Oft stößt man auf kurdische Jugendliche, die trotz der Bestrebungen der kurdischen Bewegung, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu etablieren, traurige Geschlechterstereotype aufrechterhalten und als perfekte Rädchen im Getriebe der frustrierenden sexuellen Diskriminierung dienen. Obwohl die kurdische Jugend sehr gesellschaftskritisch und politisiert ist, steckt in vielen jungen Köpfen noch ein feudaler Patriarch. Vor ein paar Monaten war ich völlig schockiert, als ich hörte, wie dieses kluge kurdische Mädchen mir sagte, dass ihr Freund sie zwingt, Bilder von sich selbst zu schießen, bevor sie das Haus verlässt, damit er immer weiß, was sie trägt. Denn er muss damit einverstanden sein ... Sie schien Schwierigkei-

ten damit zu haben zu verstehen, warum ich sein Verhalten als eine widerwärtige Verletzung ihrer persönlichen Freiheit empfand. Als ich ihr sagte, dass sie seinen unglaublich lächerlichen Forderungen nicht nachkommen müsse, sagte sie: »Oh, schau Dich mal an, Du bist ja voll radikal! Voll die Feministin!«

Natürlich ist diese ungesunde Mentalität nicht angeboren. Kinder lernen diese Gedanken von ihren Eltern und ihrem Umkreis und üben diese Verhaltensweisen in ihrem Werdegang aus. Als ich letztes Jahr nach dem Besuch der 15 Hungerstreikenden aus Straßburg zurückkam, faselte ein selbstgerechter Mann am Mikrofon des Busses über Frauenrechte – und das auf eine schamlos ignorante und verachtende Art und Weise. Er sprach über seine Frau, die offenbar am Morgen erkrankt und zu Hause geblieben war; er sagte, dass dies ihre Ausrede gewesen sei, um nicht auf die Demo gehen zu müssen, dabei amüsierte er sich absolut köstlich. Als hätte die öffentliche Demütigung seiner Frau nicht ausgereicht, fuhr er fort: »Wisst Ihr, ich bin ja für die Rechte der Frau, aber ich habe noch nie in meinem Leben Geschirr gespült!« Er machte eine spannende Pause, in der Erwartung, dass jeder Passagier losprustet. Dann

setzte er noch einen drauf: »Also meine Frau und ich sind einen Kompromiss eingegangen. Ich sagte ihr, dass ich ihr für jedes Buch, das sie liest, ein Stück Gold kaufen werde! Ha Ha.« Zufälligerweise hatte ich eine Kopie von Anja Flachs »Frauen in der kurdischen Guerilla« in meiner Tasche. Fast wäre ich aufgestanden, um ihm das Buch ins Gesicht zu pfeffern.

Worauf ich mit diesen Anekdoten hinauswill ist, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der wir das Patriarchat oft nicht in Frage stellen und uns so stark auf den nationalen Aspekt der Befreiung konzentrieren, dass wir manchmal die Tatsache, dass wir die Hälfte unserer eigenen Art versklaven, vernach-

WIR LEBEN IN EINER
GESELLSCHAFT, IN DER
AUCH MÄNNER, DIE SICH
ALS DEMOKRATISCH UND
Fortschrittlich begreifen,
ihre sexistischen
Einstellungen, die Frauen
degradieren, nicht
verstecken können.

lässigen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der auch Männer, die sich als demokratisch und fortschrittlich begreifen, ihre sexistischen Einstellungen, die Frauen degradieren, nicht verstecken können. Selbst dieser in Vereinskreisen respektierte Mann ließ solch sexistischen, paternalistischen Bemerkungen in aller Öffentlichkeit ab. Das eigentlich Schlimme ist, dass er sich seiner frauenfeindlichen Sprache wahrscheinlich nicht bewusst war. Für ihn sind Frauenrechte ein Lippenbekenntnis, das er in diesem politischen Umfeld leisten muss, obwohl er sich wohl kaum kritisch mit der Geschlechterfrage auseinandergesetzt hat. Das Gefühl des Anspruchs auf eine privilegierte soziale Position, die Art, mit der viele Männer auf Frauen herabschauen, ist schrecklich. Es ist noch beunruhigender zu sehen, wie viele von uns Frauen und Mädchen dazu gebracht worden sind, dies als die natürliche Ordnung des Lebens zu akzeptieren.

Es ist wirklich erschreckend, mit welcher Fahrlässigkeit viele in unserer Gesellschaft den ungeheuren Missbrauch von Frauen, wie häusliche Gewalt, Vergewaltigungskultur, Ehrenmorde und Kinderheirat, hinnehmen. Wo positionieren wir uns im Menschenrechtsdiskurs, wenn wir uns selbst in Brand stecken, um für unsere nationale Befreiung die Aufmerksamkeit der Medien auf uns zu ziehen, es aber diskret dem privaten Ermessen einer Familie überlassen, wenn sie sich dazu entscheidet, ihre Tochter zu lynchen, weil diese sich verliebt hat? Das häufige Argument, dass Eltern ihre Kinder vor dem »Schlechten« schützen müssen, wirkt sehr heuchlerisch, wenn dieselben Eltern kein Problem damit haben, ihre Töchter an einen Fremden zu verheiraten und sie mit keinerlei Rücksicht auf ihre Würde und Autonomie im Leben aus ihrer gesamten Umgebung herauszureißen ...

Das Patriarchat ist verantwortlich für viele Dinge, die unsere Gesellschaft davon abhalten, fortgeschrittener und erfüllender zu sein, als sie sein könnte. Ehrenmorde, Zwangsehen, wir alle kennen schauerliche Geschichten von Frauen, die zum Opfer werden, weil ihr Leben weniger wertgeschätzt wird als das eines Mannes oder als die »Ehre« der Familie. Doch Sexismus und Frauenfeindlichkeit fangen nicht erst mit einem Ehrenmord an, sondern schon bei der Annahme feudaler Jungen und Männer, über die Verhaltensweisen und Körper von Frauen bestimmen zu können – seien es die ihrer Mütter, Ehefrauen, Freundinnen, Schwestern oder die wildfremder Frauen auf der Straße. Wie können wir es wagen, nationale Freiheit zu verlangen, wenn die Mehrheit unserer Frauen überhaupt keine Autonomie als solche in ihrem Leben hat? Vor allem vor Personen, die die nationale Freiheit über die Emanzipation der Frau stellen wollen, muss man sich hüten. Denn wenn wir Prioritäten setzen und eine »Hierarchie der Freiheit« erstellen, um die Freiheit der Frau der nationalen Unterdrückung zu unterstellen, wird unsere nationale Freiheit unter einem sexisti-

schen Stern stehen. Der Zusammenhang zwischen nationaler Freiheit und der Freiheit der Frau muss vor allem der neuen Generation deutlicher werden.

Viele Menschen weichen in der Regel aus, wenn sie etwas über den Feminismus hören. Angetrieben von dem stereotypen Bild, das die Medien und ängstliche Patriarchen von Feministinnen gezeichnet haben (hässlich, depressiv, wütend und männerfeindlich), ignorieren viele aufgrund ihrer Vorurteile die Raffinesse und Vielfalt, die der Feminismus weltweit beinhaltet. Der Feminismus der dritten Welle ist ein reicher, kulturell und ethnisch vielfältiger, geschlechteroffener Ansatz, der sich nach den besonderen Bedürfnissen und Interessen von Frauen auf der ganzen Welt richtet. Er setzt sich für soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Gleichheit und den Frieden ein. Das scheint eigentlich wie gesunder Menschenverstand zu klingen. Leider zeigt unsere alltägliche Erfahrung, welch langen Weg der Feminismus in unserer Gesellschaft, trotz all der Mühen der Frauenbewegung, noch zu gehen hat.

FRAUEN WIE SAKINE CANSIZ SIND ZUM SYMBOL DES FEMINISMUS DER KURDISCHEN BEWEGUNG GEWORDEN. DIESER KAMPF GEGEN UNGLEICHHEIT UND UNTERDRÜCKUNG IN ALLEN FORMEN HAT EBENFALLS SEHR VIELE MÄNNER DAZU ANGEREGT, IHRE SOZIALEN PRIVILEGIEN ABZULEGEN UND DIE FRAU ALS EBENBÜRTIGE KAMERADIN ZU AKZEPTIEREN.

Interessanterweise zeugt die kurdische Geschichte von vielen progressiven Haltungen gegenüber Frauen, vor allem im Vergleich zu anderen Gesellschaften im Nahen Osten. Es gab in der Geschichte Kurdistans viele weibliche Führungspersonlichkeiten, die in ihren Gemeinden sehr angesehen waren. Wirft man heute einen Blick auf das Geschlechterverhältnis des türkischen Parlaments, fällt auf, dass die kurdische BDP die größte Frauenquote vertritt. Die Parteipräsidentschaft wird zwischen einer Frau und einem Mann, also zwei Kovorsitzenden, aufgeteilt. Türkische Journalisten, die nicht einmal Sympathie für die kurdische Bewegung hegen, räumen ein, dass kurdische Frauen die wohl lebendigsten Kämpferinnen gegen das Patriarchat sind. Die Frauen in der PKK kämpfen neben dem nationalen Befreiungskampf an einer zweiten Front gegen den Sexismus und die Frauenfeindlichkeit, die in unserer patriarchalischen Gesellschaft so weit verbreitet sind. Frauen wie Sakine Cansiz sind zum Symbol des Feminismus der kurdischen Bewegung geworden. Dieser Kampf gegen Ungleichheit und Unterdrückung in allen Formen hat ebenfalls sehr

viele Männer dazu angeregt, ihre sozialen Privilegien abzulegen und die Frau als ebenbürtige Kameradin zu akzeptieren. Denn wir können nicht ernsthaft für eine freie Gesellschaft eintreten, solange kurdische Frauen in die häusliche Sphäre gedrängt werden.

Doch diese Fortschritte bedeuten nicht, dass unser Weg hier aufhört. Wir dürfen uns nicht auf dem bereits Erreichten ausruhen. Das Patriarchat wird leider noch von vielen kurdischen Männern verteidigt – und traurigerweise auch von Frauen. Es wurde von fast jedem Mitglied unserer Kultur verinnerlicht, so dass es eine große Anstrengung erfordert, sich seiner Absurdität, seines Missbrauchs bewusst zu werden. Sogar diejenigen, die sich als demokratisch bezeichnen, beherbergen feudale Gefühle in ihren Hinterköpfen. Viele würden wahrscheinlich zustimmen, dass Ehrenmorde eine Grausamkeit sind, aber sie würden immer noch zugeben müssen, dass sie einen Sohn einer Tochter vorziehen würden.

DASS KURDISCHE JUNGEN OFT HYPERMASKULINE VORSTELLUNGEN VON SICH SELBST HABEN, BEI VIELEN DEMONSTRATIONEN AUCH ALS TESTOSTERONGELADENE HARTE KERLE AUFKREUZEN, WÄHREND SIE DEN DURCH MAKE-UP KOMPLETT TRANSFORMIERTEN GESICHTERN DER ABSATZTRAGENDEN MÄDCHEN VIELSAGENDE BLICKE ZUWERFEN, BIETET OFT EINEN RECHT THEATRALISCHEN EINBLICK IN EINE PROBLEMATISCHE REALITÄT.

Es ist besonders traurig, dass es oft schon Teenager sind, die sich selbst mit männerdominierten Geschlechterstrukturen gegenseitig unter Druck setzen. Sie glauben, nur dann in ihrem Umfeld akzeptiert zu werden, wenn sie sich an solche konservativen Ideen binden. Aber so gewinnt dieses unterdrückende System, das Frauen immer an Männer und Männer immer an aggressive Maskulinität binden wird. Das Patriarchat ist nämlich eine Ausbeutung der Macht, die einer privilegierten Gruppe, in diesem Fall den Männern, zur Verfügung steht. Ungerechte Machtverhältnisse zerstören zu wollen ist der kurdischen Jugend bekannt, doch sie muss erkennen, dass Machtmissbrauch nicht nur zwischen Völkern und Staaten, Armen und Reichen etc. passiert, sondern überall auf der Welt auch zwischen Frauen und Männern.

Anstatt sich kritisch mit solchen diskriminierenden gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen, nähren viele Jugendliche das sexistische Monster mit ihren aus der Luft ge-

griffenen Weisheiten und setzen nicht nur sich selbst, sondern auch ihr Umfeld unter Druck. Eine unangenehme Gruppendynamik entsteht, in der Mädchen sich und ihren »Wert« daran messen, wie sie mit Jungs umgehen und andere Mädchen laufend kritisieren, während sich die Jungs als Sultane dieses Systems ein Idealbild ihrer Traumfrau zurechtschneiden, ohne sich selbst in Frage zu stellen. Dass kurdische Jungen oft hypermaskuline Vorstellungen von sich selbst haben, bei vielen Demonstrationen auch als testosterongeladene harte Kerle aufkreuzen, während sie den durch Make-up komplett transformierten Gesichtern der absatztragenden Mädchen vielsagende Blicke zuwerfen, bietet oft einen recht theatralischen Einblick in eine problematische Realität.

Eines der wichtigsten Kernelemente der kurdischen Bewegung, das sie so erfolgreich und volksnah gemacht hat, ist ihr Feminismus. Hierbei ist Feminismus nicht als bourgeoise westliche Elite-Bewegung zu verstehen, sondern allgemein als »die ›radikale‹ Annahme, dass Frauen Menschen sind«. Dass Frauen in Serhildans (Volksaufständen), in den Vorständen lokaler politischer Strukturen, im Parlament und in den Bergen aktiv sind, ist nicht zuletzt durch die ständige, kompromisslose Forderung kurdischer Frauen zustande gekommen, in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt teilzunehmen. Dieses Erbe durch sexistisches Handeln, durch frauenfeindliche Musik und Witze im Alltag zunichtezumachen, wäre äußerst schade.

Auch wenn die kurdische Jugend sich oft in Identitätskrisen befindet und in vieler Hinsicht ausgeschlossen wird, darf sie keinen Trost in sexistischen Verhaltensweisen suchen, um die eigene Unterdrückung (als Kurden und als Ausländer) durch die Unterdrückung von Frauen zu kompensieren. Die kapitalistische Moderne, die Frauen zu Sexobjekten und kommerzieller Ware reduziert, darf nicht gewinnen. Wenn die Pornoindustrie, Prostitution und unrealistische, ungesunde Schönheitsideale eine Art der Ausbeutung der Frau sind, ist die Unterdrückung der Frau durch den Ehrbegriff, der ihren Körper und ihre Autonomie kontrollieren will, nur ein anderer Ausdruck des Patriarchats, der Frauen zu Sklavinnen der Männer macht. Die Jugend ist natürlich von ihrer Kultur und Erziehung geprägt, doch sie muss sich bewusst werden, dass einer der revolutionärsten Schritte, die man wagen kann, der ist, als Mann seine privilegierte Gesellschaftsstellung zu hinterfragen und abzulehnen und als Frau ihre Position als vielschichtig Unterdrückte zu lösen und sich trotz der gesellschaftlichen Hindernisse zu emanzipieren.

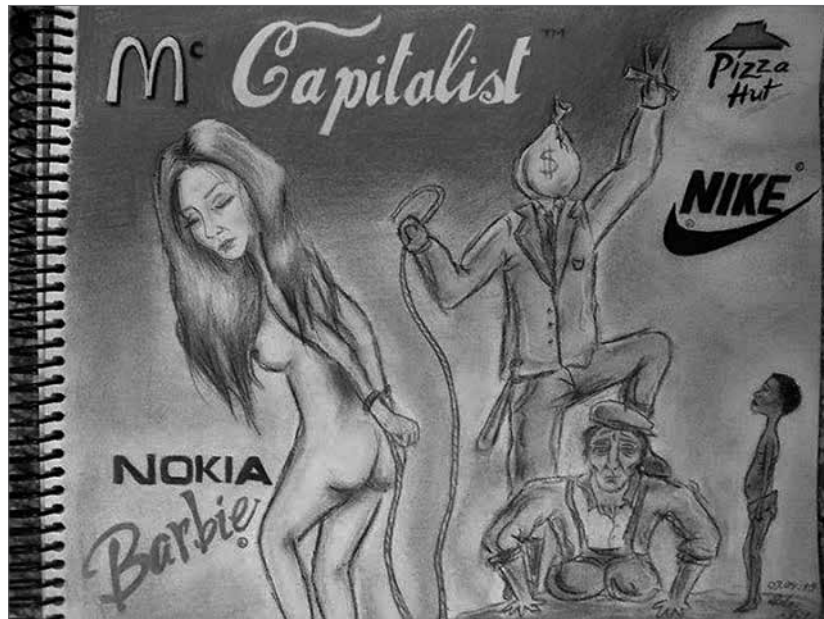
Ich möchte nicht, dass die Leute meiner Cousine, die in eine andere Stadt gezogen ist, um dort zu studieren, vorwerfen, dass »sie ihre Freiheit wollte« – als wäre das irgendwie etwas Schlechtes. Ich will nicht, dass meine Freundinnen zu Hause

bleiben, anstatt auf eine Demonstration oder ein Festival zu gehen, weil ihre Freunde ihnen das vorschreiben. Ich will nicht sehen, wie ein 14 Jahre altes kurdisches Mädchen auf Facebook einen ätzenden Spruch wie »Egal wie teuer dein Hochzeitskleid ist, ohne die rote Schleife ist es nichts wert« postet (wie dringt so etwas überhaupt in so einen jungen, naiven Kopf?!). Ich will nicht, dass Mitglieder meiner Gemeinschaft zu Heuchlern werden, indem sie im öffentlichen Leben für das Ideal der Freiheit und der Gleichheit kämpfen, dann aber abends nach Hause kommen und ihre Frauen und Kinder schlagen.

Kulturelle Konventionen müssen in ihrem individuellen Kontext beurteilt werden und Revolution kann nicht über Nacht passieren, aber viele Männer in unserer Gesellschaft finden Trost in ihrer autoritären Position. Sie haben die Frechheit, faschistische Regierungen, die über sie herrschen, zu kritisieren, obwohl sie dieselbe Ungerechtigkeit ihren intimen Partnern und ihren Nachkommen antun. Wir können keine Gleichheit verlangen, wenn wir die Mehrfachdiskriminierung der kurdischen Frau aufrechterhalten. Wir müssen den Faschismus im eigenen Haus und im Freundeskreis abschaffen.

Wir müssen Bildung, Kunst, kritisches Denken, Sport und Selbstvertrauen bei Mädchen fördern. Wir müssen aufhören, die Hälfte unserer Gesellschaft zu Opfern zu machen und damit beginnen, sie zu stärken. Aber wir müssen auch die Jungen dazu erziehen, die Privilegien, die sie genießen, zu hinterfragen. Sie lehren zu verstehen, dass sie Frauen nicht behandeln können, wie sie wollen. Dass die gesamte patriarchalische Gesellschaft ein soziales Konstrukt ist, das mehr zerstört als erschafft, weil es Frauen unter Narkose hält.

Wir müssen aufhören, die ungerechte Behandlung von Frauen in unserer Gemeinde mit »So ist unsere Kultur nun mal eben« zu entschuldigen. Wenn Kultur dazu dient, einem Menschen das Gefühl zu geben, in seiner Gemeinschaft aufzu-



Capitalism von Dilar Dirik
<http://dilar91.blogspot.co.uk/2012/07/the-problem-with-beauty-pageants-in.html>

gehen und seinem oder ihrem Leben einen bedeutungsvollen Rahmen zu geben, dann sollte sie Menschen, die ihr Leben in vollen Zügen genießen wollen, nicht einschränken. Was ist Kultur, wenn nicht unser eigenes menschliches Konstrukt? Wir können verändern und gestalten, wie unsere Gesellschaft aussehen soll. Auch wenn wir nicht über Nacht ganze Regierungen stürzen können, können wir zumindest den Kopf des abartigen Patriarchen abschlagen, der in den Gedanken vieler von uns schlummert wie ein Parasit, der sich von Testosteron ernährt. »Eine Nation kann nur frei sein, wenn die Frau befreit ist.« Wiederholt das immer und immer wieder, bis es Euren feudalen Verstand ersetzt. ♦

Dilar Dirik, geboren 1991, hat Geschichts- und Politikwissenschaften studiert und den Master in Internationalen Studien. Das Thema ihrer Masterarbeit lautet »Die Rolle der Frau in der Ideologie und Organisation der PKK«. Sie schreibt regelmäßig für die »Kurdistan Tribune« und »Your Middle East«. Auf ihrem Blog »Peace in, peace out« finden sich weitere Texte: <http://dilar91.blogspot.co.uk/>

Gibt es überhaupt ein wirkliches Interesse an einer Friedenslösung?

Ulla Jelpke, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Anfang April feierten Kurdinnen und Kurden aus Berlin auf dem Alexanderplatz den Geburtstag des Gründers der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan. Mit der öffentlichen Geburtstagsfeier sollte zugleich der Hoffnung auf Frieden in Kurdistan Ausdruck gegeben werden. Schließlich hatte der weiterhin in Isolationshaft auf der Insel Imralı gefangene Öcalan nach geheimen Verhandlungen mit dem Staat am Newroz-Tag im März zu einem Rückzug der Guerilla aus der Türkei aufgerufen, um für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage den Weg zu bereiten. Die fröhliche Feier mit Musik und Tanz vor dem Roten Rathaus endete mit einem Polizeieinsatz. Die Moderatorin wurde von mehreren gepanzerten Polizisten zu Boden gerissen und festgenommen. Ihr angebliches Vergehen: Sie hatte den anlässlich seines Geburtstags geehrten Öcalan mit der Parole »Bijî serok Apo!« hochleben lassen. Diese weit über den engen Kreis der PKK-Mitglieder hinaus gebrauchte Parole, die etwa zum Newroz-Fest in Amed (Diyarbakır) von Hunderttausenden skandiert wurde, bedeutet »Es lebe der Vorsitzende Apo« (Apo bedeutet Onkel und ist der Spitzname Öcalans). Dass ebendieser Apo nun vom türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan als Schlüsselfigur für den Frieden bezeichnet und als offizieller Verhandlungspartner akzeptiert wurde, haben die Berliner Polizisten wohl noch nicht mitbekommen. Oder vielmehr haben sie trotz des beginnenden Friedensprozesses in der Türkei von deutscher Regierungsseite keine Weisung bekommen, ihr bisheriges Verhalten gegenüber Anhängern der kurdischen Freiheitsbewegung zu ändern.

Warum PKK-Verbot?

Warum trotz der auch von Bundesaußenminister Guido Westerwelle begrüßten Friedensgespräche zwischen Öcalan und türkischen Regierungsvertretern in Deutschland diese Parole »Bijî serok Apo!« weiterhin polizeilich und justiziell verfolgt wird, wollte ich in einer schriftlichen Frage von der Bundesregierung wissen. Die auf die Frage nach der Parole gar nicht erst eingehende Antwort von Innenstaatssekretär Ole

Schröder (CDU) am 22. Mai ist bezeichnend: »Die Bundesregierung verfolgt die Gespräche türkischer Regierungsstellen mit Vertretern der PKK mit großem Interesse. Derartige Gespräche haben aus Sicht der Bundesregierung derzeit keine Auswirkungen auf die Unterbindung von Aktivitäten einer in Deutschland verbotenen und auf der EU-Terrorliste gelisteten Organisation. Darum handelt es sich bei der PKK nach wie vor.«

Liest man diese Antwort, so könnte man meinen, das PKK-Verbot habe nichts mit den Entwicklungen im Nahen Osten zu tun. Offenbar kann sich die Bundesregierung nach fast 20 Jahren Betätigungsverbots gegen die PKK selbst gar nicht mehr an die damalige Verbotsbegründung erinnern. Als unmittelbarer Auslöser dieses Verbots hatten zwar »Anschlagswellen« auf türkische Einrichtungen in der Bundesrepublik als Reaktion auf die Bombardierung kurdischer Städte durch die türkische Armee gedient. Im Jargon der Verbotsverfügung heißt es wie folgt: »Die PKK/ERNK richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung. (...) Die von Anhängern/Sympathisanten der PKK/ERNK begangenen Straftaten in Deutschland und der Türkei mit dem Ziel, einen Teil des türkischen Staatsgebietes in einen noch zu gründenden kurdischen Staat zu überführen, erfüllen diese Voraussetzungen. Die Straftaten stören das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken sowohl in der Türkei als auch in Deutschland.« Neben diesem innenpolitisch motivierten Punkt folgt dann allerdings der eigentliche Verbotsgrund, nämlich eine Störung des Verhältnisses zur Türkei: »Die politische Agitation der PKK und ihr nahestehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht. (...) Diese Aktivitäten schädigen bereits heute Deutschlands Ansehen in der Türkei und die bilateralen Beziehungen erheblich.« »Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaublich machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben.« Ausdrücklich wurde erwähnt, dass türkische Stellen einschließlich der damaligen Ministerpräsidentin Tansu Çiller Deutschland beschuldigt hätten, »die

Bundesregierung dulde PKK-Aktivitäten auf deutschem Boden und kontrolliere sie nicht oder nur mangelhaft«.

Der Umgang deutscher Behörden mit dem PKK-Verbot hat sich seitdem zu einem bürokratischen Selbstläufer entwickelt. Denn eine positive Erfolgsbilanz kann die Bundesregierung selbst aus ihrer ordnungsstaatlichen Sicht nicht liefern, wie ihre Antworten auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zu »Maßnahmen gegen die Arbeiterpartei Kurdistans« vom April 2013 zeigen. Ganz offensichtlich ist es trotz des fast 20-jährigen Verbots, dem bereits ein mehrjähriger Terrorismusprozess gegen rund 20 kurdische Politiker vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht vorangegangen war, nicht gelungen, die Aktivitäten der kurdischen Befreiungsbewegung in Deutschland zu unterdrücken. Im Gegenteil: So soll sich nach Angaben des Verfassungsschutzes die Zahl der PKK-Mitglieder in Deutschland von 6900 im Verbotsjahr 1993 auf mittlerweile 13000 fast verdoppelt haben. Das jährliche Spendenaufkommen, das nach der Gefangennahme von Öcalan 1999 von zuvor zehn Millionen Euro jährlich auf fünf Millionen absank, liegt nach Schätzungen des Verfassungsschutzes wieder bei über acht Millionen.

Weitere Kriminalisierung der Kurden in der BRD

Mit Ali Ihsan Kitay im Februar 2013 ist erstmals ein mutmaßlicher PKK-Kader wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung nach dem Strafgesetzbuchparagraphen 129b verurteilt worden. Weitere Kurden stehen derzeit unter Terroranklage vor Gericht. Vergebens hatten die

Verteidiger in Kitays Prozess den Antrag auf Prüfung des völkerrechtlichen Status des Kurdistan-Konfliktes gestellt und argumentiert, es handle sich bei den bewaffneten Aktivitäten der PKK um einen durch das Völkerrecht gedeckten anticolonialen Befreiungskampf. Eine Einstufung als bewaffneter Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts setze »die Kenntnis konkreter Fakten des entsprechenden Falles voraus«, argumentiert dagegen die Regierung auf eine entsprechende Anfrage der Linksfraktion. »Die Bundesregierung nimmt eine solche Einstufung im vorliegenden Fall nicht vor.« Die damit eingestandene fehlende Kenntnis »konkreter Fakten« zum Kurdistan-Konflikt hinderte die Bundesregierung nicht daran, der Justiz die für Paragraph-129b-Verfahren benötigte Verfolgungsermächtigung zu erteilen.

Zwar räumt heute auch der Verfassungsschutz ein, dass die PKK in Deutschland weitgehend friedlich agiert, doch immer folgt der Zusatz, dies könne sich bei einer Verschärfung der Situation im Nahen Osten schnell wieder ändern. Diese – vom Geheimdienst unterstellte – latente Gewaltbereitschaft hängt also auch nach Meinung der Bundesregierung direkt mit der politischen Entwicklung in der Türkei und Kurdistan zusammen. Selbst nach ihrer eigenen Logik müsste die Bundesregierung also erkennen, dass Frieden in Kurdistan auch der inneren Sicherheit in Deutschland förderlich ist. Laut einer Meldung des Nachrichtenmagazins Focus von Anfang Juni prüfen deutsche Behörden derzeit den weiteren Umgang mit dem PKK-Verbot. Die Initiative kam demnach von der türkischen Regierung. »Die Türkei verlangt für ihren neuen Kurs gegenüber der PKK von Deutschland flankierende Maßnahmen«, erklärte ein hoher Staatsschutzbeamter gegenüber dem Focus. So hatte der

Kurdischer Aktivist in Berlin wegen »Unterstützung einer terroristischen Organisation im Ausland« zu drei Jahren Haft verurteilt

Am Dienstag, den 11. Juni, wurde der Kurde Vezir T. vom Kammergericht Berlin wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Organisation nach § 129b StGB zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren verurteilt. (...) Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Vezir T. im Zeitraum von 2007 bis 2008 als PKK-Gebietsverantwortlicher für die Großregion Sachsen tätig gewesen sei. Vezir T. war bereits im Mai 2000 wegen seiner politischen Aktivitäten zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) verurteilt worden.

In seiner mündlichen Urteilsbegründung würdigte das Gericht die jahrzehntelange Unter-

drückung der kurdischen Sprache und Kultur als mitverantwortlich für militärische Auseinandersetzungen in den kurdischen Gebieten. Die exzessive Gewalt des türkischen Militärs in Form von Dorfzerstörungen und illegalen Hinrichtungen habe erheblich zur Eskalation beigetragen. Eine Rechtfertigung für den bewaffneten Kampf der PKK ergäbe sich daraus aber nicht. Laut Gericht hätten sich große Teile der kurdischen Bevölkerung »aus purer Verzweiflung« der autoritären und vom Personenkult um Abdullah Öcalan geprägten PKK angeschlossen.

Auf die wesentliche Frage, ob die PKK einen rechtmäßigen Befreiungskampf im Sinne des internationalen Völkerrechts führe, ging das

Gericht wie schon in dem vorhergegangenen Prozess gegen Ali Ihsan K. in Hamburg mit lediglich zwei Sätzen ein: Die PKK hätte keinen Kombattantenstatus als bewaffnete Konfliktpartei, da dieser Status von niemandem anerkannt sei, sondern sich im Gegenteil die PKK auf den Terrorlisten verschiedener Institutionen befände. Die in der Türkei von der PKK begangenen Anschläge zeigten, dass diese als eine auf »Totschlag« ausgerichtete Gruppe nach § 129a zu betrachten sei, auch wenn sie politische Ziele verfolge. (...)

Aus der Erklärung von AZADÎ, Rechtshilfonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, 11. Juni 2013

DIE BUNDESREGIERUNG
WÄRE GUT BERATEN, SICH
NICHT LÄNGER GEGEN
DEN WIND DES FRIEDENS
UND DER VERSTÄNDIGUNG
ZU STELLEN, DER IN DER
KURDEN-FRAGE WEHT.

zuständige Unterabteilungsleiter im Bundesinnenministerium, Hans-Georg Engelke, gemeinsam mit leitenden Beamten des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes diesbezügliche Gespräche bei der türkischen Generalsicherheitsdirektion in Ankara geführt. Dort sei ihnen gesagt worden, dass die Türkei von Deutschland einen »gnädigeren Umgang« mit der PKK erwarte. Das Bundesinnenministerium wies diese Meldung nach Presseanfragen »klar« zurück. Eine Aufhebung des PKK-Verbots stünde nicht auf der Tagesordnung. Schon in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion hat die Bundesregierung im April zwar ausdrücklich Öcalans Aufruf zu einer Waffenruhe und dem Abzug der Kämpfer aus der Türkei als einen »großen Schritt hin zu mehr gegenseitigem Vertrauen« bezeichnet. Selbst sieht

die Regierung dagegen keinen Handlungsbedarf. »Die friedliche Überwindung des Kurdenkonflikts auf politischem Wege ist eine innertürkische Angelegenheit«, behauptet die Bundesregierung, obwohl sie die Spannungen seit Jahrzehnten durch Waffenlieferungen an die türkische Armee weiter angeheizt hat. »Analogien zur Situation in Deutschland ergeben sich deshalb nicht.« Solche Aussagen können als Indiz gewertet werden, dass die Bundesregierung trotz gegenteiliger Beteuerungen gar kein wirkliches Interesse an einer Friedenslösung in Kurdistan hat. Verwunderlich wäre dies nicht. Schließlich ist die Türkei seit langem eines der Hauptempfängerländer für Rüstungsexporte aus Deutschland. Und das Milliardengeschäft mit der tödlichen Ware floriert bekanntlich im Krieg am besten, während Frieden dem Profit der Waffenschmieden durchaus abträglich ist.

Verfolgung auch in anderen EU-Ländern

Mit einer solchen Blockadehaltung steht die Bundesregierung nicht allein da. Zu nennen ist hier insbesondere auch Frankreich, ein Land, dass in der Intensität der Verfolgung von Anhängern der kurdischen Freiheitsbewegung in den letzten Jahren darum bemüht schien, Deutschland den Rang abzulaufen. Dutzende kurdische Politiker wurden dort in den letzten Jahren unter dem Vorwurf der Terrorfinanzierung verhaftet. So befindet sich seit Oktober 2012 der Vorsitzende des Kurdistan Nationalkongresses (KNK), Adem Uzun, in französischer Untersuchungshaft. Am 9. Januar 2013 wurden die drei kurdischen Revolutionärinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan

und Leyla Şaylemez in den Räumen des Kurdistan-Informationsbüros in Paris regelrecht hingerichtet. Bei dem dringend Tatverdächtigen Ömer Günay, der sich in Untersuchungshaft befindet, handelt es sich um einen mutmaßlichen Agenten des türkischen Geheimdienstes mit Kontakten ins faschistische Graue-Wölfe-Spektrum. Diese Erkenntnisse haben kurdische Verbände und Medien allerdings durch eigene Recherchen ans Licht gebracht. Denn auch fünf Monate nach der Bluttat mauert die französische Justiz. Obwohl das Kurdistan-Informationsbüro rund um die Uhr vom französischen Staatsschutz überwacht wird, wollen die französischen Behörden nicht erklären, wie es zu den Morden kommen konnte. Dies lässt den Schluss zu, dass die französische Regierung kein gesteigertes Interesse an einer Aufklärung des Mordes an den drei Kurdinnen hat. Der Vorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) Murat Karayılan erklärte Ende Mai, viele regionale und internationale Kräfte wollen nicht, dass die Kurdenfrage gelöst wird. »Diese wollen die kurdische Karte nicht verlieren, deswegen arbeiten sie daran, den Prozess zu sabotieren.« Diesem Ziel hätten die Morde von Paris gedient, erklärte Karayılan und warnte vor weiteren derartigen Massakern.

PKK-Verbot und EU-Terrorliste sind Hindernisse im Friedensprozess

Noch ist nicht absehbar, ob sich der durch den Rückzug der Guerilla und die Verhandlungen mit Öcalan eingeleitete brüchige Friede wirklich in Richtung einer demokratischen Lösung entwickelt. Sollte es hier tatsächlich Fortschritte geben, könnte die Türkei selbstbewusster gegenüber der EU und den ökonomischen Diktaten aus Brüssel, aber auch den militaristischen Vorgaben der NATO auftreten. Ein Offenhalten der kurdischen Wunde würde dagegen die demokratische wie ökonomische Entwicklung der Türkei weiterhin lähmen und sie durch das Ausland erpressbar machen. Es ist zu befürchten, dass einige Kräfte auf europäischer Seite aus eigenen wirtschafts- und geopolitischen Interessen eben diese negative Perspektive verfolgen.

Die Linksfraktion ist der Auffassung, dass das europaweit in dieser Form nur in Deutschland bestehende Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans PKK und ihre Listung auf der EU-Terrorliste endlich aufgehoben werden müssen. Sie werden sonst zum Hindernis für eine Friedenslösung in der Türkei. Den hier lebenden Kurden sollte ermöglicht werden, den beginnenden Friedensprozess zwischen der PKK und der türkischen Regierung zu unterstützen, ohne deswegen polizeiliche und juristische Verfolgung befürchten zu müssen. Die Bundesregierung wäre gut beraten, sich nicht länger gegen den Wind des Friedens und der Verständigung zu stellen, der in der Kurden-Frage weht. ♦

Zum Tod von Lilo Wolf

»Soll das Morden mit deutschen Waffen nie aufhören?«

Anja Flach, Nûjyan Frauenzentrum

»In was für einer Welt leben wir, in der Mütter und Väter nach ihren gefolterten und ermordeten Kindern sterben müssen? In was für einer Welt leben wir, in der diese Mütter und Väter sterben müssen, bevor sie ihre gefolterten und ermordeten Kinder beerdigen konnten und es erleben konnten, dass die Folterer und Mörder endlich zur Verantwortung gezogen werden?«, schreiben FreundInnen von Andrea und Lilo Wolf aus verschiedenen Städten zum Tod von Lilo Wolf.

Ende April erreichte uns die Nachricht, dass Lilo Wolf, die Mutter von Andrea (Ronahî) am 23. April nach kurzer schwerer Krankheit in Guatemala City gestorben ist. Seit 1987 lebte Lilo in Iztapa, bei El Guayabo, etwa 60 Kilometer von der Südküste Guatemalas entfernt, wo sie eine Sozialstation aufgebaut hatte, um alleinerziehende Mütter und ihre Kinder zu unterstützen, vor allem im Bildungsbereich für Kinder engagierte sie sich sehr. UnterstützerInnen aus Deutschland finanzierten die Projekte, die Lilo mitentwickelt hatte.

Lilo schrieb mir 2004 aus Guatemala: »Ich akzeptiere mein Schicksal, Mann, Sohn und Tochter verloren zu haben, und versuche das Beste aus meinem letzten Teil meines Lebens zu machen. Es ist auch nicht so, dass der Tod eines erwachsenen Kindes weniger schmerzt, denn man hat ja viele gemeinsame Jahre verbracht.« Andreas Vater hatte Suizid begangen, nachdem er bei der Arbeit an einem sozialen Projekt in Afrika schwer erkrankt war. Andreas Zwillingbruder Tom kam mit 19 bei einem Unfall ums Leben.

Lilo hatte gemeinsam mit ihren Kindern in den 1980er Jahren gegen militärisch-industrielle Großprojekte wie die Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstäbe in Wackersdorf, die Stationierung von Pershing-Raketen oder gegen Nazis gekämpft. Sie stand immer hinter Andrea, besuchte sie immer wieder im Gefängnis, wenn sie verhaftet war, und stand

hinter deren politischem Kampf, obwohl sie Angst um ihre Tochter hatte.

Lilo stellte Parallelen her zwischen Guatemala und Kurdistan: »Gravierend vor allem, dass nie Militär verurteilt oder beschuldigt wird.« 2002 hatte sie eine Anzeige gegen den türkischen Staat gestellt und geschrieben: »Ich bin gespannt, ob sich irgendetwas bewegt in der Türkei, eigentlich glaube ich nicht daran, dass der Schuldige gefunden wird, das kenne ich von hier. All die Massaker, die es gab, niemals ist ein Militär verurteilt worden. Aber ich wollte es auch machen, um ein Zeichen zu setzen, Öffentlichkeit schaffen.« In einem offenen Brief an die türkische Regierung schrieb sie: »Mit meiner Tochter hatte ich eine starke Beziehung, wir haben uns oft getroffen und geschrieben. Unser Austausch wurde erst mit der schrecklichen Nachricht von ihrer Ermordung in der Türkei abrupt unterbrochen. Ich habe das Recht zu erfahren, was mit meiner Tochter passiert ist. Und ich fordere insbesondere Sie auf, alles zu unternehmen, um die Umstände vom Tod meiner Tochter aufzuklären.«

Lilo Wolfs Anzeige hat Erfolg: 2011 wurde der türkische Staat vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Verstoßes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention im Falle Andrea Wolf verurteilt. Für die vorsätzliche Tötung selbst jedoch wollte Straßburg die Türkei nicht verurteilen. Es gebe »legitime Verdachtsmomente« für die Misshandlung und Hinrichtung Andrea Wolfs, aber die vorgelegten Beweise seien nicht »über jeden Zweifel erhaben«.

In einem weiteren offenen Brief u. a. an die Bundesregierung schrieb Lilo Wolf: »Die Liebe zu meiner Tochter wird auch in dieser schwierigen Situation nicht aufhören. Obwohl sie jetzt tot ist, werde ich für sie etwas tun. Andrea hat sich schon früh politisch engagiert und war in Bereichen aktiv, wo benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft für ihre Rechte kämpften. Das führte öfter dazu, dass sie von staatlichen Behörden beschuldigt und verfolgt wurde. Wie sich immer wieder zeigte, konnten die Beschuldigungen nicht aufrechterhalten werden.



Andrea bei Lilo in Guatemala.

Foto aus dem Buch: Im Dschungel der Städte, in den Bergen Kurdistans – Leben und Kampf von Andrea Wolf

So wie auch kürzlich das § 129a-Verfahren gegen Andrea eingestellt werden musste, in welchem ihr eine Beteiligung an Weiterstadt¹ vorgeworfen wurde. Es hat sich herausgestellt, dass sie unschuldig ist (§ 170.2 StPO)! Ich frage mich auch dieses Mal, warum hat es überhaupt diesen unbegründeten Haftbefehl gegeben, da Andrea zu jenem Zeitpunkt bei mir zu Besuch war! Heute erscheint mir das als ein weiterer unberechtigter Schritt, um Andrea zu kriminalisieren.

Andrea hat sich ihre Ideen für eine gerechte Gesellschaft nie nehmen lassen und war sehr interessiert, andere politische Bewegungen kennenzulernen. So ging sie als Internationalistin nach Kurdistan. Wie sie mir in ihren Briefen schrieb, galt ihr besonderes Interesse den Frauen, mit denen sie für einen Zeitraum leben und gemeinsame Erfahrungen machen wollte. Sie hat viel Tagebuch geschrieben und wollte ihre Aufzeichnungen über die Erfahrungen in Kurdistan als Buch veröffentlichen. Andrea hatte immer die Idee nach Deutschland zurückzukommen – auch in ihrem letzten Brief an mich hat sie ihren Besuch bei mir angekündigt, worüber ich mich zutiefst gefreut habe. Anstelle von ihr kam dann die traurige Nachricht von ihrem Tod (...) Zu meinem Entsetzen lese ich aber, dass Deutschland den modernsten Panzer an die Türkei verkauft hat und eine weitere große Lieferung in Aussicht stellt. Wofür? Soll das Morden mit deutschen Waffen nie aufhören? Ich frage mich, wurde sie mit deutschen Waffen ermordet!?

1) Am 7.03. 1993 verübte die Stadtguerillaorganisation RAF einen Anschlag gegen die JVA Weiterstadt. Es war die letzte weithin aufsehen erregende Aktion der RAF vor ihrer Auflösung im Jahr 1998. Drei Unterkunftsgebäude und der Verwaltungstrakt wurden zerstört, der Rest der Anlage mehr oder weniger schwer beschädigt. Der materielle Schaden wurde zwischen 80 und 90 Millionen DM geschätzt.

Der FreundInnenkreis Andrea Wolf hat versprochen, den Kampf um die Aufklärung des Mordes an Andrea und ihren GenossInnen gemeinsam mit den Angehörigen von Andrea und Lilo Wolf fortzusetzen, die Anklage gegen die Mörder von Andrea mit Nachdruck und allen juristischen Mitteln fortzusetzen und politisch dafür kämpfen, dass die verantwortlichen Täter endlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Auch die kurdische Frauenbewegung und die kurdischen Medien zeigten sich betroffen vom Tod Lilo Wolfs. So erklärte Cenî, das kurdische Frauenbüro für Frieden: »Auch wenn wir nie die Möglichkeit gehabt

haben, Lilo Wolf persönlich kennenzulernen, so hatten wir doch das Glück, sie aus Erzählungen und den Briefen, die sie selbst geschrieben hat, kennenzulernen. Wir sind traurig und verspüren Schmerz über den Tod dieser mutigen, entschlossenen und kämpferischen Frau. Wir drücken allen GenossInnen, FreundInnen und Angehörigen von Lilo Wolf und Hevala Ronahî unser herzliches Beileid aus.«

Andrea Wolf (Ronahî) | Andrea hatte sich Mitte der 1990er Jahre als Internationalistin der Frauenarmee der PKK angeschlossen. Bei einem Gefecht in Nordkurdistan (Türkei) in der Region Çatak wurde sie 1998 von der türkischen Armee festgenommen und nach Augenzeugenberichten nach ihrer Gefangennahme ermordet. Andreas Wunsch war es, nach einiger Zeit bei der Guerilla der PKK in die BRD zurückzukehren und ihre Erfahrungen aus dem Freiheitskampf in Kurdistan in die Linke hier einzubringen und Verantwortung beim Aufbau revolutionärer Strukturen in der BRD zu übernehmen. Ihr Wunsch konnte durch ihren frühen Tod nicht mehr erfüllt werden.

Im Dschungel der Städte, in den Bergen Kurdistans – Leben und Kampf von Andrea Wolf

Das Buch mit Briefen, Texten, Tagebuchnotizen, Reden, Erinnerungen, Liedern, Collagen und Fotos – von, für und über Andrea Wolf gibt es zur Zeit nur als PDF:

http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/gefangene/RONAHI/ronahi_andrea_buch.pdf ♦

Die NDFP hat auf den verschiedenen Inseln der Philippinen eine breite Basis

Demokratische Volksregierungen auf den Philippinen

Şervin Nûdem

Am 24. April 2013 feierte die Nationale Demokratische Front der Philippinen (NDFP) ihren 40. Gründungstag. Die NDFP gründete sich aus dem Zusammenschluss verschiedener demokratischer Massenorganisationen, sieben Monate nachdem der Diktator Marcos den Ausnahmezustand auf den Philippinen ausgerufen hatte. Ihr erklärtes Ziel war es, gemeinsam gegen die Marcos-Diktatur und deren Unterstützung durch den US-Imperialismus zu kämpfen und die Bevölkerung auf den Philippinen von neokolonialer und feudaler Ausbeutung zu befreien. Einhergehend mit dem Kampf gegen imperialistische und feudale Unterdrückung, hat die NDFP seit ihrer Gründung zugleich daran gearbeitet, Strukturen der Volksdemokratie als Grundlage für eine sozialistische Revolution aufzubauen. Dieser Kampf musste im Untergrund organisiert werden. Jedoch hatte hierfür der bewaffnete Kampf, den die Neue Volksarmee (NPA) unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) in vielen ländlichen Regionen seit 1969 führt, eine wichtige Grundlage geschaffen. In den von der Guerilla kontrollierten Gebieten wurde mit dem Aufbau lokaler, kollektiver Selbstverwaltungsgremien begonnen. Obwohl sie mit scharfer Repression konfrontiert war, wurde die NDFP zu einer führenden Kraft der Anti-Marcos-Bewegung, die in den Städten und Dörfern die Volksaufstände organisierte, mit denen die Marcos-Diktatur im Februar 1986 zu Fall gebracht wurde. Doch – wie wir es auch heute in Ländern wie Ägypten oder Tunesien wieder erleben – reicht für die Befreiung der Gesellschaft allein der Sturz eines Diktators nicht aus.

Bis heute werden Menschen und Natur auf den Philippinen durch imperialistische Staaten und multinationale Konzerne als billige Arbeitskräfte und Rohstofflieferanten ausgebeutet. Regierung, Staat, Armee, Medien und Ländereien befinden sich in den Händen einiger oligarchischer Großfamilien, die enge Verbindungen zu den ehemaligen US-amerikanischen Kolonialherren haben. 90 % der Bevölkerung leben in größter Armut als landlose BäuerInnen, arme FischerInnen oder als SlumbewohnerInnen an den Rändern der Großstädte. LandarbeiterInnen sind gezwungen auf den Latifundien der Groß-

DAS ZWÖLFPUNKTEPROGRAMM DER NDFP:

1. Vereinigung des Volkes für die Vollendung der nationalen, demokratischen Revolution
2. Aufbau einer Demokratischen Republik der Völker
3. Ausbau der Volksarmee und des Verteidigungssystems
4. Einhaltung und Förderung der demokratischen Rechte der Völker
5. Beendigung aller ungleichen Beziehungen
6. Umsetzung einer wirklichen Landreform
7. Verwirklichung einer nationalen Industrialisierung
8. Einführung einer umfassenden und progressiven Sozialpolitik
9. Förderung einer nationalen und progressiven Kultur
10. Verteidigung des Rechtes auf Selbstbestimmung und Demokratie
11. Förderung der revolutionären Emanzipation von Frauen
12. Umsetzung einer aktiven, unabhängigen und friedlichen Außenpolitik

grundbesitzer wie Leibeigene zu arbeiten. Ein Landarbeiter berichtet von dem Versuch, seinen Kindern die Möglichkeit zu schaffen, Mangos essen zu können: »Die tägliche Ration Reis reicht nicht aus. Meine Kinder leiden unter Vitaminmangel. Weil wir kein Geld haben, um Mangos auf dem Markt zu kaufen, pflanzte ich einen Mangobaum neben unserer Hütte an. Als die Früchte gereift waren, kam der Landlord und hackte den Baum ab. Er sagte, es sei sein Grund und Boden. Deshalb gehörten die Mangos ihm.« Um sich gegen die Willkür der Landlords und der multinationalen Konzerne zur Wehr zu setzen, die für die Ausbeutung der Bodenschätze und für die Anlage von riesigen Monokultur-Plantagen zur Produktion für den Weltmarkt die Bevölkerung aus ihren Siedlungsgebieten vertreiben, organisieren sich Männer, Frauen und Jugendliche nun seit 40 Jahren in verschiedenen Interessenverbänden unter dem Dach der NDFP. Auch wenn es kein gradliniger Prozess war, so hat diese Bewegung über eine Analyse der eigenen Fehler in den vergangenen Jahren, über die Bewertung aktueller globaler und regionaler Entwicklungen sowie durch eine gut organisierte Bildungsarbeit in den 40 Jahren ihres Bestehens ihre alternativen Selbstverwaltungsstrukturen ausweiten kön-

nen. ArbeiterInnen, BäuerInnen, Frauen, FischerInnen, Jugendliche, die arme Stadtbevölkerung, nationale Minderheiten und indigene Völker haben sich ihre eigenen Organisationen und Verbände aufgebaut, in denen sie sich – trotz andauernder staatlicher Repression – organisieren und ihre eigene Politik gestalten.

Heute hat die NDFP in 70 Provinzen (von insgesamt 81 Provinzen) auf den verschiedenen Inseln der Philippinen eine breite Basis. Die Neue Volksarmee (NPA) verfügt hier insgesamt über 100 Guerillafronten. In diesen Gebieten sorgt sie u. a. für die Sicherheit, Bildung und medizinische Versorgung der Bevölkerung und beteiligt sich an der landwirtschaftlichen Produktionsarbeit. Zugleich unterstützen NDFP und NPA den Zusammenschluss der örtlichen LandarbeiterInnen in kleinen Produktionskooperativen, um so bessere Arbeitsbedingungen und bessere Abnahmepreise bei den ZwischenhändlerInnen durchsetzen zu können. Alle vier Jahre finden in diesen Gebieten die lokalen Konferenzen der Dorfkommunen statt, auf denen die Bevölkerung ihre lokale, demokratische Volksregierung wählt. Wahllisten werden nicht aufgestellt, alle De-



Volkskonferenz in Bicol 2012

Foto: Şervin Nûdem

legierten der beteiligten Dörfer sind zugleich auch KandidatInnen für die Neuwahlen. Auf die Frage hin, ob es nicht auch Menschen gebe, die sich mit dieser Aufgabe überfordert fühlten oder sich von der Kandidatur zurückziehen würden, antwortete ein Teilnehmer einer Dorfkonferenz, die im Dezember 2012 in der Provinz Bicol mit 122 Delegierten stattfand: »Die Menschen hier kennen einander sehr gut. Deshalb wissen sie, wer welche Verantwortung übernehmen kann. Durch die langjährige Bildungs- und Organisationsarbeit der NDFP und die Präsenz der NPA in diesem Gebiet haben die Menschen das Selbstvertrauen gewonnen, sich selbst regieren zu können. Sie kennen ihre Bedürfnisse und ihre Arbeit. Deshalb sind alle zur Kandidatur bei den Wahlen bereit.«



Modell der lokalen Selbstverwaltung

Foto: Şervin Nüdem

Die Aufgaben der lokalen demokratischen Volksregierungen, die sich untereinander in den verschiedenen Gebieten und Provinzen vernetzen, umfassen neben der Umsetzung eines Zwölfpunkteprogramms auch den Aufbau von eigenen Strukturen. Für die Kulturarbeit, Alphabetisierung, Bildungsarbeit und Gesundheitsversorgung in den Dörfern werden spezielle Komitees aufgebaut. Zugleich wurde ein eigenes Rechtssystem geschaffen, um Streitigkeiten oder Rechtsverletzungen in der Bevölkerung zu klären und um die Bevölkerung gegen Menschenrechtsverletzungen wirkungsvoll verteidigen zu können, die durch staatliche Kräfte verübt wurden.

Durch den Kulturimperialismus der USA und den Einfluss der USA auf das Bildungssystem waren die philippinischen Sprachen, Kultur und Literatur lange Zeit vernachlässigt bzw. als »rückständig« gebrandmarkt worden. Alles US-Amerikanische wurde als der Inbegriff des »Fortschritts« gefeiert. Abgesehen vom Sprachunterricht in Filipino werden alle anderen Fächer an den Schulen in Englisch unterrichtet. Das führt dazu, dass abgesehen von einigen wenigen Kindern aus Elitefamilien, in denen Englisch gesprochen wird, die überwiegende Mehrheit der Kinder den Unterrichtsstoff nicht oder nur wenig versteht. Ein wichtiger Erfolg des Kampfes für die nationale und demokratische Befreiung ist, dass heute der Gebrauch der Filipino-Sprache sowie der 171 regionalen Sprachen auf den Philippinen wieder zunehmend gefordert und gefördert wird. Hierbei haben die Aktivitäten der NDFP und der demokratischen Volksregierungen im Bildungsbereich eine wichtige Rolle gespielt. Auch die Entwicklung einer progressiven, basisnahen Kulturarbeit, die Musik, Theater, Dichtung, Malerei, bildende Kunst und alternative Medien umfasst, ist ein Verdienst dieser Befreiungsbewegung.

In den über 40 Jahren des revolutionären Kampfes auf den Philippinen sind eine Vielzahl an Formen der Organisation und vielfältige Methoden des Kampfes im politischen, gesellschaftlichen und militärischen Bereich entwickelt worden. Nach dem Sturz der Marcos-Diktatur bemühte sich die NDFP wiederholt darum, durch einen politischen Dialog und Verhandlungen mit der Regierung darauf hinzuwirken, die Ursachen des andauernden bewaffneten Konfliktes zu beseitigen. In den immer wieder von Unterbrechungen gekennzeichneten Verhandlungsphasen wurden insgesamt zwölf bilaterale Friedensabkommen zwischen der NDFP und der reaktionären philippinischen Regierung unterzeichnet. Im Rahmen der Friedensverhandlungen ist es das Anliegen der NDFP, die Regierung zu grundlegenden ökonomischen, sozialen und politischen Reformen zu bewegen. 2011 ist der reguläre Verhandlungsprozess erneut ins Stocken geraten, da sich die philippinische Regierung weigert, inhaftierte BeraterInnen der NDFP und an die 300 politische Gefangene freizulassen, obwohl dies in verbindlichen Abkommen festgehalten worden war. Hieraus folgert Ed Ladera, Herausgeber der NDFP-Zeitung Liberation International: »Die Regierung in Manila möchte nur die Kapitulation erzwingen. Deshalb konnten die Friedensgespräche trotz breiter Aufrufe von FriedensverteidigerInnen nicht vorankommen. Die revolutionären Kräfte verstärken unter der Führung der CPP ihren revolutionären bewaffneten Kampf. Ihr Ziel ist, von der Phase der strategischen Verteidigung im revolutionären Volkskrieg zur Phase des strategischen Gleichgewichtes voranzuschreiten. Gegenüber den verstärkten Angriffen durch das Aquino-Regime und die eskalierende Intervention der US-Armee in unserm Land führen die revolutionären Kräfte ihren Befreiungskampf im ganzen Land entschlossen fort.« ♦

Der Löwe des Daroghas und andere kurdische Fabeln

Buchbesprechung von Susanne Roden

»Fabeln spiegeln vielfach die Seele eines Volkes wider. Wir müssen bekennen: wir haben die Kurden erst in ihrem oft unfassbaren Leid, das ihnen auferlegt ist, ein wenig verstehen gelernt. Die Fabeln, als Selbsthilfe von kurdischen Flüchtlingen übersetzt, bringen uns die Seele des kurdischen Volkes näher. Es ist wert, sie zu lesen, nicht nur als Anerkennung der kurdischen Eigeninitiative, sondern auch zum besseren Kennenlernen der Vielfalt der Schöpfung.« Dr. Rudolf Kirchschläger¹ (Geleitwort Schutzumschlag)

Das vorliegende Buch wurde als Zeichen der Solidarität mit den Menschen in Kurdistan von einem Ad-hoc-Komitee zur Notstandshilfe für iranische Kurden im iranisch-irakischen Grenzgebiet erstellt, um von dem Erlös aus dem Verkauf des Buches Medikamente und Schulmaterial für die Kinder zu kaufen. Das war 1992 und doch sind die Erläuterungen der Übersetzer zur Lage der Kurden weiterhin aktuell.

Das Buch enthält eine kleine Auswahl von Märchen und Fabeln aus dem reichen Erzählschatz Kurdistans und gibt einen Einblick in Leben und Natur der kurdischen Gesellschaft von einst und jetzt.

Viele der Geschichten, Legenden und Märchen sind nur mündlich überliefert, weil die Kurden selten die Möglichkeit hatten, ihre Literatur aufzuzeichnen. Die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse zwangen die kurdischen Schriftsteller, ihre

¹Kirchschläger, 1915–2000, österreichischer Bundespräsident, Ehrenbürger von Graz 1987, war bekannt für seine Reden, die wirkliche Inhalte vermittelten. Als Mann des Ausgleichs forderte er, Feindbilder im politischen Alltag abzubauen. Er pflegte stets den Kontakt zur Bevölkerung und war eine der wenigen Persönlichkeiten, deren Überzeugung in allen weltanschaulichen Lagern Beachtung fand.

Texte in anderen Sprachen wie Persisch, Arabisch oder Türkisch niederzuschreiben.

Vom 14. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erlebte die kurdische Literatur ihre Blütezeit. Viele Herrscherfamilien unterhielten an ihren Höfen Dichter, Sänger und Schriftsteller, so die Fürstentümer von Ardalán und Botan sowie Baban. In dieser Zeit (bis 1597) verfasste auch der Fürst von Bitlis, Şerefhán, seine Chronik »Scherefname« (Pracht der kurdischen Nation) und das kurdische (»National«-)Epos »Mem û Zîn« von Ehmedê Xanî (1651–1707), das vermutlich als Sage mit historischen Wurzeln im 14. Jahrhundert entstanden und von Dengbêj-Sängern tradiert worden war, stammt ebenfalls aus dem 17. Jahrhundert:

Es handelt von Mem aus dem Alan-Clan und Zîn aus dem Botan-Clan – zwei Liebenden, die aufgrund von Intrigen Bekos aus dem Bakran-Clan nicht zueinanderfinden. Mem wird in einer Verschwörung ermordet, Zîn bricht auf seinem Grab zusammen und stirbt und wird neben Mem begraben, der Mörder Bakir wird von der wütenden Bevölkerung Cizîra Botan aus Rache getötet und der Sage nach zwischen Mem und Zîn begraben. Aus dem Grab wächst ein von Bakirs Blut genährter Dornbusch, dessen tief in die Erde reichende Wurzeln der Bosheit scheiden die zwei Liebenden auch im Tod noch voneinander. Mem und Zîn symbolisieren für die Kurden das kurdische Volk und das kurdische Land, die keine Einheit bilden können.

Nachdem die kurdischen Fürstentümer im 20. Jahrhundert aufgelöst und Kurdistan auf mehrere Länder aufgeteilt worden war, verhinderten die jeweiligen autoritären Herrschaften die Weiterentwicklung der kurdischen Literatur. Oft wurde die Nutzung der kurdischen Sprache verboten und dies hat dazu geführt, dass die mündliche Überlieferung die schriftliche Form ablöste. Das Wissen um die Wichtigkeit der Weitergabe des kulturellen Erbes auf diesem Wege spiegelt sich auch in der hohen Anerkennung wider, die den traditionell von Dorf zu Dorf wandernden dengbêj (professionelle Volksliedsänger)

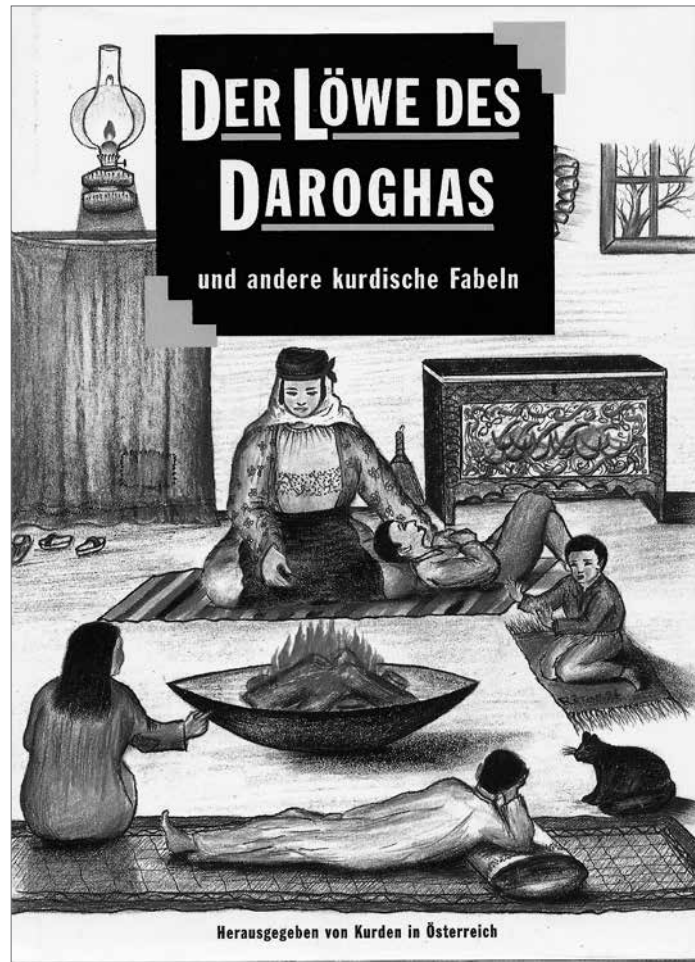
und çirokbêj (Geschichten- oder Märchenerzähler) im kurdischen Volk zuteil wurde. Sowohl die dengbêj, die ihre weltlichen Lieder ohne Instrumentalbegleitung wiedergeben, als auch die Märchenerzähler müssen die Fähigkeit haben, in der Erzähltradition vorzutragen. Der Volksliedsänger kann im traditionellen Rahmen eigene Texte verfassen. Bei den Geschichten- oder Märchenerzählern wird aber von der Überlieferung der Geschichte ausgegangen. Da bis in die 1950er Jahre hinein immer noch eine große Anzahl Kurden Analphabeten waren, erklärt sich auch das hohe gesellschaftliche Ansehen der Geschichtenerzähler, sind sie doch Bewahrer des kulturellen Erbes in einer jahrhundertelangen mündlich überlieferten Tradition.

Es gibt einige Sammlungen kurdischer Märchen und Fabeln, die aber dem Leser nicht ohne Weiteres zur Verfügung stehen. Aktuell lieferbar ist das Werk von Moustafa Rechid »Kurdische Märchen für Kinder«, das fünf »der schönsten Märchen« umfasst und reichlich bebildert ist.

Der vorliegende sehr schöne Band »Der Löwe des Daroghas und andere kurdische Fabeln« aus dem Jahr 1992 ist nur noch im modernen Antiquariat erhältlich, aber es gibt noch Exemplare. Dieser Band hat es mir sehr angetan, ist doch gerade die Titelgeschichte einfach wunderbar. Sie zeigt, wie aus einer Notlage, und wenn die herrschenden Verhältnisse keine andere Wahl lassen, das Beste gemacht werden kann.

Der Band enthält insgesamt 19 Märchen, und jedes für sich mit einer ganz besonderen Note. Es macht einfach Spaß, die Geschichten zu lesen und über die jeweiligen Lebenssituationen nachzudenken, sind doch die meist von Tieren verkörperten Themen nur allzu menschlich.

Ein eher zeitnaher Versuch von 2010, einen Band über kurdische Märchen zusammenzustellen, ist das Buch von Emin Yas »Kurdische Märchen: ein Stück des indo-europäischen Kulturerbes«. Er hat die von seinem Großvater erzählten Märchen seiner Kindheit aus der Region Sêrt (Siirt) aufgeschrieben und gemeinsam mit seinem älteren Bruder sowie Anwohnern aus seinem Dorf ergänzt.



Die Märchen sind wirklich sehr interessant, auch umfangreich und ausführlich erzählt sowie mit sehr schönen Illustrationen durch den Künstler Fehmi Balayi versehen. Das Buch von Emin Yas ist im Selbstverlag im ASTA-Druck erschienen, zwar nicht über den normalen Buchhandel zu erwerben, aber direkt beim Autor. Es ist sehr erfreulich, dass ein junger Mann sich die Mühe macht und gewissenhaft versucht, eine Lücke an Verschriftlichung zu schließen und somit kulturelles Erbe der Kurden zu erhalten.

Was mich allerdings ernsthaft schmerzt, ist die Tatsache, dass ein deutscher Freund, der mit ihm gemeinsam Iranistik studiert hat, seines Zeichens Märchenerzähler und Orientalist, für geleistete Korrekturarbeit in völlig ungerechtfertigter Weise über fast eine halbe Seite mit Lob überschüttet wird. Auf den ersten 23 Seiten sind über 40 gravierende grammatische Fehler,

Schreibfehler sowie ganze Textpassagen offenbar weder inhaltlich noch im Hinblick auf den Satzaufbau korrigiert worden.

Ob nun diesem Freund die gesamte Einleitung bis zur Seite 37 nicht vorgelegen oder er sie einfach nicht gelesen hat, kann ich nicht beurteilen. Die auf Seite 11 explizit erwähnte deutsche Korrektur, die erwähnten nötigen Veränderungen und das »auf den letzten Stand bringen der Arbeit« erschließen sich dem Leser nicht; im Gegenteil, von einer Korrekturarbeit kann jedenfalls keine Rede sein. Er scheut sich auch nicht, auf seiner Internetseite anzugeben, dass er »unter vielen anderen Aktivitäten auch das Buch *Kurdische Märchen* gemeinsam mit seinem kurdischen Freund veröffentlicht« habe.

Emin Yas ging es jedenfalls nicht um Effekthascherei, sondern darum, ein Stück kurdischen Literaturschatzes zu dokumentieren, und das ist ihm mit dem Aufschreiben der Märchen seines Großvaters auch gelungen. Er gibt in seiner Einleitung einen kurzen Überblick über die Geschichte und Entwicklung von Märchen im europäischen Kontext. Die Bedeutung und Stellung der kurdischen Märchen versucht er dann in einem Vergleich herauszuarbeiten. Da er auf Seite 33 betont, dass das Buch zweisprachig deutsch-kurdisch veröffentlicht werde, leistet er sich auf knappen fünf Seiten noch einen sprachwissenschaftlichen Exkurs zur Morphologie und Lexikologie, um die sprachlichen Strukturen der indo-europäischen Sprachfamilie darzustellen. Das Buch ist aber – bis auf ein paar Wortzitate – nur in deutscher Sprache veröffentlicht und die gewählten Beispiele sind auch nicht wirklich günstig.

Die Märchen stellen jedenfalls richtige Lebensgeschichten aus dem Alltagsleben der Kurden dar und sind sehr schön erzählt. Jede Menge Lebensweisheit und Erfahrung sind in den Erzählungen erkennbar. Es geht um gut und böse, um arm und reich, um Vertrauen und Betrug, und die Geschichten haben fast alle einen guten Ausgang.

Es wäre wünschenswert, wenn eines Tages ein Verlag sich des Werkes annehmen, die notwendigen Korrekturen durchführen und dem deutschen Publikum den Zugang zu dem Werk ermöglichen würde.

Die Wurzeln der kurdischen Märchen, Fabeln und Legenden reichen jedenfalls sehr weit zurück und es bleibt zu hoffen, dass es zukünftig noch viel Dokumentation und Forschung dazu geben wird. Es ist ein Reichtum vorhanden, an dem alle Menschen, jung und alt, teilhaben sollten. ♦

»Der Löwe des Daroghas und andere kurdische Fabeln«, aus dem Kurd. übers. von Ali Mazoudji und Josef Magerl, ill. von Rezan, hrsg. von Kurden in Österreich, Hrsg.: Ad-hoc-Komitee zur Notstandshilfe für iranische Kurden im Grenzgebiet Iran-Irak, Verlag Niederösterreichisches Pressehaus, 1992, 94 S., ISBN-13: 978-3853269633.

Emin Yas: »Kurdische Märchen: ein Stück des indo-europäischen Kulturerbes«, Selbstverlag Berlin 2010.

Moustafa Rechid: »Kurdische Märchen für Kinder«, Verlag für Kultur und Wissenschaft 2003, 100 S., ISBN 978-3-932829-67-3.

Cemal Nebez: »Kurdische Märchen und Volkserzählungen«, Verlag NUKSE, Bamberg 1972.

»Kurdische Märchen«, ges. von Luise-Charlotte Wentzel, m. e. Vorw. von Otto Spies, Die Märchen der Weltliteratur, 1. Aufl. Düsseldorf, Köln: Diederichs, 1978, 287 S., ISBN 3424006173 (EAN 9783424006179 / 978-3424006179).

Ordixanê Celil, Celilê Celil, Akram Naasan: »Kurdische Märchen«, Insel Frankfurt 1993, ISBN 978-3458165149.

Celilê Celil: »Kurdskîe skazki, legendy i predaniia« (Kurdische Märchen und Legenden), Coautor mit Ordixanê Celil und Zina Celil, Verlag Nauka, Moskau, 1989.

»Dastanên Kurdî« (Kurdische Sagen), Coautor mit Ordixanê Celil, 244 S., Verlag Zêl, Istanbul, 1994.

Anmerkung:

Celilê Celil, geb. 1936 in Jerewan, kurdischer Historiker, Schriftsteller und Kurdologe. Gemeinsam mit seinem Bruder Ordixanê Celil sammelte er kurdische Legenden und Märchen.

Cemal Nebez, geb. 1933 in Silemani, Irak, anerkannter kurdischer Sprachwissenschaftler. Gründung von NUKSE (National Union of the Kurdish Students in Europe) gemeinsam mit Brusk Ibrahim und Latif Ali 1965 und Mitgründer der Kurdischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Stockholm 1985. ♦

Belgien

KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD

41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland

Civaka Azad | Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a. M.
Telefon: 069/84772084
E-Mail: info@civaka-azad.org
<http://civaka-azad.org/>

Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM

Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
<http://www.yekkom.com/>

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
<http://www.freedom-for-ocalan.com>

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V. Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130-136; 20097 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
<http://isku.org>

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
<http://www.kurd-akad.com>

Österreich

FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien

Ufficio d'Informazione del Kurdistan in Italia UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
<http://www.uikionlus.com>

Frankreich

Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz

KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande

FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
<http://www.fedkom.nl>

Dänemark

FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
<http://www.kurder.dk>

Australien

Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern

Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation

Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn

KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTURÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

AZADÎ FREIHEIT

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

AZADÎ e.V.
Hansaring 82
50670 Köln

E-mail: azadi@t-online.de
<http://www.nadir.org/azadi>

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:

W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:

Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:

Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:

Einzelexemplar: 3,- Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,- Euro
plus Portokosten

Titelbild:

Demokratischer
Lösungsmarsch zur
Unterstützung der
Guerilla bei ihrem
Rückzug | Şirnex

Rückseite:

Protest in Istanbul gegen
die Politik der Erdoğan-
Regierung | Fotos: DIHA

Namentlich gezeichnete
Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch
auszugsweise – nur
mit Genehmigung
der Redaktion.
Wir bedanken uns
für die Unterstützung
zahlreicher Freundinnen
und Freunde.

